



Wortprotokoll der 29. Sitzung

Wirtschaftsausschuss

Berlin, den 30. November 2022, 09:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.200
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Michael Grosse-Brömer, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einziger Tagesordnungspunkt

Seite 4

- a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren –
Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg
bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken**

BT-Drucksache 20/4042

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz
Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen
Ausschuss für Klimaschutz und Energie
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann,
Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer
Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft
und der Rohstoffsicherung ohne ideologische
Scheuklappen**

BT-Drucksache 20/4065

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union



Sachverständigenliste

Dr. Matthias **Frederichs**
Hauptgeschäftsführer
Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (bbs)
10969 Berlin

Hannah **Pilgrim**
Koordinatorin des Arbeitskreises Rohstoffe
PowerShift e.V.
10405 Berlin

Prof. Dr. Alexander-Nikolai **Sandkamp**
Juniorprofessor für Volkswirtschaftslehre
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Researcher
Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW)
24118 Kiel

Meike **Schulze**
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
10719 Berlin

Christian **Strunk**
Präsident
Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO)
Geschäftsführer
Hülskens Holding GmbH & Co. KG
46483 Wesel

Matthias **Wachter**
Abteilungsleiter Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
10178 Berlin

Prof. Dr. Ralph **Watzel**
Präsident
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)
30655 Hannover

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Arlt, Johannes Bartz, Alexander Katzmarek, Gabriele Limbacher, Esra Poschmann, Sabine Roloff, Sebastian Töns, Markus Walter, Hannes Werner, Lena Westphal, Bernd	Gremmels, Timon Hubertz, Verena Junge, Frank Kreiser, Dunja Kröber, Martin Marvi, Parsa Mehltretter, Andreas Schmidt, Uwe Seitzl, Dr. Lina Weingarten, Dr. Joe
CDU/CSU	Durz, Hansjörg Grosse-Brömer, Michael Klöckner, Julia Kuban, Tilman Linnemann, Dr. Carsten Loos, Bernhard Metzler, Jan Rouenhoff, Stefan Willsch, Klaus-Peter	Connemann, Gitta Gramling, Fabian Körber, Carsten Mörseburg, Maximilian Ramsauer, Dr. Peter Scheuer, Andreas Spahn, Jens Stetten, Christian Frhr. von Wiener, Dr. Klaus
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Außendorf, Maik Banaszak, Felix Detzer, Dr. Sandra Janecek, Dieter Sekmen, Melis	Badum, Lisa Beck, Katharina Herrmann, Bernhard Kopf, Chantal Spallek, Dr. Anne Monika
FDP	Bauer, Nicole Houben, Reinhard Todtenhausen, Manfred Ullrich, Gerald	Cronenberg, Carl-Julius Klein, Karsten Köhler, Dr. Lukas Reinhold, Hagen
AfD	Holm, Leif-Erik Kaufmann, Dr. Malte Komning, Enrico Schulz, Uwe	Espendiller, Dr. Michael Münzenmaier, Sebastian Schattner, Bernd Ziegler, Kay-Uwe
DIE LINKE.	Leye, Christian Meiser, Pascal	Dağdelen, Sevim Ulrich, Alexander

* Die unterschriebenen Anwesenheitslisten sowie die Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Video-/Telefonkonferenz werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Wirtschaftsausschusses und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



Beginn der Sitzung: 09:01 Uhr

Einzigiger Tagesordnungspunkt

a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren
– Neue Rohstoffpartnerschaften
auf den Weg bringen, heimische
Rohstoffgewinnung stärken**

BT-Drucksache 20/4042

b) Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

**Für eine erfolgreiche Politik der
Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung
ohne ideologische Scheuklappen**

BT-Drucksache 20/4065

Der **Vorsitzende**: Einen schönen guten Morgen, meine Damen und Herren. Ich begrüße alle Anwesenden sehr herzlich heute Morgen hier zur öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages. Ich begrüße insbesondere die Frau Kollegin Dr. Franziska Brantner als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz. Ein herzliches Willkommen ganz besonders den Sachverständigen. Schön, dass Sie den Weg zu uns gefunden haben. Ich finde es auch immer nett, wenn Sie vor Ort sind, dann kann man Sie sehen. Nichts gegen Videotechnik, aber so macht die Sache dann doch mehr Spaß.

Als Sachverständige wurden benannt:

- Herr Dr. Matthias Frederichs, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V.;
- Frau Hannah Pilgrim, Koordinatorin des Arbeitskreises Rohstoffe beim PowerShift e.V.;
- Herr Prof. Dr. Alexander-Nikolai Sandkamp, Juniorprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und Researcher am Kiel Institut für Weltwirtschaft;
- Frau Meike Schulze, Stiftung Wissenschaft und Politik;

- Herr Christian Strunk, Präsident des Bundesverbandes Mineralische Rohstoffe e.V.;
- Herr Matthias Wachter, Abteilungsleiter Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Herrn Prof. Dr. Ralph Watzel muss ich abschließend begrüßen, ich habe Sie einfach in der Reihenfolge übersehen, weil der gute Vorsitzende arbeitet seinen Sprechzettel ab und da haben Sie sich gar nicht in der Reihenfolge hingesetzt, wie ich das eigentlich gedacht habe. Aber das war natürlich nicht Ihr Fehler, sondern meiner. Auch Herrn Prof. Dr. Watzel heiße ich herzlich willkommen als Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) – aus Hannover auch noch, wie kann ich einen Niedersachsen übersehen? Das geht eigentlich gar nicht. Gut, Sie sind wahrscheinlich gar nicht Niedersachsen, aber Sie kommen jedenfalls schon mal aus Hannover, das ist ja auch schon nicht schlecht. Irgendetwas stimmte dann doch. Ich begrüße auch alle Fachbeamten aus den Ministerien und nicht zuletzt alle Zuhörer und erschienenen Gäste.

Ich weise darauf hin, dass es manchmal so ist, dass Briefe an die Frau Präsidentin auch ihren Sinn und Zweck haben. Unsere Anhörung wird live über das Parlamentsfernsehen und über das Internet übertragen – und das sehr professionell, ich bin richtig beeindruckt, mit drei Herren, die uns hier mit der Kamera begleiten. Die Aufnahme wird später auch abrufbar sein. Herzlich willkommen an die drei Herren an der Kamera, schön dass Sie da sind, denn das hat nicht immer funktioniert und wir freuen uns, dass es das heute tut.

Ein technischer Hinweis: Alle, die uns über die Videokonferenztechnik zugeschaltet sind, bitte ich jetzt, die Stummschaltung zu aktivieren. Das ergibt in mehrfacher Hinsicht Sinn, sowohl technisch sowie was ihre Vorgänge zu Hause betrifft, die wir hier gar nicht live übertragen wollen.

Die öffentliche Anhörung befasst sich mit folgenden Vorlagen: Der einzige Tagesordnungspunkt betrifft den Antrag der



Fraktion der CDU/CSU: „Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken“ auf der Bundestagsdrucksache 20/4042 und den Antrag der Fraktion der AfD: „Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen“ auf der Bundestagsdrucksache 20/4065.

Zum Ablauf der heutigen Anhörung gebe ich kurz folgende Erläuterung: Wir führen die Befragung unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen durch. Wir haben 1,5 Stunden Zeit für diese Anhörung. Deswegen macht es auch Sinn, dass sich sowohl die Abgeordneten als auch die Sachverständigen möglichst kurz fassen. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass pro Wortmeldung eine maximale Redezeit von insgesamt drei Minuten für Frage und Antwort unbedingt eingehalten werden muss. Bei einer Zeitüberschreitung müsste ich, im Interesse aller, als Vorsitzender tätig werden. Ich weiß, das ist ambitioniert. Die Sachverständigen müssen hoffen, dass die Frage kurz gestellt ist, und die Abgeordneten sind so klug – weil sie das schon alle mehrfach gemacht haben –, dass sie auch kurze Fragen stellen, sodass Sie, liebe Sachverständige, länger antworten können. Denn je kürzer die Frage, umso mehr Zeit steht für die Antwort zur Verfügung. Eine weitere Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, aber auch das wissen Sie alle schon: Nennen Sie zu Beginn Ihrer Frage bitte den Namen des Sachverständigen oder der Sachverständigen, an den oder die sich die Frage richtet, das erleichtert die Erstellung des Protokolls später. Wir verzichten auf Eingangsstatements, das hatten wir so vereinbart, dann kann man die Zeit sinnvoll durch Frage und Antwort gestalten. Zur Anhörung wird ein Wortprotokoll erstellt und zur Erleichterung der Protokollerstellung werden die Sachverständigen vor jeder Abgabe einer Stellungnahme von mir noch einmal namentlich aufgerufen. Herr Prof. Dr. Watzel, auch Sie werden dann von mir aufgerufen, machen Sie sich keine Sorgen. Ich weiß jetzt, dass Sie da sind und aus Hannover kommen.

Nun wollen wir mit der Befragung beginnen. Es erhält als erstes das Wort der Kollege Bernd Westphal für die SPD.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, schön, dass Sie uns zur Verfügung stehen zu diesem wichtigen Thema. Wir haben als Wirtschaftsstandort Deutschland, aber auch als Gesellschaft, einen hohen Rohstoffbedarf und durch Energiewende, Klimawende und die Aufgabe, die Mobilität anders zu organisieren, auch neuen Bedarf an neuen Rohstoffen.

Meine Frage geht an Herrn Strunk. Welche Rolle könnten heimische Rohstoffe dabei spielen?

Der **Vorsitzende**: Herr Strunk, bitte schön. So soll es sein, kurze Fragen und Sie sind gleich dran.

SV **Christian Strunk** (Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V.): Die heimischen Rohstoffe spielen eine maßgebliche Rolle in Deutschland. Für die mineralischen Rohstoffe gilt: Wir erreichen einen Selbstversorgungsgrad von 100 Prozent für Kiese, Sande, Naturstein, Quarzsand, Schotter und alles, was dazu gehört. Es ist möglich, dass wir uns, in etwa 2700 Abgabestätten über Deutschland verteilt, regional versorgen können. Es ist oft kleinteilig organisiert, wir haben mittelständische Betriebe und wir fördern so circa 500 Millionen Tonnen pro Jahr und sind immer marktgerecht unterwegs. Das heißt, am Ende werden nur die Tonnagen gefördert, die auch unmittelbar verwertet, verkauft und verwandt werden. Wir versorgen vor allen Dingen die heimische Baustoffindustrie, aber auch viele Industriezweige, wie die Glas- und Keramikindustrie, die Stahlerzeugung, die Landwirtschaft und die Farben- und Zahnpastahersteller, wo auch Sande drin sind. Also wir haben ein ganz, ganz breites Feld der Anwendungen. Sand und Kies und Naturstein sind die Grundlage unseres modernen Lebens und die können wir in Deutschland selbst sicherstellen und einen Versorgungsgrad von 100 Prozent erreichen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Jetzt fragt für die CDU/CSU der Kollege Stefan Rouenhoff.



Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Meine erste Frage geht an Herrn Wachter.

Wie bewerten Sie die Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, die Lage am Rohstoffmarkt für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und was sind die zentralen Forderungen von Seiten der Industrie an die deutsche Politik?

Der **Vorsitzende**: Herr Wachter, bitte.

SV **Matthias Wachter** (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Herr Rouenhoff, vielen Dank. Die Rohstofffrage ist eine Schlüsselfrage für die deutsche Industrie, weil sie am Anfang einer jeglichen Wertschöpfung und Produktion steht. Das heißt, ohne Rohstoffe kann die deutsche Industrie nicht produzieren und die deutsche Industrie ist produktionsintensiv. Wir haben einen Industrieanteil von über 20 Prozent und damit ist das eine Schlüsselfrage.

Punkt zwei: Wir haben in vielen Bereichen heute schon eine größere Abhängigkeit von China – auch bei mineralischen Rohstoffen –, als wir sie jemals zum Beispiel von Gas aus Russland hatten. Wir haben Bereiche, wo wir zum Teil zu 100 Prozent abhängig sind. Sie alle kennen das bekannteste Beispiel der seltenen Erden, wo wir bei fast 100 Prozent sind und das ist eine Riesenherausforderung, weil damit eine einseitige Abhängigkeit einhergeht und die bietet natürlich auch ein großes Erpressungspotenzial. Wir sehen ja gerade, dass Russland das Energie- und Rohstoffthema als Waffe gegen uns und den sonstigen Westen einsetzt und deshalb müssen wir – glaube ich – alles daran setzen, dass wir uns stärker diversifizieren.

Diversifizieren heißt nicht, dass wir autark werden, aber dass wir uns zumindest so aufstellen, dass wir nicht einseitige Abhängigkeiten eingehen und damit, wenn es zu Lieferunterbrechungen kommen sollte, auch weiterhin handlungsfähig wären. Diversifizieren heißt für uns, für die Industrie – und Sie haben nach unseren Forderungen gefragt –, dass wir für eine „3-Säulen-Strategie“ plädieren. Das heißt, einmal müssen wir gucken, dass wir die Importländer breiter auffächern, dass wir einseitige Abhängigkeiten von einzelnen

Ländern reduzieren. Das ist das Eine. Das Zweite ist, wir müssen natürlich auch die Kreislaufwirtschaft stärken, ich glaube, da liegt ein großes Potenzial. Bei vielen Rohstoffen für Zukunftstechnologien – wenn wir zum Beispiel über Lithium reden – ist es so, dass wir da noch ein paar Jahre brauchen, bis wir das voll materialisieren können, weil einfach jetzt erst der Hochlauf der Elektromobilität stattfindet. Das heißt, die Nachfrage steigt und noch relativ wenig fließt für Recycling zurück in den Markt. Der letzte Punkt sind natürlich heimische Rohstoffe – und Deutschland ist kein rohstoffarmes Land! Wir haben sehr viele Rohstoffe, mineralische Rohstoffe als auch energetische. Für uns sind die Teil der Lösung und deshalb sollten wir politisch die Rahmenbedingungen schaffen, dass auch heimische Rohstoffe stärker gefördert werden können in der ganzen Bandbreite. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Wachter. Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Dr. Sandra Detzer für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Prof. Dr. Watzel.

Die geopolitische Situation hat sich ja in den letzten Monaten wirklich stark verändert und ich möchte Sie gerne fragen: Inwiefern sehen Sie vergrößerten politischen Handlungsbedarf, insbesondere bei der Sicherung von kritischen Rohstoffen? Teilen Sie darüber hinaus die Einschätzung, dass in dieser veränderten geopolitischen Situation Unternehmen alleine nicht immer für die Sicherung der Rohstoffe zuständig sein können?

Der **Vorsitzende**: Herr Prof. Dr. Watzel, bitte.

SV **Prof. Dr. Ralph Watzel** (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe): Danke schön. Blicken wir zurück auf die letzten 30 Jahre, seit dem Fall des Eisernen Vorhangs. Wir haben eine nie dagewesene Globalisierung der Wirtschaft gesehen. Wir haben eine Internationalisierung der Wertschöpfungsketten gesehen. Das hatte insbesondere für Deutschland einen großen Vorteil, dass zahlreiche Rohstoffe – insbesondere metallische Rohstoffe –, die wir zu Hause nicht oder nur



sehr, sehr eingeschränkt verfügbar haben, auf den Weltmärkten käuflich zu erwerben waren und das marktwirtschaftliche Geschehen auf diesen Weltmärkten ausgesprochen freundlich war. Angebot und Nachfrage haben über die Preisbildung das Geschehen gesteuert und wir waren davon die Profiteure.

Das funktioniert solange gut – und das hat drei Jahrzehnte lang sehr gut funktioniert –, wie die Spielregeln von allen eingehalten werden und solange dieses marktwirtschaftliche Gefüge nicht durch geopolitische nationale Interessen beeinträchtigt oder gar beschädigt wird. Wir haben jetzt in den letzten Jahren zwei Dinge gesehen: Einmal die COVID-19-Pandemie, die in China nach wie vor noch sehr intensiv zutage ist. Das ist eine Bedrohung, das ist eine Unterbrechung dieser Lieferketten, dieses internationalen Wirkungsgeflechts, und das Zweite ist der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine.

Also, wir sehen: Die Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert und das ist natürlich ein Punkt, wo die Unternehmen alleine mit den Instrumenten, die ihnen zur Verfügung stehen, das so nicht mehr gestalten können wie in der Vergangenheit. Das ist dann genau der Punkt, an dem die Politik ins Spiel kommt. Schon bisher hat ja das ordnungspolitische System bei uns so ausgeschaut, dass die Rohstoffsicherung, die Rohstoffversorgung Sache der Unternehmen war, die Politik aber flankiert hat. Also ich erinnere an die Rohstoffstrategie der Bundesregierung 2010 beziehungsweise 2020. Da steht es explizit drin und die Frage ist jetzt: Braucht es mehr Politik? Und ich würde mal so weit gehen und sagen: Ja, es braucht mehr politische Flankierungen. Wir sind nicht gut beraten, dieses Konzept auf den Kopf zu stellen, aber ich glaube, wir müssen es ein bisschen mehr austarieren, denn wir werden weiterhin bei Schlüsselrohstoffen sehr stark importabhängig sein. Das heißt, es braucht auch einen Dialog zu den Regierungen der Exportländer.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Prof. Dr. Watzel. Das Wort hat jetzt der Kollege Reinhard Houben für die FDP.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Herzlichen Dank,

Herr Vorsitzender, und danke an die Sachverständigen, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. Ich habe zwei Fragen an Herrn Dr. Frederichs.

Weil ich einen gewissen Konflikt hier am Tisch vernehme: Also, wenn ich Herrn Strunk eben richtig verstanden habe, haben wir genügend – ich sage mal – Sand, Kies und ähnliche Produkte in Deutschland. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, Herr Dr. Frederichs, dass es trotzdem regionale Knappheiten gebe, was hauptsächlich an fehlenden Genehmigungen liege. Können Sie das für uns einmal ein bisschen auseinanderdifferenzieren? Die zweite Frage in diesen Zusammenhang: Können Sie noch einmal die Ungleichbehandlung von Primär- und Sekundärrohstoffen erläutern?

SV Dr. Matthias Frederichs (Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.): Vielen Dank für die Frage, Herr Houben. Es ist in der Tat so, dass wir genügend Rohstoffe haben, Herr Strunk hat es gesagt.

Aber es ist natürlich so, dass wir bei der Genehmigungssituation Probleme sehen. Genehmigungsverfahren dauern ja in Deutschland selbst bei leichtesten Anschlussgenehmigungen zwischen zwei und fünf Jahren – ohne gerichtliche Auseinandersetzung. Mit gerichtlicher Auseinandersetzung sind Sie schnell noch einmal bei deutlich längeren Zeitfenstern und insofern ist es in der Tat – wenn ich an die planerische Sicherung von Abbauflächen denke – eine sehr, sehr schwierige Situation für unsere Unternehmen. Und neben der Kies-, Sand- und Natursteinindustrie, die ja im Wesentlichen von Herrn Strunk auch hier vertreten wird, kann ich das natürlich weiterspinnen auf die gesamten mineralischen Rohstoffe, die wir in unserem Verband vertreten. Und da sind natürlich regional viele, wirklich auch schwierige Situationen, bis hin zu Betriebseinstellungen aufgrund fehlender Genehmigungen.

Es ist so, dass wir eine Ungleichbehandlung haben zwischen Primär- und Sekundärrohstoffen. Ich denke, dass das Thema Kreislaufwirtschaft, über das wir sicherlich hier noch sprechen werden, da auch helfen kann und wir glauben schon, das Primär- und



Sekundärrohstoffe gemeinsam gesehen werden sollten. Also, dass wir gerade auch bei öffentlichen Ausschreibungen oder Vergaben – wenn alle bau- und umweltrechtlichen Genehmigungen da sind – das Thema gleich behandeln sollten, denn sonst kriegen wir das Thema Kreislaufwirtschaft nicht belebt, wenn wir hier ständig unterscheiden zwischen Primär- und Sekundärrohstoffen. Bei letzteren wird ja auch gerne mal von Abfall gesprochen. Ich glaube, wir müssen möglichst viele Rohstoffe aus diesem Abfallregime herausholen beziehungsweise gar nicht erst dort hereinkommen lassen und hier zusehen, dass wir unsere Rohstoffe, die wir hier vor Ort haben, bestmöglich einsetzen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Dr. Frederichs. Sie halten sich wie alle anderen vorbildlich an die Zeit, das soll so bleiben. Herr Dr. Kaufmann hat das Wort für die AfD.

Abg. **Dr. Malte Kaufmann** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an den Herrn Prof. Dr. Sandkamp.

Sie beschreiben in Ihrer Expertise die Zielkonflikte und gehen da insbesondere auch ein auf das Lieferkettengesetz. Da klingt ja ein bisschen Kritik durch bei Ihnen und Sie beschreiben auch alternative Ansätze auf EU-Ebene. Vielleicht könnten Sie diese Thematik etwas ausführen für uns. Danke.

SV Prof. Dr. Alexander-Nikolai Sandkamp (Kiel Institut für Weltwirtschaft): Vielen herzlichen Dank für die Frage. Ich glaube, da bräuchte ich mehr als drei Minuten für diese beiden Fragen.

Also, ich fange mal an mit der Kritik am Lieferkettengesetz, so wie wir es jetzt wahrscheinlich bekommen werden. Danach können wir uns vielleicht noch einmal über alternative Ansätze unterhalten. Das Problem beim Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und auch bei der geplanten europäischen Regelung, das meine Kollegen und ich am Kiel Institut für Weltwirtschaft sehen, ist, dass es die Kosten für deutsche beziehungsweise europäische Unternehmen erheblich erhöhen wird. Warum? Wir haben einmal die expliziten Kosten, das bedeutet also, dass Unternehmen jetzt ihre Lieferanten prüfen müssen. Wir haben gewisse

Dokumentationspflichten, sie müssen da vielleicht auch einmal hin, sich die Produktion vor Ort anschauen. Das kostet natürlich Geld. Und dann haben wir vor allen Dingen – das ist mindestens genauso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger – die impliziten Kosten möglicher Strafen. Denn obwohl wir in Deutschland ja nur eine Bemühenspflicht haben, besteht immer die Gefahr, dass Menschenrechtsverletzungen unentdeckt bleiben und das Unternehmen nicht ausreichend nachweisen kann, dass es sich ausreichend bemüht hat, und dann natürlich sehr empfindliche Strafen zahlen muss beziehungsweise von öffentlichen Vergaben ausgeschlossen wird.

Diese beiden Formen der Kosten sind problematisch, weil sie pro Lieferantenbeziehung gesondert auftreten. Das heißt, ich muss jedes Unternehmen separat prüfen und bei jedem Unternehmen habe ich dieses Risiko, dass Menschenrechtsverletzungen unentdeckt bleiben und ich dann eben Strafzahlungen leisten muss. Wozu führt das? Ein Unternehmer, der natürlich durchaus die Kosten im Blick behalten muss, wird überlegen, wie er diese Kosten reduziert. Und das kann man eben machen, indem man Lieferketten konsolidiert, das heißt also, die Anzahl der Lieferanten reduziert. Es werden nicht alle Unternehmen machen, aber einige Unternehmen werden das sicherlich so tun. Das spricht aber genau gegen das, was wir aktuell wollen, nämlich mehr Diversifizierung. Wir wollen ja eigentlich mehr Lieferanten, aus unterschiedlichen Ländern. Insofern sehen wir das ein bisschen als Problem an.

Das gilt tatsächlich besonders für Rohstoffe, weil natürlich die Rohstoffe, mit denen zumindest wir uns beschäftigen, eben nicht in Deutschland sind – solche gibt es natürlich auch. Die meisten sind aber eben im Ausland und da ist es noch einmal wesentlich schwieriger, die Unternehmen zu überprüfen. Es ist natürlich leichter, in die Fabrik im Nachbardorf zu gehen, zu gucken, ob da alles läuft, als nach Indien, Japan oder Vietnam und so weiter zu fliegen. Dann sind natürlich weiter viele dieser Rohstoffe in Ländern, die sowieso ein bisschen „problematisch“ sind beziehungsweise wo die Institutionen



schwächer sind. Insofern betrifft es Zulieferer aus diesen Regionen noch einmal ganz besonders. Danke.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Sandkamp. Sebastian Roloff fragt jetzt für die SPD.

Abg. **Sebastian Roloff** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Guten Morgen zusammen, ich freue mich auch, dass wir so eine hochkarätige Runde hier haben. Meine Frage geht an Frau Schulze.

Die Bundesregierung setzt ja in ihrer Strategie einen Schwerpunkt auf Rohstoffpartnerschaften. Halten Sie das für sinnvoll und, wenn ja, worauf sollte man auf jeden Fall achten, damit das auch effizient funktioniert?

Sve **Meike Schulze** (Stiftung Wissenschaft und Politik): Vielen Dank für die Frage. Also im Rahmen des Forschungsprojektes bei der Stiftung Wissenschaft und Politik habe ich mich jetzt sehr intensiv zwei Jahre lang mit transnationalen Lieferketten von mineralischen Rohstoffen beschäftigt. Und jetzt zeigt sich ja an den aktuellen geopolitischen Verschiebungen wie am steigenden Bedarf, dass akut gehandelt werden muss. Vor allem auch, um menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken in Rohstofflieferketten zu begegnen.

Rohstoffkooperationen sind definitiv ein sinnvolles Instrument, um mittel- und langfristig Versorgungssicherheit genauso wie Nachhaltigkeit im Rohstoffbereich zu stärken. Wir haben schon gehört: Unternehmen müssen hier noch aktiver werden und die Bundesregierung entsprechend flankieren. Es braucht für diese Rohstoffkooperationen eine etwas neue Ausrichtung, man kann ein bisschen aus Versäumnissen der Vergangenheit lernen: Erstens braucht es klare Zielsetzungen und Inhalte dieser Kooperationen. Das heißt, es dürfen keine Ad-hoc-Zusagen an potenzielle Partnerländer gemacht werden, sondern die Kooperationen müssen basieren auf umfangreichen Konsultationsprozessen, die die Bedarfe beider Seiten klären, um entsprechende länderspezifische Kooperationen zuschneiden zu können.

Wenn wir über neue Partnerschaften sprechen,

würde ich der Bundesregierung empfehlen, auf Länder mit demokratischer und menschenrechtlicher Orientierung zuzugehen. Warum? Das bietet die besseren Rahmenbedingungen für die bilaterale Zusammenarbeit genauso wie für Investitionen vor Ort und kann damit auch die Resilienz von Lieferketten unterstützen.

Was meine ich mit Neuausrichtung oder neuer Prioritätensetzung? Der Fokus darf nicht allein auf dem Rohstoffabbau und der Sicherung liegen. Hier muss die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Unternehmen darüber hinausgehen und attraktive Angebote an Partnerländer machen. Ein Punkt wäre hier die Stärkung der lokalen Wertschöpfung, das ist oft ein konkreter Anreiz für Partnerländer im Globalen Süden. Gerade hierunter könnte auch der Bereich der lokalen Weiterverarbeitung von Rohstoffen fallen. Man kann aber auch verbundene Sektoren anschauen, etwa die Energieversorgung. Gerade das Thema Nachhaltigkeit bietet hier auch Potenziale, die auch im Interesse der deutschen Industrie liegen sollten, aber auch auf Partnerseite stark nachgefragt sind und mit Technologietransfer einhergehen sollten.

Mein letzter Punkt für die Rohstoffkooperation wäre die Rolle Chinas. Die sollte strategischer und konkreter beachtet werden. Dafür braucht es auch ein rohstoffspezifisches Vorgehen, denn jede Lieferkette ist individuell verschieden, genau wie jeweils die Rolle Chinas. Hier muss definitiv eine Priorisierung erfolgen und geschaut werden, wo die Abhängigkeiten besonders hoch sind. Für diese strategische Diversifizierung, für die ja auch Rohstoffkooperationen ein entscheidendes Instrument sind, muss definitiv die erste Verarbeitungsstufe, also die Schmelzen und die Raffinerien, stärker einbezogen werden, um hier wirklich Unabhängigkeit erzielen zu können.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Frau Schulze. Das Wort hat jetzt Bernhard Loos für die CDU/CSU.

Abg. **Bernhard Loos** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen Dank. Meine Frage richtet sich an Prof. Dr. Frederichs.

Im Bereich der Baustoffe wurde über Recycling



gesprächen. Welche Quoten halten Sie für tatsächlich erreichbar, zum Beispiel bei Gips beziehungsweise Steinen?

An Herrn Prof. Dr. Wachter hätte ich folgende Frage: Wie hoch schätzt der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) das Potenzial der heimischen Erdgasgewinnung durch Fracking ein? Wäre dies aus Sicht des BDI ein Beitrag zur Erhöhung der Versorgungssicherheit Deutschlands und könnte dies stabilisierend auf den Erdgaspreis für die kommenden Jahre wirken? Danke.

SV **Dr. Matthias Frederichs** (Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.): Vielen Dank für die Frage. Zum Thema Recycling-Quoten: Wir sind da sehr zurückhaltend. Insbesondere, wenn es um bundesweite Quoten geht. Denn Sie müssen natürlich auch gucken, wie sich die entsprechenden Bedarfe entwickeln, was haben Sie an Recycling-Material vor Ort? Allenfalls möglich wären regionale Quoten. Für einzelne Rohstoffe ist das schwer auszumachen, das muss man ganz klar sagen. Wir wären eher daran interessiert, alles dafür zu tun, Recycling stärker zu pushen, insbesondere natürlich – wie gesagt – über Ausschreibungsverfahren, über die Anerkennung des Produktstatus und dergleichen. Insofern: wenn Quoten, dann überhaupt nur regional und immer auch ein Stück weit an der Verfügbarkeit orientiert!

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Der Kollege Roloff hat nochmal das Wort für die Sozialdemokraten.

Abg. **Sebastian Roloff** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde nochmal auf die Rohstoffpartnerschaften und auf Frau Schulze zurückkommen wollen.

Zum einen: Wie würden Sie die Rolle der Außenhandelskammern mit Blick auf die Rohstoffkompetenzzentren bewerten und muss die gestärkt werden? Wahrscheinlich fast eine Suggestivfrage, wenn ich jetzt unterstelle, dass Sie das gut finden, weiß ich aber noch nicht.

Darüber hinaus: Danke für die sehr aufschlussreiche erste Antwort. Hätten Sie, weil Sie ja in der Zeit geblieben sind, noch ergänzende Hinweise, welche flankierenden Maßnahmen zum Aufbau der

Rohstoffpartnerschaften nötig wären? Nur, falls Sie die Zeit noch brauchen.

Der **Vorsitzende**: Das scheint mir klug gefragt, jetzt in der Gesamtkonstellation. Sie haben das Wort, Frau Schulze.

SVe **Meike Schulze** (Stiftung Wissenschaft und Politik): Genau, hier stimmen wir überein. Also, ich sehe auch die Arbeit der Außenhandelskammern und die der Kompetenzzentren für Rohstoffe und Bergbau als sehr, sehr wichtige, flankierende Maßnahme. Die wissenschaftlichen Analysen, die es schon gibt zu den bestehenden Kooperationen, loben auch das Engagement und es wird auf Partnerseite sehr positiv wahrgenommen, das bestätigt auch die Forschung in unseren Partnerländern. Es zeigt sich natürlich auch, dass die Außenhandelskammern und die Kompetenzzentren nur dort erfolgreich sind, wo auch das entsprechende Engagement der deutschen Unternehmen da ist. Das kann gesteigert werden durch die entsprechende politische Flankierung vor Ort.

Definitiv, Außenhandelskammern sollten gestärkt werden und auch mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden. Das ist natürlich besonders dort wichtig, wo bereits Rohstoffkooperationen bestehen oder neue geplant sind. Sie sind einer der zentralen Akteure, um die Kooperationen mit Leben zu befüllen, weil sie lokale Markt- und Bedarfsanalysen mache. Die Außenhandelskammern sollten jetzt – was ich vorher beschrieben habe – im Kontext der Neuorientierung von Rohstoffpartnerschaften auch den Bereich Nachhaltigkeit in den Fokus nehmen, aber auch die lokale Weiterverarbeitung. Sie könnten damit auch zur konkreten Diversifizierungsstrategie von Unternehmen und von Deutschland insgesamt beitragen. Mit mehr Ressourcen könnten sie außerdem lokale Partner noch stärker unterstützen. Gerade die Gremienarbeit, das Schaffen von bilateralen Dialogformaten wird durchaus gelobt, auch in der engen Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) und der Deutschen Rohstoffagentur (DERA). Sie könnten sich auch im Ausbau von Kapazitäten bei lokalen Partnern, bei der Umsetzung von



Lieferkettengesetzen, aber auch bei anderen Initiativen weiter einbringen.

Jetzt komme ich zum zweiten Punkt der Frage. Die Außenhandelskammern und Kompetenzzentren sind natürlich ein Instrument in einem Instrumentarium, das Rohstoffpartnerschaften ausgestalten soll. Und da braucht es auf jeden Fall Kohärenz und deswegen auch eine bundesweite, ressortübergreifende Zusammenarbeit. Gerade wenn die Verankerung von Umwelttransparenz beziehungsweise Sozialstandards passieren soll, müssen Länder auch entsprechend unterstützt werden, diese umzusetzen. Das kann durch privatwirtschaftliche Kooperation passieren, aber sollte natürlich durch den Bund flankiert werden. Eine weitere flankierende Maßnahme ist, die Entwicklungszusammenarbeit und deren Projekte stärker als Schnittstelle wahrzunehmen. Hier gibt es viele Bereiche, in denen bereits gearbeitet wird und wo auch an bestehende Projekte angeknüpft werden könnte. Zum Beispiel im Bereich von Technologietransfer, Minenschließung, Renaturierung, Good Governance, da gibt es wirklich viele Bereiche. Der letzte Punkt wäre eine weitere Stärkung von Forschungsaustausch und Kooperation.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Frau Schulze. Das Wort hat Stefan Rouenhoff, CDU/CSU.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Meine Frage geht an Herrn Prof. Dr. Sandkamp.

Wie kann die Handelspolitik die Unternehmen dabei unterstützen, die Rohstoffbeschaffung zu diversifizieren und den Marktzugang in rohstoffreichen Ländern zu erleichtern und gibt es aus Ihrer Sicht auf europäischer Ebene Initiativen, die eben zu dieser Diversifizierung beitragen können?

SV Prof. Dr. Alexander-Nikolai Sandkamp (Kiel Institut für Weltwirtschaft): Herzlichen Dank für die Frage. Man muss da unterscheiden, zwischen zwei Arten von Ländern beziehungsweise potenziellen Handelspartnern.

Das eine sind Länder, die bereits bestimmte Rohstoffe produzieren und auch exportieren, aber mit denen Deutschland bisher wenig oder

gar keinen Handel treibt. Mit diesen Ländern sollte man irgendwie das Engagement stärken. Wie kann man das machen? Ich bin Handelsökonom, das heißt, ich muss natürlich sagen: Freihandelsabkommen! Aber das ist eben auch tatsächlich eine sinnvolle Sache, weil Freihandelsabkommen eben helfen, Handelskosten zu reduzieren, darum geht es. Wenn es andere Möglichkeiten gibt, Handelskosten zu reduzieren, sollte man diese ebenfalls nutzen. Es ist egal, ob es jetzt um Zölle geht, es gibt auch im Rohstoffbereich immer noch ordentlich Zölle oder die sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse. Das würde alles dazu führen, dass es für europäische Unternehmen attraktiver würde, mit diesen Ländern Handel zu treiben. Ein Problem, das wir haben, ist ja, dass gerade in China die Rohstoffe auch oft extrem günstig sind und das Land entsprechend andere Anbieter unterbieten kann. Wichtig ist aber weiter, dass es auch für die Exporteure in den betroffenen Ländern günstiger wird, mit Deutschland beziehungsweise dann auch mit Europa Handel treiben zu können.

Die andere Art von Ländern sind solche, die über wesentliche Rohstoffvorkommen verfügen, die aber bisher wenig bis gar nicht produzieren und exportieren. Da ist es natürlich besonders wichtig, dahingehende Investitionen zu stärken. Idealerweise mit Beteiligung deutscher Unternehmen. Wie kann man das machen? Einige Beispiele sind auch hier Investitionsschutzabkommen, die eben auch die Risiken ertragbarer machen für deutsche Unternehmen, um dort zu investieren – Investitionen nicht nur in die Rohstoffgewinnung, sondern auch in die lokale Transportinfrastruktur, die natürlich ebenfalls wichtig ist. Ein anderer Punkt wären Investitionsgarantien, die werden ja auch aktuell sehr diskutiert in Bezug auf China. Da könnte man sich überlegen, dass man Investitionsgarantien besonders fördert in Bezug auf kritische Rohstoffe in Ländern, mit denen Deutschland bisher noch sehr wenig Handel treibt.

Um auf die europäische Ebene zu kommen: Da besteht ja jetzt bereits der Plan der EU-Kommission, mit der



Global-Gateway-Initiative stark zu investieren. Circa 300 Milliarden Euro sind da – glaube ich – vorgemerkt für Infrastruktur und weitere Projekte. Und da könnte man sich auch überlegen, ob man – wenn man dieses Geld eh schon zurückgelegt hat – das Geld nutzt, um in Infrastrukturprojekte, insbesondere in Rohstoffförderprojekte, zu investieren. Denn das Geld ist „quasi schon da“ und das würde sicherlich auch die europäische Position in diesen Ländern stärken. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Frau Dr. Detzer bitte.

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit ist ja schon von Frau Schulze sehr, sehr gut angesprochen worden. Aber auch die Rolle der BGR bei diesen Partnerschaften. Deswegen möchte ich meine Frage noch einmal an Prof. Dr. Watzel richten.

Wie schätzen Sie die Bedeutung der Aktivierung von Rohstoffpartnerschaften ein und wie groß ist die Gesamtbedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Sicherung kritischer Rohstoffe?

SV **Prof. Dr. Ralph Watzel** (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe): Danke schön. Um es mal ganz einfach zu sagen: Wir kommen aus der Internationalität nicht raus, selbst wenn wir es wollten. Das hat die Erdgeschichte so angelegt.

Wir haben ja 1973 in der Ölkrise – die Älteren erinnern sich noch daran – gelernt, was internationale Abhängigkeit oder Importabhängigkeit bedeutet. Das haben wir dann in den Jahrzehnten dazwischen so ein bisschen vergessen und jetzt lernen wir es gerade das zweite Mal. Wenn man jetzt mal die internationale Abhängigkeit in der karbonisierten Welt mit einem Szenario einer weitgehend dekarbonisierten Welt vergleicht, dann wird die Abhängigkeit nicht abnehmen, die wird im schlimmsten Fall sogar noch zunehmen. Also, wir müssen das Thema auf dem Schirm haben.

Das Zweite ist, ich habe von Herrn Prof. Dr. Sandkamp und Frau Schulze sehr viele Dinge gehört, die ich eins zu eins genau so

formulieren würde aus unserer Perspektive. Die Außenhandelskammern sind angesprochen worden, die Rohstoffpartnerschaften, aber auch mein Haus ist seit vielen Jahren mit dabei. Die Außenhandelskammern, das Kompetenznetzwerk, die bilden Plattformen. Und die Plattformen sind nur so viel wert, wie die Akteure auf diesen Plattformen agieren. Das heißt, wir brauchen sowohl Unternehmensakteure als auch politische, die diese Plattformen nutzen – noch stärker, strategischer, zielgerichteter als bisher.

Ich selbst hatte die Möglichkeit vor wenigen Wochen beim EU-Lateinamerika-Dialog in Santiago de Chile dabei zu sein. Chile ist in dieser Hinsicht ein sehr interessantes Land: Da sind unter den Gesichtspunkten Governance, Rohstoffverfügbarkeit, die Akzeptanz der Bevölkerung vor Ort von deren Abbau (Social Licensing), wirtschaftliches Entwicklungspotenzial und so weiter sehr viele Ampeln auf „gelb“, wenn nicht gar auf „grün“. Aber die Botschaft von dort war ganz klar: Wir wollen die erste Garde sehen! Wir wollen die erste Garde der Unternehmen und der Politik hier sehen, wir wollen von Beginn an Verbindlichkeit.

Wenn ich noch einen zweiten Aspekt anbringen kann bei der Internationalität, das hat ja auch mit Recycling zu tun. Also, wenn wir mit den Elektroautos das machen, was wir zum Teil mit den Verbrennerautos machen, nämlich dass wir die nach zehn Jahren nach Osteuropa verbringen, dann sind die Batterien weg! Die kriegen wir nicht mehr, im Stoffstrom, oder nur sehr schwer zurück. Oder man stellt das Ganze europaweit oder möglicherweise in Einzelfällen sogar noch darüber hinaus auf. Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Es ist ja auch in der Diskussion, mit Chile ein Freihandelsabkommen abzuschließen, das ist mit Blick auf Ihre Erfahrungen dort ja auch möglicherweise sogar sinnvoll. Christian Leye hat das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Christian Leye** (DIE LINKE.): Danke, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Frau Pilgrim von der Organisation PowerShift und dort Koordinatorin des Arbeitskreises Rohstoffe.

Meine Frage: Durch Transformation und



Energiewende steigt der Druck auf die Gesellschaften in den rohstofffördernden Ländern. Welche umwelt- und menschenrechtlichen Herausforderungen sehen Sie durch die verstärkte Nachfrage nach kritischen Rohstoffen und welche Chancen sehen Sie in einer sozialökologischen Bearbeitung der Thematik?

Sve **Hannah Pilgrim** (PowerShift e.V.): Sehr geehrter Herr Leye, sehr geehrte Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, vielen Dank für die Möglichkeit, auch die zivilgesellschaftliche Perspektive mit in die Debatte um Rohstoffpolitik einzubringen. Als Arbeitskreis Rohstoffe in unserer Organisation arbeiten wir seit der Entstehung der deutschen Rohstoffstrategie in 2010 zu den Themen der menschenrechtlichen und ökologischen Herausforderungen, vor allem in metallischen Rohstofflieferketten, und auch zu den Abhängigkeiten. Die Abhängigkeiten sind demnach nicht neu und wir müssen uns eingestehen, dass die vergangenen Rohstoffstrategien es nicht geschafft haben, langfristige Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Das heißt, spätestens jetzt muss der Zeitpunkt sein, proaktiv eine ressourcenleichte und global gerechte Strategie zu erarbeiten. Um in der Kürze der Zeit auf die Fragen zu antworten, möchte ich vor allem auf drei gravierende Lücken eingehen, die gerade in der Debatte klaffen.

Erstens: Seit Jahren werden massive soziale, ökologische und menschenrechtliche Konflikte entlang von Rohstofflieferketten dokumentiert, vor allem außerhalb Deutschlands. Arbeitsschutzverletzungen und Umweltzerstörung sind nur einige Beispiele. Mit der steigenden Nachfrage steigt auch der Druck auf die Gemeinden und die Konflikte laufen Gefahr, sich zu verschärfen.

Zweitens: Der viel zu hohe Verbrauch von Primärrohstoffen in Deutschland wird nicht problematisiert. Wobei ich hier betonen will, dass Fotovoltaik und Windkraftanlagen nicht zu den hauptsächlichen Treibern gehören.

Drittens: Wir erlauben es uns weiterhin, Metalle in ihrer Beschaffenheit nicht gänzlich wertzuschätzen und werfen sie quasi weg – und

zwar dorthin, wo eine erneute Nutzung erschwert wird.

Mit Blick auf diese Lücken wird deutlich: Wenn wir wirklich Abhängigkeiten vom Ausland reduzieren wollen und uns an Menschenrechten gelegen ist, sollten wir ein breites Risikoverständnis auf das Thema anwenden und eine wirkliche Wende in der Rohstoffpolitik einleiten. Was ist dabei zu tun? Eine Auswahl: Gemäß dem Koalitionsvertrag sollte schnellstmöglich die Senkung des primären Rohstoffverbrauchs angegangen und verbindliche Reduktionsquoten – vor allem für die ressourcenintensiven Sektoren Mobilität und Bau – sollten formuliert werden. Zweitens: Der Schutz von Menschenrechten und höchsten Umweltstandards beim Rohstoffabbau und entlang der gesamten Wertschöpfungskette sollte höchste Priorität haben. Drittens: Der Ausbau der Kreislaufwirtschaft im Sinne der Circular Economy ist dringend geboten, um den Verbrauch von Primärrohstoffen zu reduzieren und zugleich auch die Möglichkeit von neuen Arbeitsplätzen zu schaffen. Viertens: Im Zuge des Ausbaus strategischer Partnerschaften dürfen handelspolitische Instrumente nicht genutzt werden, um Rohstoffförderländer beim Auf- und Ausbau lokaler Wertschöpfung von Rohstoffen und bei der Schaffung lokaler Arbeitsplätze zu behindern. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Sie waren blendend in der Zeit, Frau Pilgrim. Das Wort hat jetzt Reinhard Houben für die FDP.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Danke, Herr Vorsitzender. Herr Wachter, ich wollte mal nachfragen: Sie sind vom Kollegen Loos angesprochen worden auf das Thema Fracking. Es ist dann meiner Meinung nach Ihnen eine Zeit nicht gutgeschrieben worden, Herr Vorsitzender, die eigentlich noch da war. Deswegen wollte ich mal fragen, ob Herr Wachter statt drei Minuten vielleicht vier Minuten bekommt? –

– Ist schon geklärt, okay. Kollege Loos, müssen Sie sich demnächst früher melden, damit die Minute nicht verloren geht.

Deswegen trotzdem meine Frage: Sie haben in Ihrer Stellungnahme auf Fracking-



Probebohrungen reflektiert.

Schiefergasförderung bietet sicherlich eine Chance, ist aber auch mit verschiedenen Risiken verbunden. Ich würde mich über eine Stellungnahme von Ihrer Seite freuen.

SV Matthias Wachter (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Vielen Dank. Also, wir haben ja heute die Situation, dass ein Teil des Gases, das wir in Deutschland nutzen, konventionell in Deutschland gefördert wird. Wir hatten ja zur Jahrtausendwende einen Anteil der heimischen Gasförderung am Gesamtbedarf von etwa 20 Prozent. Das ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen und wir sind im Moment bei etwa 4,5 Prozent heimische Gasförderung im konventionellen Bereich.

Es gibt eine Studie der BGR aus dem Jahr 2012, die sagt, dass wir in Deutschland eine technologisch förderbare Menge von Erdgas aus Schiefer- und Tongestein im Volumen von 700 bis 2300 Milliarden Kubikmetern Erdgas haben. Ich wiederhole: 700 bis 2300 Milliarden Kubikmeter Erdgas in Deutschland im Ton- und Schiefergestein. Zum Vergleich: Wir hatten in der Hochphase einen Import aus Russland von 90 Milliarden Kubikmetern pro Jahr. Damit sieht man, welch großes Potenzial heimisches Gas und vor allem heimisches Schiefergas hätte, wenn es gefördert werden könnte. Also, 90 Milliarden Kubikmeter haben wir in der Spitze pro Jahr aus Russland bekommen und heimisch haben wir nach einer Einschätzung der BGR 700 bis 2300 Milliarden Kubikmeter in Deutschland.

Wir haben die Situation, dass die Förderung im Schiefer- und Tongestein faktisch verboten ist. Es gibt Vorgaben – und da ist vor allem das Wasserhaushaltsgesetz zu nennen –, die so formuliert sind, dass die Förderung im unkonventionellen Bereich eben nicht möglich ist. Das ist aus meiner Sicht nicht ganz kohärent, weil wir zum Beispiel in der Geothermie, aber auch in der Endausbeutung der konventionellen Gasförderung das Fracking-Verfahren heute schon nutzen. Es wird insgesamt seit über fünfzig Jahren in Deutschland genutzt und in diesen fünfzig Jahren gab es keinen einzigen

diesbezüglichen Umweltschaden.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, ich muss Sie jetzt unterbrechen, es könnte ein Schlusswort gewesen sein. Vielleicht werden Sie auch noch einmal gefragt.

SV Matthias Wachter (BDI): Ich dachte, ich habe eine Minute länger?

Der **Vorsitzende**: Nein, nein, das entscheidet ja nicht Herr Houben, obwohl ich den ja sehr schätze.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Herr Wachter, aus gutem Grund entscheide ich das nicht (*lacht*).

Der **Vorsitzende**: Wenn sich jetzt herausstellt, dass Sie sich noch abgesprochen haben, wird das noch verwerflicher (*lacht*).

SV Matthias Wachter (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Wir haben uns nicht abgesprochen, vielleicht noch ein letzter Satz?

Der **Vorsitzende**: Leider nicht, aber vielen Dank für diese interessanten Informationen. Das Wort hat jetzt Bernd Westphal von der SPD.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Prof. Dr. Watzel.

Sie sind ja Präsident einer Behörde mit einer hohen Expertise, Know-How und Erfahrung. Es gibt ja Rohstoffe, auch in Deutschland oder Europa, die zugänglich sind und da muss man natürlich unterscheiden zwischen Reserven und Ressourcen und deshalb meine Frage: Was würden Sie denn empfehlen, wo wir genauer hingucken sollten, welche Rohstoffe förderwürdig wären?

SV Prof. Dr. Ralph Watzel (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe): Danke schön. Wir sind ja hier nicht alleine, sondern parallel ist die EU gerade dabei, einen Critical Raw Materials Act aufzusetzen. Die Konsultationsphase endete jüngst am 25. November. Ich bin ja auch im letzten und in diesem Jahr Präsident des Zusammenschlusses der geologischen Dienste Europas, EuroGeoSurveys. Wir haben uns da in Europa konsultiert. Interessanterweise kommt man, von Portugal bis Skandinavien, von Griechenland



bis Norwegen, zu ähnlichen Überlegungen, das heißt, die Übereinstimmung ist relativ groß.

Es geht auch hier vorrangig um metallische Rohstoffe. Die EU und deren Nachbarstaaten sind sicherlich nicht „ausexploriert“, wie der Fachmann sagen würde. Das heißt, da ist noch einiges an Potenzial vorhanden, das es zu erkunden gilt, und man unter den gegebenen Bedingungen auch von Ressourcen in Reserven überführen könnte. Also Lagerstätten oder Vorkommen, die mit heute verfügbarer Technik marktwirtschaftlich auskömmlich genutzt werden könnten. Das ist natürlich ein bisschen spekulativ, aber ich sage mal, die Orte, wo man da hinschauen muss oder sollte, die liegen auf dem Tisch, die sind bekannt. Wie man das organisiert – national oder im EU-Kontext –, da gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, da würde ich auch mal schauen, was die Kommission innerhalb des nächsten halben Jahres daraus macht und dann darauf aufsetzen und das gegebenenfalls komplementär ausgestalten oder hieran mitwirken.

Die Frage ist natürlich, was können wir da erwarten? Ich würde es mal so sagen: Ja, einiges, aber nicht so viel, dass wir aus der Importabhängigkeit sowohl im Hinblick auf Deutschland als auch im Hinblick auf die anderen EU-Länder herauskommen würden. Aber signifikante Beiträge sind durchaus vernünftig und wünschenswert.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Watzel. Wir haben jetzt Stefan Rouenhoff für die CDU/CSU.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Meine Frage geht an Prof. Dr. Sandkamp.

Sehen Sie ein Spannungsverhältnis oder sogar einen Zielkonflikt zwischen einerseits dem Ziel der Rohstoffsicherung durch die Bundesregierung und andererseits dem nationalen Lieferkettengesetz?

Darüber hinaus die Frage: Wie müsste eigentlich auf europäischer Ebene das Lieferkettengesetz ausgestaltet sein, damit das Thema Rohstoffsicherung dort adäquat adressiert würde? Danke schön.

SV **Prof. Dr. Alexander-Nikolai Sandkamp** (Kiel Institut für Weltwirtschaft): Vielen Dank.

Ich versuche es mal in 2:20 Minuten.

Also, die einfache Antwort ist: Ja, es gibt einen gewissen Zielkonflikt zwischen Resilienz und der Beachtung beziehungsweise Förderung der Menschenrechte. Warum? Weil eben nun mal nicht alle Rohstoffe, die wir benötigen, in Ländern liegen, die wir als Wertepartner definieren würden. Das ist nun einmal so, historisch, erdgeschichtlich gewachsen, das haben wir gerade schon gesagt. Deswegen kann eben der Handel mit – sagen wir mal – nicht demokratischen Ländern oder weniger demokratischen Ländern eben notwendig sein, um unsere Rohstoffsicherheit zu gewährleisten. Es müssen im Übrigen ja gar nicht politische Querelen sein, die wir mit einigen Ländern haben – das ist natürlich auch der Fall –, aber es können auch immer Naturkatastrophen sein, die dafür sorgen, dass dann einzelne Lieferländer ausfallen. Also, denken wir an den Reaktorunfall in Fukushima in Japan, so etwas kann auch Wertepartner treffen. Deswegen brauchen wir eben eine möglichst breite Zuliefererbasis, auch keine Autarkie, sondern eben aus mehreren Ländern – inklusive aus unserem beziehungsweise aus Ländern in der Europäischen Union.

Was ist jetzt das Problem mit dem Lieferkettengesetz? Das habe ich gerade eben schon so ein bisschen angeführt. Wie kann man trotzdem Menschenrechte stärken? Indem man sich auf einen Negativlistenansatz einigt, das schlagen wir auf europäischer Ebene vor. Was meine ich damit? Das wäre eine sogenannte „Schwarze Liste“, die von der EU-Kommission geführt würde und auf der wären dann Unternehmen, die nachweislich Menschenrechts- oder auch Umweltrechtsverletzungen begingen und mit denen europäische Unternehmen dann nicht Handel treiben dürften.

Das hätte zwei wesentliche Vorteile: Es würde erst einmal diese expliziten Kosten reduzieren, von denen ich gesprochen habe, weil ich dann eben nur noch gucken müsste als europäisches Unternehmen: Ist mein Handelspartner auf dieser Liste? Das ginge übrigens auch für mittelbare Zulieferer. Auch aus Perspektive der ausländischen Zulieferer wäre es einfacher: Diese würden nur maximal einmal geprüft



durch die EU-Kommission und nicht durch zig deutsche beziehungsweise europäische Handelspartner.

Wir hätten aber eben auch diese impliziten Kosten nicht mehr, weil wir eine hohe Rechtssicherheit hätten. Das ist eben ein großes Problem aktueller Vorschläge: Man kann sich als europäisches Unternehmen nicht hundertprozentig sicher sein, dass man auch wirklich alle Anforderungen erfüllt. Jetzt wüsste ich eben genau: Wenn die auf der Liste sind, darf ich nicht mit denen handeln, auch indirekt. Das würde eben dann nicht zu diesen problematischen Anreizen führen, von denen ich eben schon gesprochen habe. Nämlich, dass man einen Anreiz hat, die Anzahl der Lieferanten zu reduzieren. Das wäre alles auch gut umsetzbar, aber zu weiteren Ausführungen reicht die Zeit jetzt leider nicht mehr.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Kollege Schattner von der AfD hat das Wort.

Abg. **Bernd Schattner** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Herrn Wachter vom BDI.

Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass die Deindustrialisierung Deutschlands aufgrund unverhältnismäßiger behördlicher Auflagen bereits jetzt im vollen Gange sei, und das dementsprechend dem Ausbau der Kreislaufwirtschaft entgegenstehe. Jetzt wäre hier meine Frage:

Welche aktuellen Ziele führen momentan aus Ihrer Sicht dazu, dass diese Deindustrialisierung hier bereits läuft? Wo müsste gegengesteuert werden, um dem in Deutschland wieder entgegenzuwirken? Vielen Dank.

SV **Matthias Wachter** (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Vielen Dank. Also, ich glaube, für die Industrie sind zwei Faktoren ganz maßgeblich, auch für die Wettbewerbsfähigkeit:

Das ist einmal – worüber wir heute hier reden – eine nachhaltige und gesicherte Versorgung mit Rohstoffen. Da haben wir heute schon festgestellt, dass wir in vielen Bereichen sehr gravierende Abhängigkeiten haben, teilweise einseitige Abhängigkeiten, die damit natürlich

mit einem Erpressungspotenzial einhergehen und – sollte es zu einer Unterbrechung der Versorgung kommen – natürlich unmittelbar auf die Industrie durchschlagen und den Industriestandort Deutschland insgesamt gefährden würden.

Zum anderen: Die deutsche Industrie bedeutet vor allem Produktion und ist damit per Definition energieintensiv. Das ist jetzt heute nicht der Schwerpunkt. Aber die Energiekosten, die Preise, spielen natürlich eine unmittelbare Rolle und sind für ganz viele Industrieunternehmen heute schon der größte Faktor, der größte Kostenblock, den man als Unternehmen nur mit einer gewissen Einschränkung beeinflussen kann. Man kann natürlich Effizienzpotenziale heben, aber man kann dieses Thema nicht im Alleingang lösen. Somit sind die Rohstoffversorgung und die Energiepreise die zwei wesentlichen Faktoren aus unserer Sicht, um Ihre Frage zu beantworten.

Sie haben ja noch das Thema Kreislaufwirtschaft angesprochen: Wir glauben, dass die Kreislaufwirtschaft großes Potenzial hat im Rohstoffbereich, im metallischen Bereich. Aber bis das vollständig materialisiert werden kann, wird es dauern. Weil – wie gesagt – viele Rohstoffe jetzt erst einmal für den Hochlauf gewisser Produktgruppen genutzt werden und nicht in den Markt zurückfließen. Gleichwohl sollten wir durch geeignete Rahmenbedingungen, Wettbewerb und auch mehr Forschung in diesem Bereich das Potenzial weiter erhöhen und stärken, um perspektivisch den Anteil an recycelten Rohstoffen im Kreislauf zu erhöhen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Ich bedanke mich auch und gebe das Wort der Frau Kollegin Dr. Sandra Detzer. Bitte schön.

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Meine erste Frage geht an Herrn Prof. Dr. Watzel.

Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass sich immer mehr deutsche beziehungsweise europäische Unternehmen gerade aus Bergbau und Raffination zurückgezogen haben. Die Frage wäre: Wie können wir unterstützen, dass wir



entlang der kompletten Wertschöpfungskette Unternehmen tätig sehen?

Meine zweite Frage geht an Prof. Dr. Sandkamp. Sie hatten eben in Bezug auf das Lieferkettengesetz davon gesprochen, dass Sie die Möglichkeit einer Schwarzen Liste sehen. Wer sollte aus Ihrer Sicht die Millionen Unternehmen, die es ja gibt, checken und wer würde entscheiden, wer auf diese Liste kommt?

Der **Vorsitzende**: Ich schlage vor, wenn zwei gefragt werden, dass man sich die zur Verfügung stehende Zeit etwas teilt. Das wäre jetzt ungefähr jeweils etwas über eine Minute. Bitte, Herr Prof. Dr. Watzel zunächst.

SV Prof. Dr. Ralph Watzel (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe): Danke, ich teile. Also, wir haben ja bei uns im Haus die DERA, die seit 2010 auf der Angebots- wie Nachfrageseite die internationalen Rohstoffmärkte beobachtet. Und wir sehen seit Jahren eben den Trend, dass gerade China mehr und mehr aus der Primärproduktion hinein in die weiteren Schritte der Lieferketten, in die Raffinadeproduktion, in die Handelsproduktion hineingeht und sich dort strategisch bereits ganz starke Positionen aufgebaut hat.

Aus dem Grund ist die Empfehlung von uns seit vielen Jahren an die Unternehmen, eine Rückwärtsintegration vorzunehmen. Das heißt nicht, dass man morgen früh Bergbauunternehmer wird, aber dass man sich sehr genau überlegt, wo sensible, verwundbare Lieferkettenströme sind und sich dort im Sinne einer Rückwärtsintegration unternehmerisch engagiert. Das ist dann am Ende sehr detailliert zu betrachten, aber der Trend ist aus meiner Sicht, diesen Weg zu gehen.

Der **Vorsitzende**: Vorbildlich! Herr Prof. Dr. Sandkamp bitte.

SV Prof. Dr. Alexander-Nikolai Sandkamp (Kiel Institut für Weltwirtschaft): 1:05 Minuten, wunderbar. Vielen Dank auch noch einmal für die Frage.

Also, auf der einen Seite werden das sicherlich auch trotzdem Unternehmen selbst sein, denn wir wissen ja, dass sich glücklicherweise viele Unternehmen vorbildlich verhalten und da durchaus ein Interesse haben, und dass dann

auch der EU-Kommission zur Kenntnis bringen würden, wenn Menschenrechtsverletzungen entlang ihrer Wertschöpfungskette auftauchen würden und das dann natürlich auch andere europäische Unternehmen betrafen.

Dann könnte es natürlich auch sein, dass die Kommission selbst prüfen würde, wenn es Hinweise gäbe. Es gibt ja Hinweise durch Nichtregierungsorganisationen (NGO), es gibt Hinweise durch Journalisten, wir wissen ja auch jetzt, dass Menschenrechtsverletzungen in bestimmten Regionen der Welt in bestimmten Bereichen stattfinden. Insofern könnte man diese bereits bestehende Informationskette sicherlich zu einem gewissen Grade nutzen. Das funktioniert eben in anderen Bereichen auch ganz gut. Das hieße dann aber nicht gleich, dass sobald eine NGO sagt:

„Menschenrechtsverletzung!“, dieses Unternehmen sofort auf die Schwarze Liste ginge. Aber das würde dann einen Konsultationsprozess in Gang bringen, in dessen Rahmen dann geprüft würde, ob da wirklich Menschenrechtsverletzungen vorlägen und dann würde man im schlimmsten Fall eben dieses Unternehmen auf die Schwarze Liste zu setzen haben.

Es müsste dann aber auch die Möglichkeit geben – und das wäre ganz wichtig –, dass das Unternehmen auch wieder runter käme, wenn es die Situation vor Ort verbessern würde. Das wäre dann auch vergleichbar mit dem deutschen Lieferkettengesetz. Danke.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Hannes Walter fragt für die SPD.

Abg. Hannes Walter (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Bei der heimischen Rohstoffförderung gibt es viele Herausforderungen. Ich selber habe ein Kiesabbaugebiet in meinem Wahlkreis, dort gibt es Pro- und Kontra-Gruppierungen.

Herr Strunk, vielleicht können Sie noch einmal die größten Herausforderungen der heimischen Rohstoffförderung aus Ihrer Sicht darstellen und daran anschließend: Welche Maßnahmen und Gesetzesänderungen würden Ihnen an der Stelle sehr schnell helfen?

SV Christian Strunk (Bundesverband



Mineralische Rohstoffe e.V.): Vielen Dank, Herr Walter. Sie haben großes Glück, denn Sie haben noch einen Betrieb in Ihrem Wahlkreis. Das ist tatsächlich ein Thema in Deutschland. Wir hatten vor zehn Jahren noch 460 Betriebe mehr, wir haben jetzt nur noch 2700 Betriebe.

Wir haben regionale Versorgung – ich habe es eben angedeutet – und diese regionale Versorgung geht immer mehr zurück. Werk auf Werk schließt, weil es Anschlussgenehmigungen nicht gibt. Wir sind da eine der wenigen Branchen, die immer wieder neue Genehmigungen brauchen. Wenn ein Gewerbebetrieb eine Genehmigung hat, kann der 100, auch 1000 Jahre damit arbeiten; wir brauchen immer wieder neue und das macht es immer schwerer. Die Genehmigungs- und Bürokratiesituation stellt sich als ausgesprochen schwierig dar. Herr Dr. Frederichs hat es eben gesagt: Genehmigungsverfahren von zehn Jahren sind keine Seltenheit. Wir haben deshalb große Probleme, dass die Betriebe, die überwiegend familiär und mittelständisch sind, die hohen Genehmigungsanforderungen und hierzu benötigten Dinge wie Gutachterkosten kaum noch leisten können. Das heißt, solche Verfahren sind sehr aufwendig und sehr risikobehaftet. Wenn dann eine solche Genehmigung nicht gelingt und wenn sich aus der umgebenden Bevölkerung etwas Widerstand ergibt, es dann auch politische Verwerfungen gibt, dann haben die Unternehmen und vor allen Dingen die Familien große Probleme.

Das alles könnte besser werden, indem die bürokratischen Hemmnisse abgebaut würden, die Genehmigungsverfahren entschlackt, schneller ablaufen würden, die Verwaltungen gut besetzt wären, wenn wir ausreichend Fachleute hätten, dass dann auch schneller entschieden werden könnte, dass am Ende des Tages auch Genehmigungen erteilt werden. Deshalb plädiere ich sehr für eine Verbesserung der Genehmigungsverfahren.

Uns würde auch darüber hinaus sehr, sehr helfen, wenn im Raumordnungsgesetz, was ja gerade zur Novellierung ansteht, eine Veränderung eingefügt werden könnte, dass die Rohstoffsicherung – gerade die der heimischen Rohstoffe – im öffentlichen Interesse steht.

Wenn das öffentliche Interesse im Raumordnungsgesetz formuliert wäre, würde das in den Genehmigungsverfahren deutlich helfen, weil dann ja dort unsere Belange deutlich stärker gewichtet werden könnten. Denn wie oft ist es ein Problem, dass die vielen Nutzungsalternativen für Flächen dazu führen, dass einzelne dann doch so stark wirken, dass am Ende wieder keine Genehmigung erteilt werden kann. Also die ganzen Abwägungen zwischen den verschiedenen raumordnerischen Ansprüchen sind nicht unproblematisch. Deshalb bitte ich da um Verbesserung.

Das Bundesberggesetz steht ja auch in Kürze zur Novellierung an, auch dort könnten Formulierungen ergänzt werden, dass die heimische mineralische Rohstoffförderung einer der primären, bedeutenden Wirtschaftsfaktoren in unserem Land ist und einer Sicherung bedarf, und dass auch Flächen gesichert werden könnten für die Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Hansjörg Durz für die CDU/CSU.

Abg. **Hansjörg Durz** (CDU/CSU): Vielen Dank. Meine Frage geht an Herrn Wachter.

In einer gemeinsamen Sitzung des Wirtschafts- und des Europaausschusses gestern hat der EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton erwähnt, dass etwa 40 Prozent des Rohstoffbedarfs in Europa perspektivisch gesichert werden könne, das hieße im Umkehrschluss etwa 60 Prozent eben nicht in Europa. Können Sie diese Zahlen bestätigen und auf welche Weltregionen werden wir dauerhaft angewiesen sein?

Die zweite Frage: Es gibt immer stärker auch Rufe nach staatlichen Rohstofflagern. Jetzt würde ich mal sagen, dass der Staat weniger gut als die Unternehmen einschätzen kann, welche Rohstoffe benötigt werden. Wie schätzen Sie diese Forderungen nach staatlichen Rohstofflagern ein?

SV **Matthias Wachter** (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Vielen Dank, Herr Durz. Also ich teile vom Grundsatz diese Einschätzung des Kommissars Breton. Dass nämlich heimische Rohstoffe – damit sind eben



nicht nur deutsche, sondern europäische insgesamt gemeint – in der ganzen Bandbreite von Gas, über metallische Rohstoffe, bis hin zu Naturstein, Quarz, Sande, Steine et cetera einen ganz, ganz wichtigen Beitrag leisten können. Und ich halte diese Zahl von 40 Prozent für durchaus realistisch. Es ist natürlich die Frage, ob man das politisch will und wie wir jetzt heute auch schon gehört haben, ob man bereit ist, die politischen Rahmenbedingungen, Raumordnung, Planungsrecht, Bundesberggesetz und so weiter entsprechend zu novellieren, um das stärker zu ermöglichen.

Die zweite Frage: Lagerhaltung. Wir glauben, dass eine Lagerhaltung auf Unternehmensebene beziehungsweise eine verstärkte Lagerhaltung insgesamt auf jeden Fall sinnvoll ist, um in Krisensituationen einen gewissen Puffer zu haben und damit die Resilienz insgesamt zu erhöhen. Und wir plädieren deshalb dafür, das auf Ebene der Unternehmen zu realisieren und nicht staatlich. Das hat folgenden Grund: Zum einen glauben wir – wie Sie auch gesagt haben –, dass die Unternehmen besser verstehen und besser einordnen können, was benötigt würde. Auf der anderen Seite hätten wir, wenn es eine staatliche Lagerhaltung geben sollte, natürlich auch die Frage dann: Wer entscheidet über die Verteilung und wer bekommt was? Und da ist zum Beispiel ein großer Unterschied zu Japan, dass wir eine mittelständisch geprägte Industrie haben, dass wir viele kleinere Betriebe haben und nicht nur ein, zwei große Konglomerate, die man da entsprechend vielleicht bedienen könnte. Deshalb sind wir, was eine staatliche Lagerhaltung angeht, nicht ablehnend, aber eher zurückhaltend. Ich glaube, sie kann Sinn machen in Teilbereichen, zum Beispiel im Bereich der nationalen Sicherheit, wenn es um die Versorgung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie geht. Hier sind unmittelbare Sicherheitsinteressen Deutschlands betroffen, die Branche ist sehr überschaubar, der Auftraggeber ist einzig und allein der Staat. Ansonsten plädieren wir für eine Incentivierung der privatwirtschaftlichen Lagerhaltung auf Ebene der Unternehmen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Wachter, und Hannes Walter einmal mehr für

die SPD, bitte.

Abg. **Hannes Walter** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Frau Schulze.

Es wird immer wieder geäußert, dass hohe Standards – und hier kommen wir wieder zum viel erwähnten Lieferkettengesetz – die Zusammenarbeit erschweren würden. Beispielhaft wird immer wieder genannt, dass China zum Beispiel gar keine Standards einfordert. Wie würden Sie diesen Effekt einschätzen?

SVe **Meike Schulze** (Stiftung Wissenschaft und Politik): Da kann ich gut auf vorherige Antworten eingehen. Ich sehe den starken Widerspruch oder auch Zielkonflikt, der aufgemacht wird zwischen Versorgungssicherheit auf der einen Seite und Nachhaltigkeitsanspruch auf der anderen Seite so nicht und der bestätigt sich auch nicht durch unsere Forschung. Sondern es ist eher so, dass Nachhaltigkeit in Lieferketten auch deren Resilienz eindeutig steigern kann. Es ist ja nicht selten so, dass gerade Verletzungen von Rechten im umwelt- und menschenrechtlichen Bereich auch zu Versorgungsengpässen führen und die Resilienz beeinflussen. Hier gibt es viele Beispiele aus Südafrika oder auch Chile in den letzten Jahren. Im Prinzip fordert das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz von Unternehmen, um ihren Sorgfaltspflichten nachzukommen, dass sie erstens höhere Transparenz in und über ihre Lieferketten herstellen und kontinuierlich Risikoanalysen durchführen. Das heißt auch, man kann sie als Frühwarnsysteme für Unterbrechungen wahrnehmen und sie lohnen den – erst einmal – Mehraufwand langfristig auf jeden Fall, um die Nachhaltigkeit und die Versorgungssicherheit zu steigern.

Noch ein Punkt zu Kenntnissen über die Lieferkette: Es ist durchaus auch nicht so, dass Beschwerden – zum Beispiel beim Rohstoffabbau – so einfach bis nach Europa durchkämen und da sind Unternehmen auch gefragt, hier einen Beitrag zu leisten, dass Menschenrechtsverletzungen auch bekannt werden im europäischen Kontext.

Wenn ich jetzt über die Partnerseite spreche: Im



Zuge von internationalen Rohstoffkooperationen haben wir sehr viele Interviews gemacht mit Abbauunternehmen in Chile, Peru oder Südafrika, aber dort auch mit staatlichen Behörden. Und es ist schon durchaus so, dass Interesse besteht, Standards einzuhalten, weil man auch weiß, dass diese Standards lokale Konflikte reduzieren und damit zur Resilienz beitragen. Und es gibt die deutliche Kritik: Wenn der Abbau zu schnell forciert wird, ohne Standards einzuhalten oder Sorgfaltspflichten nachzukommen, kann das auch Produktionsstopps bedingen. Dies gilt etwa in Chile, wenn man dort dem extrem hohen Wasserverbrauch beim Kupferabbau nicht begegnet.

Wenn man jetzt den Blick auf Chinas Rolle in Rohstofflieferketten und bei Standards wirft, ist es auch nicht so, dass überhaupt keine Standards gesetzt würden. Es wird sich zum Teil schon an die lokale Gesetzgebung gehalten, auch im Bereich Umwelt/Klima sind sie durchaus aktiv, aber es bestehen natürlich deutliche Lücken, vor allen Dingen im Bereich sozialer und politischer Rechte. Deswegen werden Investments durchaus kritisch gesehen und auch im Interesse der eigenen Diversifizierung der Partnerländer ist hier Raum für alternative Angebote. Aber es muss natürlich entsprechend europäische und deutsche konkrete Zusagen und Kommunikation geben.

Mein letzter Punkt wäre, dass China noch aus einem anderen Punkt in Bezug auf Nachhaltigkeit zu beachten ist: Das gilt nicht nur für deren Auslandstätigkeiten, sondern vor allen Dingen auch für die Intransparenz im Land selbst über Abbau und Weiterverarbeitung. Man weiß, dass es hier zu weitreichenden Verletzungen von Menschenrechten und Umweltstandards kommt. Im Zuge auch der aktuellen Situation und innenpolitischen Bewegung ist das auch ein Unsicherheitsfaktor, der Rohstofflieferketten im besonderen Maße betrifft. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke schön, Frau Schulze. Für die FDP fragt Reinhard Houben.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Herr Wachter, die Koalition hat sich ja vorgenommen, eine Modernisierung des Bundesbergrechts

durchzuführen mit Erleichterungen für den heimischen Rohstoffabbau. Wie ist Ihre Position dazu und vielleicht können Sie dann ja auch Ihren Fracking-Beitrag zu Ende bringen?

SV **Matthias Wachter** (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Vielen Dank, Herr Houben. Wir begrüßen es zunächst sehr, dass im Moment beim Thema Rohstoffe politisch sehr viel in Bewegung ist. Wir haben das Gefühl, dass das Thema angekommen ist und dass die Politik, die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und auch Frau Staatssekretärin Dr. Brantner hier sehr aktiv sind. Das begrüßen wir sehr und das geht alles in die richtige Richtung.

Was das Bergrecht angeht, auch da noch einmal: Ich glaube, wir brauchen nicht nur im Bergrecht einen Verweis, dass es wünschenswert ist, dass wir die heimische Förderung unterstützen wollen. Dass wir Genehmigungen und Anschlussgenehmigungen ermöglichen und dass wir – das betrifft dann auch die Raumordnung – das so gestalten, dass Flächen auch für die heimische Förderung vorgehalten und genutzt werden können. Das muss sich im Bergrecht, in der Raumordnung und so weiter wiederfinden und deshalb plädieren wir dafür, das stärker zu berücksichtigen.

Nochmal zum Thema Fracking: Ich hatte es ja schon ausgeführt, wir haben sehr große förderbare Mengen in Deutschland, die bisher nicht erschlossen sind, weil es ein Fracking-Verbot gibt im Schiefer- und Tongestein. Und ich will an der Stelle auf die Ergebnisse der Expertenkommission Fracking hinweisen. Denn man hat, als man vor ein paar Jahren dieses Fracking-Verbot ausgesprochen hat, eine Expertenkommission eingesetzt, die beim Wirtschaftsministerium aufgehängt ist. Dieser Kommission gehören unter anderem das Umweltbundesamt an, die BGR, verschiedene Helmholtz-Institute und auch Vertreter der Wasserwirtschaft. Die haben in einem Bericht 2021 festgestellt, dass die Schiefergasförderung in Deutschland erstens keine Erdbeben verursachen wird, diese Gefahr hatte zuvor immer im Raum gestanden. Zweitens, dass das Verfahren auch technologisch beherrschbar sei.



Damit sollten wir aus unserer Sicht ernsthaft darüber nachdenken, ob wir dieses Thema nicht noch einmal mit aller gebotenen Sorgfalt anschauen. Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass es einen wichtigen Beitrag leisten könnte für die Versorgungssicherheit in Deutschland. Es hat vor allen Dingen auch einen positiven klimapolitischen Aspekt, weil die Transportwege eben deutlich geringer wären, der CO₂-Ausstoß niedriger und weil wir natürlich allerhöchste Standards hier in Deutschland anwenden könnten, die in anderen Ländern, aus denen wir Fracking-Gas importieren, vielleicht so nicht gelten. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Wachter. Stefan Rouenhoff bitte.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Meine Frage geht an Dr. Frederichs.

Wir sind in einer Situation, wo Genehmigungsverfahren für die heimische Rohstoffgewinnung sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, das haben Sie ja auch erläutert. Ich würde gerne wissen: Welche Maßnahmen zur Beschleunigung dieser Genehmigungsverfahren sollten aus Ihrer Sicht prioritär angegangen werden und welche Rolle spielt dabei der Bund? Danke schön.

SV **Dr. Matthias Frederichs** (Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.): Vielen Dank für die Frage. Es ist in der Tat so – ich hatte es ja gesagt –, dass Genehmigungsverfahren sehr, sehr zeitaufwendig sind. Das heißt, dass häufig Doppelprüfungen beziehungsweise Wiederholungsprüfungen zu unterschiedlichen Bereichen durchgeführt werden sollen.

Insofern, wenn ich an die Maßnahmen denke, ist für mich vor allen Dingen die Digitalisierung des Genehmigungsprozesses ein erster Punkt. Wir sollten aus meiner Sicht auch über Stichtagsregelungen viel ernsthafter nachdenken, dass wir wirklich sagen: Wenn alle Unterlagen auf dem Tisch sind, dann muss das Genehmigungsverfahren auch laufen können. Momentan ist es in der Praxis so, dass häufig aus unterschiedlichsten Gebieten, sei es jetzt aus Bau, Gewässer, oder auch Naturschutz schon vorzeitig Gutachten eingeholt werden von unterschiedlichsten Akteuren, die leider Gottes

dazu führen, dass diese Prozesse immer noch weiter geführt werden. Insofern würden diese Stichtagsregelungen helfen. Das Thema „Materielle Präklusion“ ist ein ganz entscheidendes an der Stelle. Eine Wiedereinführung wäre sicherlich hilfreich, um auch insgesamt schnellere Verfahren umsetzen zu können.

Herr Strunk hatte das Thema Verwaltungspersonal angedeutet, da ist sicherlich einmal die Aufstockung auch gerade in regionalen Genehmigungsbehörden relevant. Aber noch viel mehr ist aus meiner Sicht die Motivation wichtig, auch zu einer gewissen „Entscheidungsfreude“ zu kommen vor Ort. Das ist natürlich fast schon ein moralischer Begriff, aber wir haben manchmal wirklich das Gefühl, dass es letztlich das Treffen einer Entscheidung vor Ort ist, woran es häufig hakt bei unterschiedlichsten Stakeholdern, die natürlich auch alle ihre Interessen vertreten. Aber irgendwann müssen wir einfach zu dem Punkt kommen, wo auch mal gesagt wird: „In die Richtung gehen wir!“ Das würde uns, glaube ich, mehr helfen, um das Verfahren insgesamt weiter zu beschleunigen.

Was wir natürlich auch noch im Blick haben sollten, ist das Thema EU-, Naturschutz- und Artenschutzrecht, auch da könnte man sicherlich den Prüfaufwand an der einen oder anderen Stelle reduzieren, ohne ihn natürlich gänzlich außen vor zu lassen. Das ist auch völlig klar. Wir sind hier beispielsweise als Baustoffindustrie mit einer bundesweiten Biodiversitätsdatenbank schon sehr weit. Diese wird aktuell mit Unternehmensdaten gefüllt und zeigt, wie unser Beitrag zum Thema Rekultivierung, Renaturierung und Biodiversität aussieht.

Ich glaube, wenn wir – das Thema hatte ich angedeutet – gerichtliche Entscheidungsdauern nehmen, ist auch das natürlich noch ein weiterer Punkt. Auch dort kann man über die Prüf- beziehungsweise Entscheidungstiefe sicherlich auch insgesamt mal nachdenken. Ich glaube, das sind einzelne Punkte, die man prioritär angehen könnte. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke Herr Dr. Frederichs. Frau Kollegin Dr. Detzer hat das Wort.



Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Meine Fraktion ist davon überzeugt, dass wir die notwendige Akzeptanz für den Bergbau und die Raffination nur dann bekommen, wenn wir wirklich sowohl in Deutschland, aber auch global zu den höchsten sozialen und ökologischen Standards arbeiten.

Deswegen meine Frage an Herrn Prof. Dr. Watzel: Wie kann es gelingen, dass auch genau in diesen frühen Stufen der Wertschöpfung solche Standards etabliert werden?

SV **Prof. Dr. Ralph Watzel** (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe): Ich wäre jetzt erstmal ein bisschen zurückhaltend, gleich mit den höchsten Standards anzufangen. Sondern man ist ja froh, wenn man überhaupt auf Standards abstellen kann. Insbesondere in Ländern, die nicht in Europa liegen. Standard ist nicht gleich Standard, es gibt einen ganzen Strauß von Standards bei der Bewertung der Einhaltung von Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsstandards (ESG-Rating). Wir haben als BGR hier eine Studie gemacht und eben mal versucht, die Dinge zu vergleichen, und wir sehen: Ein Standard ist nichts statisches, auch sie sind dynamisch, sie verändern sich. Erfreulicherweise kann man bei näherer Betrachtung einen gewissen Trend erkennen, dass es nämlich eher eine Annäherung gibt in der Entwicklung dieser Standards als eine Auseinanderentwicklung. Umgekehrt sind wir von „One size fits all“ sicherlich noch ein Stück weit entfernt.

Wenn ich zum Beispiel an den Auto-TÜV denke, sind Standards immer erstmal eine Belastung. Das kostet Zeit und Geld und Aufwand und umgekehrt steckt dahinter aber ein Sinn. Ich glaube, das ist ein Punkt, an dem man ansetzen sollte. Nämlich zu schauen, wie man Standards als Chance nutzen kann. Etwa nach Ländern mit einer Bevölkerung zu schauen, die sehr gegen den Bergbau aufgebracht ist, weil sie in den letzten 50 Jahren damit schlechte Erfahrungen gemacht hat – nämlich die Lasten vor Ort getragen und vom Nutzen nichts gesehen hat. Genau an der Stelle müsste man meiner Meinung nach ansetzen, dass man sagt: Standards ja, das ist eine Bürde auf der einen Seite, aber wir müssen auch

sehen, dass wir durch die Anwendung von Standards Nutzen und Mehrwert schaffen. Und das erfordert auch einen Dialog mit den Exportländern, mit den Gewinnungsländern. Auch das braucht politische Flankierung, denn ohne Demokratie und Rechtsstaatlichkeit steht der Standard auf dem Papier und entfaltet keine Wirkungskraft in der Lebenswirklichkeit und genau das soll er ja.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Sebastian Roloff bitte.

Abg. **Sebastian Roloff** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Lieber Herr Strunk, was jetzt Ihre Branche betrifft, haben wir in Diskussionen vor Ort ja immer die Abwägung zwischen Rohstoffabbau und Naturschutz. Wie bewerten Sie das? Ist das ein Widerspruch und könnten Sie in dem Zusammenhang auch auf die Rechtsverordnung „Natur auf Zeit“ eingehen, die wir zumindest gut finden. Ich weiß nicht, wie Sie das sehen?

SV **Christian Strunk** (Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V.): Ja, wir finden es auch gut. Viele der Punkte, die wir hier eben gehört haben mit den ganzen Lieferkettenproblemen, die haben wir mit den heimischen mineralischen Rohstoffen gerade nicht.

Wir haben hohe Standards in allen Bereichen, und das gilt auch für den Naturschutz. Wir haben den Vorteil, dass wir langfristig auf Flächen sind und diese Flächen stehen auch dem Naturschutz wieder komplett zur Verfügung, nachdem die Rohstoffgewinnung abgeschlossen ist. Nicht ohne Grund sind fast alle unseren ehemaligen Lagerstätten mittlerweile Naturschutzgebiete, sie stehen als Refugium bereit. Darüber hinaus gilt das nicht nur für den Endpunkt, sondern wir machen das bereits während der Förderung. Wir fangen auf der einen Seite an und dort, wo die Förderung der heimischen mineralischen Rohstoffe abgeschlossen ist, beginnen wir schon direkt wieder mit der Rekultivierung. Das heißt, wir haben hohe Standards, wir haben auch ein hohes Interesse, dass das alles gut wird. Wir leben meistens ja vor Ort und wir wollen, dass es lebenswert bleibt und vielleicht nachher sogar noch besser wird. Wir entziehen die



Flächen ja häufig der intensiven landwirtschaftlichen Bewirtschaftung und geben sie nachher dem Naturschutz oder der Erholung wieder. Diese Prozesse sind so gut eingespielt auf kommunaler Ebene, dass sich hochwertige Gebiete da gefunden und gebildet haben. Gerade am Rhein, das sind riesige Flächen, die dem Naturschutz komplett zur Verfügung stehen.

Sie sprachen gerade das Thema „Natur auf Zeit“ an, es gibt glücklicherweise seit der letzten Legislaturperiode ein entsprechendes Gesetz. Das Bundesnaturschutzgesetz ist dort geöffnet worden, aber es fehlt die Verordnung, die dazu noch erfolgen muss. Diese Verordnung sollte unserer Auffassung nach jetzt zügig in Anwendung kommen, denn gerade in den Gewinnungsstätten hier in Deutschland haben wir den großen Vorteil, dass wir innerhalb der Förderung bereits Naturbelange berücksichtigen können. Denn es siedeln sich während des laufenden Betriebes Arten an, die bisher dort gar nicht vorhanden waren. Die Gelbbauchunke ist immer unser liebstes Beispiel, die in den Radladerspuren heimisch wird. Nur, wenn dann mal wieder ein Radlader kommt, dann könnte sie in Gefahr geraten und dennoch macht es Sinn, dass die Unke da ist und nicht von vornherein bekämpft wird. Ich will damit nur deutlich machen, dass wir mit der Natur gut leben in unseren Gewinnungsbetrieben und sie auch nicht vertreiben wollen. Auch der Uhu darf auf unseren Gewinnungsstätten gerne leben und das tut er in Steilwänden von Steinbrüchen sehr, sehr gerne. Dafür wäre diese Verordnung nach der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes sehr, sehr sinnvoll. Ich kann das nur sehr begrüßen und ich weiß, dass es Aktivitäten des Bundesumweltamtes gibt, die das jetzt hoffentlich voranbringen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Strunk. Für die AfD fragt jetzt Uwe Schulz.

Abg. **Uwe Schulz** (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. Meine erste Frage geht an Frau Schulze.

In Ihrer Stellungnahme fordern Sie, den Kreis der potenziellen Partner auf unter Wertaspekten unproblematische Lieferländer zu reduzieren. Können Sie wenigstens drei

afrikanische Staaten benennen, die uneingeschränkt – also auch mit Blick auf die von der EU geplante Verschärfung des Lieferkettengesetzes – für die deutsche Industrie Partnerländer sein könnten?

SVe **Meike Schulze** (Stiftung Wissenschaft und Politik): Also, in der Stellungnahme habe ich mich erst einmal vorrangig bezogen auf internationale Rohstoffkooperationen und -partnerschaften, wie sie die Bundesregierung schon etabliert hat. Und dort die klare Stellungnahme, dass man auf Werten basierend vorgehen sollte und auf Menschenrechte und Demokratieorientierung achten sollte, genau aus den bekannten Gründen, die ich vorher ja auch schon genannt habe, weil es die bilaterale Zusammenarbeit stärkt und die Resilienz von Lieferketten unterstützt. Ich meine, es gab jetzt auch eine Stellungnahme vom BDI, wonach Unternehmen Interesse hätten, ihre Partnerschaften weltweit auszudehnen, auch um Abhängigkeiten von zum Beispiel China zu reduzieren. Sicherlich unterstützen Lieferkettengesetze auch dahingehend, Partnern zu zeigen, dass man langfristig zusammenarbeiten will und bestimmte Menschenrechte achtet. Wenn man jetzt schaut

Abg. **Uwe Schulz** (AfD): Frau Schulze, Entschuldigung. Meine Frage war ganz einfach. Ich habe einfach nur nach Staaten gefragt.

Der **Vorsitzende**: Entschuldigung, ich würde nach wie vor dafür plädieren, dass der Vorsitzende die Wortmeldungen erteilt. Ich habe das auch so empfunden, dass Sie erstmal nur mit einer Frage begonnen haben. Ob das dann klug ist, ist eine andere Frage. Jetzt kann ich auch die Sachverständigen nicht unterbrechen. Aber ich weise die Sachverständige mal darauf hin, dass Sie noch eine zweite Frage stellen möchten. Vielleicht können Sie kürzer antworten.

SVe **Meike Schulze** (Stiftung Wissenschaft und Politik): Genau, es gibt viel Potenzial, mit Staaten in der Afrikanischen Union zusammen zu arbeiten, und definitiv auch Staaten, die dort Partner für die Europäische Union und Deutschland sein könnten.

Abg. **Uwe Schulz** (AfD): Danke, Frau Schulz. Ich



habe noch eine zweite Frage, die geht an Frau Pilgrim. Frau Pilgrim, Sie weisen unheimlich oft in Ihren Papieren – Sie haben es auch erwähnt – auf den Begriff Zivilgesellschaft hin. Können Sie mir bitte erklären, was die Zivilgesellschaft ist?

SVe **Hannah Pilgrim** (PowerShift e.V.): Die Zivilgesellschaft setzt sich zusammen aus der vor allem lokal betroffenen Bevölkerung, aus Gewerkschaften, aber auch aus Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, Umweltschützerinnen und -schützern. All die Gruppen, die vor Ort, aber auch entlang der kompletten Lieferkette direkt oder indirekt von Rohstoffabbau und der Weiterverarbeitung betroffen sind.

Abg. **Uwe Schulz** (AfD): Wer gehört Ihrer Ansicht nach nicht zur Zivilgesellschaft?

Der **Vorsitzende**: Die sieben Sekunden können Sie eigentlich nicht mehr nutzen, weil die Zeit ist um. –

Abg. **Uwe Schulz** (AfD): Das gibt es in keinem Grundgesetz, ich kenne den Begriff nicht aus der Gesetzgebung.

Der **Vorsitzende**: – Tut mir leid. Aber wir sollten nach wie vor das Verfahren so einhalten, dass wir nicht noch innerhalb einer Antwort eine Zwischenfrage stellen. Ich glaube, das hat sich nicht bewährt. Vielen Dank. Ich glaube, Sie haben auch eine weitgehende Antwort bekommen. Tilman Kuban für die CDU/CSU.

Abg. **Tilman Kuban** (CDU/CSU): Vielen Dank. Zwei kurze Fragen:

Die erste geht an Herrn Prof. Dr. Sandkamp. Im Papier des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz ist leider davon keine Rede, aber die FDP hat ja den Ball eines Handelsklubs aufgenommen und deswegen die Frage, inwieweit Sie hierüber auch Potenzial für Rohstoffkooperationen sähen? Damit meine ich auch weitere Forschung und zwischenstaatliche Kooperation beim Thema Rohstoffrückgewinnung.

Die zweite Frage geht an Herrn Wachter. Viele Unternehmen in Deutschland, die in den letzten Jahren beim Rohstofftransport auf die Schiene umgestiegen sind, beklagen momentan

erhebliche Probleme aufgrund der Schieneninfrastruktur, aber auch dadurch, dass wir entsprechendes Potenzial für Dinge wie das 49-Euro-Ticket nutzen. Inwieweit sehen Sie da auch Probleme und sind Sie schon im Gespräch mit der Bundesregierung? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Herr Prof. Dr. Sandkamp, Herr Wachter, Sie beide haben eine Minute.

SV **Prof. Dr. Alexander-Nikolai Sandkamp** (Kiel Institut für Weltwirtschaft): Wunderbar, vielen Dank für die Frage.

Ich muss sagen, dass ich jetzt in der Diskussion des Handelsklubs nicht perfekt drin bin. Grundsätzlich gilt aber natürlich: Alles, was den Handel fördert, ist sinnvoll – vor allen Dingen mit Partnern, die wir als besonders vertrauenswürdig erachten. Auch das ist eine Möglichkeit, Handelsbarrieren zu reduzieren, das geht eben auch einfach, dass müssen keine Freihandelsabkommen bestehen. Es geht darum, dass man miteinander redet, dass der Austausch da ist, auch auf Ebene der Unternehmen. Das heißt aber nicht, dass man den Rest der Welt, der nicht in diesem Klub ist, völlig außen vor lassen sollte.

Ich will die letzten 30 Sekunden nutzen, um zu sagen: Ja, Wertepartner und Handelsklub finde ich alles gut. Aber wir müssen uns auch klarmachen: Nur weil wir bestimmte Länder – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr in unsere Lieferketten einbinden, heißt das nicht, dass die Menschenrechtsverletzungen dort nicht mehr stattfinden. Das müssen wir uns ganz ehrlich bewusst machen. Wenn wir in dieser Hinsicht etwas tun wollen, dann müssen wir diese Länder auch einbinden. Wir können natürlich sagen, dass wir den Handel mit bestimmten Partnern forcieren wollen – nichts dagegen –, aber wir müssen diese anderen Länder auch irgendwie einbinden und ich denke mal, durch Investitionen vor Ort können deutsche Unternehmen zumindest darauf achten, dass innerhalb ihres Geschäftsbereiches möglichst die Menschenrechte eingehalten werden. Aber ich will nicht die ganze Zeit in Anspruch nehmen. Danke.

SV **Matthias Wachter** (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Rohstoffe müssen transportiert werden und Rohstoffe werden zum



erheblichen Teil über Seeschiffsverkehrswege, über Binnenschiffsverkehr und auch durch den Schienengüterverkehr transportiert. Und es ist in der Tat so, dass wir im Moment auf der Schiene Engpässe sehen. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass für die stärkere Nutzung der Kohlekraftwerke jetzt natürlich auch Kohle verstärkt über die Schiene transportiert werden muss. Wir hatten im Sommer die Situation, dass durch die hohen Temperaturen und die niedrigen Pegel der Transport zusätzlicher Rohstoffe vom Binnenschiffsverkehr auf die Schiene verlagert werden musste. Das ist in der Tat ein Engpass und der muss adressiert werden. Wir sind dazu mit der Bundesregierung im Gespräch, aber ich kann die Frage dahingehend beantworten: Es ist ein Thema.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Sebastian Roloff noch einmal.

Abg. **Sebastian Roloff** (SPD): Danke schön. Frau Schulze, wir hatten das Thema des Critical Raw Materials Acts der EU ja schon mehrfach. Ganz global, aber mit der Bitte um eine konkrete Antwort gefragt: Wo sehen Sie Vorzüge und Vorteile in der europäischen Rohstoffpolitik und wo sind konkret die Risiken? Wie gesagt, „Lyrik“ kriege ich auch hin, deswegen bitte konkret was sagen (*lacht*).

Sve **Meike Schulze** (Stiftung Wissenschaft und Politik): Danke. Ich würde damit beginnen, dass die Bedarfe in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchaus unterschiedlich sind. Daher sind eigene Initiativen, auch geplante bilaterale Rohstoffkooperationen, durchaus sinnvoll, um darauf eingehen zu können. Ich sehe aber grundsätzlich in der verstärkten europäischen Kooperation weitaus mehr Möglichkeiten und Potenziale, als ich konkrete Schwierigkeiten sehe. Ich glaube, es ist jetzt die Zeit, Synergien zu bilden und zu kooperieren – auch um gemeinsam auftreten zu können und innereuropäische Konkurrenzen in dem Bereich zu vermeiden. Ich glaube, letzteres würde der Strategie der Bundesregierung eher schaden, als diese zu unterstützen.

Mein erster Punkt wäre daher das Auftreten Europas im internationalen Kontext: Hier geht

es um die Zusammenarbeit mit etablierten Partnern wie den USA und Kanada, aber natürlich auch um neue Partnerschaften, auch Initiativen wie die Minerals Security Partnership, wo ein gemeinsames europäisches Engagement durchaus sinnvoll ist. Natürlich braucht es auch Abstimmungen im Bereich der EU-Rohstoffpartnerschaften. Hier muss man schauen, dass etwa keine Konkurrenzen zu entsprechenden deutschen Partnerschaften bestehen und Synergien geschaffen werden. Handelspolitik fällt in die europäische Kompetenz und hier müssen Abstimmungen passieren. Außerdem, wir haben es auch schon gehört, es gibt den Team-Europe-Ansatz bezüglich entwicklungspolitischer Projekte. Der sollte auch im Rohstoffbereich extrem gestärkt werden, um auch hier Kohärenzen herstellen zu können.

Mein zweiter Punkt wäre das Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene. Denn meiner Meinung nach ist es wichtig, dass Europa gemeinsame Standards setzt und diese auch nach außen vertritt. Ein EU-Gesetz würde ein Level-Playing-Field für europäische Unternehmen schaffen und auch die Verlässlichkeit von europäischen Unternehmen im internationalen Kontext unterstützen. Außerdem würde es die Zusammenarbeit innerhalb der EU und mit den Unternehmen deutlich stärken, auch zum Beispiel im Rahmen von Branchendialogen. Und, ein wichtiger, oft vergessener Punkt, den das EU-Lieferkettengesetz auch unterstützen würde, wäre, den Druck auf die nachgelagerte Lieferkette zu erhöhen. Deutsche beziehungsweise europäische Unternehmen stehen oft in der Endverarbeitung und es gibt einige Intransparenzen, auch was zum Beispiel den Rohstoffhandel betrifft. Gesetzgebung, die die Lieferkette betrifft, könnte auch darauf einwirken, dass Informationen weitergegeben werden und damit die Transparenz unterstützen.

Mein letzter und einer der wichtigsten Punkte sind gemeinsame Investitionen, und hier auch das Bündeln von finanziellen Mitteln. Ich glaube, ich muss hier im Raum niemandem erklären, dass dieses Investment in Infrastrukturaufbau, in den Rohstoffabbau und in die weiterverarbeitende Industrie natürlich



hohe und langfristige Summen verlangt und hier ist es sinnvoll, auf europäischer Ebene zusammenzuarbeiten. Wir haben schon das Stichwort „Global Gateway“ gehört. Das sind existierende Programme, an die angeknüpft werden kann, auch im Rohstoffbereich. Natürlich muss immer auch mit Investitionen in Ressourceneffizienz, Substitution, Forschung und Kooperation in diesem Bereich abgewogen werden. Aber definitiv ist hier ein gemeinsames europäisches Vorgehen von Vorteil.

Der **Vorsitzende**: Danke schön, und die abschließende Frage hat Reinhard Houben, bitte.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Herr Prof. Dr. Watzel, ich möchte Sie fragen:

Sie haben einen Überblick über die Rohstofflage in der EU, wir haben das eben angesprochen. Welche Rolle spielt dabei die DERA?

Und zweitens: Es hilft ja nicht nur der Rohstoff, er muss ja auch in Europa verarbeitet werden können. Müssen wir Aktivitäten und Rahmenbedingungen verändern, damit eben Rohstoffverarbeitung in Deutschland und Europa verbessert werden kann?

SV **Prof. Dr. Ralph Watzel** (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe): Ich beginne mal mit der zweiten Frage. Das ist so ein Punkt, der zieht sich eigentlich durch alle Aspekte dieses Rohstoffthemas durch. Das ist nämlich die Energie. Primärgewinnung, Recycling und Verarbeitung sind energieintensiv, das heißt, die anderen Rahmenbedingungen wirken nicht wirklich durchschlagend, wenn der Aspekt der der Energieversorgung dafür nicht unter ökonomischen Bedingungen gesichert ist. Wenn Herr Breton sagt, dass 40 Prozent des Rohstoffbedarfs in Europa perspektivisch gesichert werden könnten, dann finde ich das sehr sportlich. Weil es nämlich pauschal ist, und ich glaube, wir sind gut beraten, hier nicht pauschal zu argumentieren, sondern in der Tat auf die einzelnen Rohstoffe (metallisch, nichtmetallisch, Energie) zu schauen. Wir sind ja in Europa insgesamt in den letzten 30 Jahren etwa ein bisschen „entwöhnt“ worden vom Bergbau. Das heißt – und das höre ich auch von Herrn Breton –, neue Bergwerke zu eröffnen ist natürlich eine soziale und gesellschaftliche

Herausforderung. Ich glaube, es kann verbindend wirken, es kann integrieren und damit unterstützend wirken, wenn man sagt, dass es eine Art Lastenteilung innerhalb Europas gibt und Europa hier nicht nur als Wertegemeinschaft, sondern auch als Wirtschaftsgemeinschaft zusammensteht.

Was die DERA angeht: Wir machen ja Dinge wie Markt-Monitoring und Risiko-Kritikalitätsbewertung. Das ist ein globaler Ansatz, das geht über die europäische Perspektive hinaus. Umgekehrt sehen wir, dass in anderen europäischen Ländern wie Frankreich oder dem Vereinigten Königreich mit der DERA vergleichbare Rohstoffagenturen – Mineral Intelligence im Englischen – aufgebaut werden. Und wir haben frühzeitig die Gelegenheit genutzt, uns zumindest mit Frankreich auszutauschen und uns gegenseitig zu versichern: Wenn das französische OFREMI dann tatsächlich entsteht – und das war vor wenigen Tagen der Fall –, dann wollen wir Kooperationsmöglichkeiten ausloten. Denn am Ende des Tages machen wir in weiten Teilen sehr ähnliche, wenn nicht identische Dinge und es ist zielführend, dass Europa dann auch noch auf der Ebene zusammenarbeitet. Inwieweit man die Briten da hereinkriegt, ohne sich den Furor Brüssels sozusagen „auf den Tisch zu holen“, das müssen wir sehen, aber „informell“ ist ja auch eine Ebene.

Der **Vorsitzende**: Perfekt in der Zeit! Das gilt sowohl für den abschließenden Redebeitrag von Prof. Dr. Watzel als auch für die Anhörung insgesamt, die ich hiermit schließe. Ich bedanke mich sehr, sehr herzlich für diese hochinteressante Anhörung. Nicht nur für die hilfreichen Beiträge; ich sage ja immer, man wird wahrscheinlich nicht klüger, aber man ist wesentlich besser informiert nach so einer Anhörung. Ob man klüger wird, das liegt immer an jedem selbst. Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen Sachverständigen, denn Sie haben hier wirklich dazu beigetragen, dass wir wirklich wesentlich besser informiert sind als zuvor.

Ich bedanke mich auch bei allen Zuhörern für das Interesse und wir verabschieden uns als Wirtschaftsausschuss jetzt von der Öffentlichkeit und werden gleich weiter tagen – aber nicht, ohne eine kleine Verschnaufpause



einzulegen. Sie als Sachverständige haben jetzt Feierabend, wir noch nicht. Aber noch einmal vielen, vielen Dank. Ich wünsche eine gute Heimfahrt, wo auch immer Sie hinmüssen. Ich schließe die Anhörung.

Schluss der Sitzung: 10:29 Uhr



Stellungnahmen der Sachverständigen

Christian Strunk

Präsident

Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO)

Geschäftsführer

Hülskens Holding GmbH & Co. KG

46483 Wesel

A-Drs. 20(9)185

Anlage 1

Dr. Matthias Frederichs

Hauptgeschäftsführer

Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (bbs)

10969 Berlin

A-Drs. 20(9)186

Anlage 2

Hannah Pilgrim

Koordinatorin des Arbeitskreises Rohstoffe

PowerShift e.V.

10405 Berlin

A-Drs. 20(9)187

Anlage 3

Prof. Dr. Ralph Watzel

Präsident

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)

30655 Hannover

A-Drs. 20(9)188

Anlage 4

Prof. Dr. Alexander-Nikolai Sandkamp

Juniorprofessor für Volkswirtschaftslehre

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Researcher

Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW)

24118 Kiel

A-Drs. 20(9)189

Anlage 5

Meike Schulze

Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

10719 Berlin

A-Drs. 20(9)190

Anlage 6

Matthias Wachter

Abteilungsleiter Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)

10178 Berlin

A-Drs. 20(9)191

Anlage 7



Ausschussdrucksache 20(9)185

28.11.2022

**Bundesverband Mineralische Rohstoffe e. V. (MIRO)
10117 Berlin**

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum

- a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken

BT-Drucksache 20/4042

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen

BT-Drucksache 20/4065

am 30. November 2022

Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO)

Stellungnahme: Rohstoffpolitik, Rohstoffstrategie

Stellungnahme des MIRO

zur Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Klimaschutz

am 30. November 2022 um 9:00 Uhr im Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E.200

Der Bundesverband Mineralische Rohstoffe e. V. (MIRO) begrüßt die Möglichkeit, zur Rohstoffpolitik im Rahmen der Öffentlichen Anhörung im Wirtschaftsausschuss Stellung nehmen zu können. Als Verband, der die Interessen der rund 2.700 heimischen Kiesgruben und Steinbrüche in Deutschland vertritt, werden wir uns insbesondere auf Fragen rund um die heimischen Rohstoffe beziehen.

Rohstoffe für die Bauwirtschaft und zahlreiche weitere Wirtschaftsbereiche. In Deutschland werden jährlich knapp 500 Millionen Tonnen Gesteinskörnungen aus Naturstein, Kies und Sand sowie Quarzsanden und -kiesen nachgefragt. Hauptabnehmer sind bauausführende Unternehmen und Baustoffproduzenten. Doch auch andere Wirtschaftsbereiche, wie die Glas- und Keramikindustrie, Gießereien, Agrar- und Forstbetriebe oder die Papier-, Pharma- und Kosmetikindustrie sind auf die mineralischen Rohstoffe angewiesen. Auch die Branche der Erneuerbaren Energien kommt ohne Gesteinskörnungen nicht aus und benötigen diese z. B. für die Türme der Windkraftanlagen, für deren Fundamente, für die Glasfasern in den Flügeln und nicht zuletzt für den Bau der Zuwegungen und die Verlegung der Leitungen. Die deutsche Gesteinsindustrie sichert damit die Grundversorgung der rund 83 Mio. Menschen in Deutschland mit den wichtigsten mineralischen Massenrohstoffen, die im wahrsten Sinne des Wortes die Basis unseres modernen Lebens bilden. Unser Lebensstandard und Wohlfühlkomfort wären ohne den Einsatz dieser Rohstoffe nicht möglich.

1. Vorteile heimischer Rohstoffförderung

Wirtschaftsfaktor und Arbeitsplätze. Die deutsche Gesteinsindustrie ist überwiegend klein- und mittelständisch geprägt. In etwa 2.700 Werken produzieren ca. 23.000 Mitarbeiter in direkten Arbeitsverhältnissen die schweren Massenrohstoffe unter höchsten Arbeit-, Sozial- und Umweltstandards. Damit bietet die Branche Wertschöpfung sowie gute Arbeitsplätze in meist ländlichen Regionen.

Kurze Transportwege. Die Gesteinskörnungen stehen am Anfang wichtiger Wertschöpfungsketten. Baustoffproduzenten und Bauausführende sowie industrielle und private Nutzer werden immer den Lieferanten mit dem kürzesten Transportweg suchen. Rohstoffe direkt aus der jeweiligen Region bereitzustellen ist nicht nur aus Kostengründen, sondern auch unter den Gesichtspunkten des Klimaschutzes sinnvoll. Das aktuelle Netz der Gewinnungsstätten für Gesteinsrohstoffe ist dezentral strukturiert und relativ gleichmäßig über Deutschland verteilt. Dadurch können die Massengüter auf kurzen Transportwegen geliefert werden. Auch aus Gründen des Klimaschutzes ist es sinnvoll, diese dezentrale Struktur zu erhalten. Kommen die benötigten Gesteinskörnungen geologisch bedingt in einer Region nicht vor, werden längere Transportstrecken erforderlich. Dann ist die Verfrachtung per Binnenschiff oder Bahn bewährter Standard.

Deutschland kann sich selbst versorgen. Deutschland ist reich an geologischen Vorkommen mineralischer Rohstoffe und kann daher insbesondere bei Gesteinsrohstoffen wie Naturstein, Kies, Sand und Quarzsand zur Bedarfsdeckung auf Importe verzichten. Gerade in Zeiten von Krisen wird deutlich, wie wertvoll diese Fähigkeit der Selbstversorgung ist.

Wir schaffen artenreiche Lebensräume. Die Gewinnung von Gesteinsrohstoffen stellt einen Eingriff in die Natur dar. Doch dabei entstehen Biotope, die es ansonsten in unserer modernen Kulturlandschaft kaum noch gibt: Rohböden. Gerade durch die Tätigkeit unserer Unternehmen werden nährstoffarme Rohböden und Gesteine freigelegt, die wertvolle Lebensräume für die sogenannten Pionierarten darstellen. Hier siedeln sich gerne seltene Tiere und Pflanzen an, die beispielsweise offene Felswände, Steilwände aus Lockergestein, trockene Kies- und Sandbereiche oder Wechselwasserzonen brauchen. Regelmäßig in den

Gewinnungsstätten anzutreffende Tierarten sind zum Beispiel der Uhu, die Uferschwalbe, der Flussregenpfeifer, Libellen, Eidechsen, die Kreuz-, die Geburtshelfer- oder die Knoblauchkröte, Frösche und Molche sowie heimische Schlangenarten.

Wertvolle Nachnutzungen. Die Flächen, die für die Gewinnung benötigt werden, werden nur temporär genutzt. Während in einer Richtung die Gewinnung im Gelände voranschreitet, wird „hinten“ bereits rekultiviert oder renaturiert. So stehen die Flächen nach der Rohstoffgewinnung wieder für andere Nutzungsarten zur Verfügung. Hierfür werden bereits im Genehmigungsverfahren Nachnutzungspläne erstellt, mit Bürgerbeteiligung diskutiert, von den Behörden genehmigt und von den Gewinnungsunternehmen umgesetzt. Oft legen die Unternehmen dann reizvolle und ganzjährig nutzbare Naherholungsgebiete an und erhöhen dadurch den Freizeitwert einer Region. Baden am Baggersee oder Wandergebiete sind hier beispielhaft zu nennen. Oder die Flächen werden als Naturschutzgebiete von Naturschutzverbänden weiter gepflegt. Auch die Gewinnung erneuerbarer Energien mit Solarparks ist bei günstigen Bedingungen in ehemaligen Gewinnungsstätten möglich. Alternativ können auch Baugrundstücke entwickelt werden. Oftmals werden die Flächen in die Nutzung durch die Landwirtschaft oder die Forstwirtschaft zurückgegeben

Recycling als zweites Standbein. Unternehmen der mineralischen Rohstoffindustrie gehören zu den Pionieren, die das Bauschutt-Recycling vor mehr als 40 Jahren aktiv aufgriffen und voranbrachten. Es gehört zum Effizienzverständnis vieler Betriebe, mit ihrem technischen Know-how und den passenden Aufbereitungsanlagen gleichzeitig zusätzlich Recyclingbaustoffe herzustellen und für geeignete Anwendungen anzubieten. Wie bei der Gewinnung und Aufbereitung mineralischer Primärrohstoffe spielen auch bei der Aufbereitung von mineralischem Abbruchmaterial Fragen nach Transportentfernungen, verfügbaren Mengen mit gleichbleibenden Eigenschaften sowie des Wasser- und des Energieverbrauchs für die Aufbereitung eine entscheidende Rolle. Dabei hat der Aspekt der bedarfsnahen Aufbereitung den größten Einfluss auf die Nachhaltigkeit, denn Transportentfernungen und die daraus folgenden Transportemissionen und -kosten sind der größte Faktor für die Attraktivität des Einsatzes.

2. Potenziale heimischer Rohstoffförderung

Deutschland ist aus geologischen Gründen reich an Gesteinsrohstoffen. Zwar gibt es Berichte, dass in einigen Ländern der Erde eine geologische Knappheit an geeigneten Bausanden besteht, in Deutschland besteht dagegen keine Knappheit an Bausand- und Baukies. Deutschland ist aus geologischer Sicht reich an Gesteinsrohstoffen. Bei konstanter Produktion ist die Versorgung mit Gesteinsrohstoffen noch viele Jahrzehnte gesichert. (vergl. BGR, Commodity TopNews Nr. 56 und 62)

479 Mio. t Gesteinskörnungen (Kies/Sand/Quarkzies/Naturstein) wurden im Jahr 2021 in Deutschland insgesamt verkauft (siehe MIRO-Geschäftsbericht 2021/2022, S.120). Die Nachfrage nach den Primärrohstoffen ist konjunkturabhängig und in erster Linie von der Nachfrage getrieben. Die Unternehmen gewinnen und liefern genau nur die Mengen, die von den Abnehmern nachgefragt werden und die für die Versorgung unserer Volkswirtschaft benötigt werden.

Nachfrageprognose. Die langfristige Nachfrage nach primären und sekundären Gesteinsrohstoffen in Deutschland bis 2040 wurde im April 2022 erneut in einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der SST Ingenieurgesellschaft Aachen untersucht und verifiziert ([bbs-Studie-Rohstoffnachfrage-bis-2040.pdf](#) ([bv-miro.org](#))). Zugrunde gelegt wurden zwei volkswirtschaftliche Szenarien: Bei einer relativ geringen wirtschaftlichen Dynamik, d.h. einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um real +0,7 % pro Jahr, wird der Bedarf an primären Gesteinsrohstoffen in 2040 bei gut 480 Mio. t liegen. Im Vergleich zum Basisjahr 2019, in dem die Nachfrage bei rund 580 Mio. t lag, entspricht dies einem Rückgang um 100 Mio. t. Bei einem stärkeren wirtschaftlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um real +1,6 % pro Jahr, steigt die Nachfrage nach primären Steine-Erden-Rohstoffen auf knapp 600 Mio. t an und liegt damit leicht über dem Niveau des Basisjahres 2019. Ein signifikanter Rückgang der Nachfrage nach primären Steine- und Erden-Rohstoffen ist also nicht zu erwarten. In beiden Szenarien berücksichtigt die Studie bereits die Substitution von Primär- durch Sekundärrohstoffe.

Recycling als Ersatz von Primärmaterial. Der Einsatz von Sekundärrohstoffen leistet einen wichtigen Beitrag zur Substitution primärer Rohstoffe und trägt damit aktiv zur Ressourcenschonung bei. Mineralische Rohstoffe aus dem Abbruch von Gebäuden, Brücken und anderen Bauwerken, dem Rückbau und der Instandhaltung von Verkehrswegen etc. aufzubereiten und wieder zu verwerten ist längst gängige Praxis und ist bei den meisten Gesteinsunternehmen ein zweites wirtschaftliches Standbein. So werden von den jährlich anfallenden ca. 220 Mio. t an mineralischen Bauabfällen rund 90 Prozent im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes verwertet, bleiben im Stoffkreislauf und substituieren auf diese Weise Primärmaterial. Die öffentlichkeitswirksamen Forderungen nach hochwertigerem Recycling hätten lediglich eine Verschiebung der Recycling-Stoffströme hinsichtlich ihrer Verwendung zur Folge. Im Hinblick auf eine Erhöhung der Substitutionsquote von Primärmaterial sind diese Forderungen zu hinterfragen.

3. Herausforderungen für die heimische Rohstoffversorgung

Fehlende Genehmigungen. Die Genehmigungen für die Unternehmen der Gesteinsindustrie unterscheiden sich in zwei Punkten von anderen Unternehmen: Zum einen ist die Gewinnung standortgebunden, d.h. sie ist an Standorte mit qualitativ hochwertigen Lagerstätten gebunden. Zum zweiten benötigen die Gewinnungsbetriebe in regelmäßigen Abständen erneute Genehmigungen für Anschluss- oder Neuaufschlussflächen. Erhalten Sie diese Genehmigungen nicht oder nicht rechtzeitig, so muss der Betrieb eingestellt, die Maschinen veräußert und die Mitarbeiter entlassen werden. Mit diesem Szenario rechnen derzeit viele unserer Unternehmen. Denn vielerorts werden Anschluss- oder Neuaufschlussgenehmigungen nicht erteilt oder die Genehmigungsverfahren dauern zum Teil länger als 10 Jahre und der Betrieb ist in diesem Zeitraum bereits an ein Ende gekommen.

Fehlende Planungssicherheit - Immer weniger Gewinnungsbetriebe. Die Zahl der Gewinnungsbetriebe in Deutschland nimmt seit Jahren kontinuierlich ab. Hatten wir im Jahr 2011 noch 3160 Gesteinsbetriebe in Deutschland, waren es 2021 nur noch 2695. Das ist ein Rückgang um 15 Prozent in 10 Jahren. Die Ausdünnung der derzeit noch guten, dezentralen Versorgungsstruktur für die Wirtschaft sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden.

4. Was würde helfen?

Genehmigungsbeschleunigung. Vor allem die Genehmigungsverfahren für die Rohstoffgewinnung gestalten sich langwierig und schwierig. Dies ist nicht zuletzt der Komplexität der Raumordnungs- und Genehmigungsverfahren für Anschluss- oder Neuaufschlussflächen geschuldet, sowie auch den lokalen Widerständen und der oftmals fehlenden Unterstützung der Unternehmen durch die lokale Politik. Schnelle und effiziente Planungs- und Genehmigungsverfahren sollten jedoch zu einem Standortvorteil für Deutschland werden. Dazu gehören Rechtssicherheit, moderne Bürgerbeteiligung und die Digitalisierung der Abläufe. Aber auch das Gutachterwesen, die Einhaltung von Fristen und die Präklusion können zur Beschleunigung der Verfahren beitragen.

Änderungen im Raumordnungsgesetz. Der Bundesgesetzgeber sollte im Raumordnungsgesetz eine langfristige und regionale Versorgungssicherheit vorsehen und formulieren, dass die Rohstoffgewinnung im öffentlichen Interesse steht. Darüber hinaus sollte die für den Ausbau der Windkraft sinnvolle Konzentrationszonenplanung nicht für die Rohstoffgewinnung gelten. Dadurch erhielte die Regionalplanung mehr Flexibilität um Wünschen der lokalen Bevölkerung nachkommen zu können. Diese Flexibilität fehlt, da die Konzentrationszonenplanung ein Ausweichen auf andere, nicht in der Regionalplanung festgelegten Gebiete, nicht erlaubt.

Vorschlag für das Bundesberggesetz. Das Bundesberggesetz ist ein sog. Wirtschaftsverwaltungsgesetz und dient der Rohstoffsicherung. Dieses muss erhalten werden, da die inländische Rohstoffgewinnung ansonsten noch weiter erschwert würde. Sinnvoll wäre auch eine Verknüpfung von Raumordnungsgesetz und Bundesberggesetz, wie dies Experten vorgeschlagen haben.

Umstellung auf erneuerbare Energien ermöglichen. Wasserhaushaltsgesetz öffnen. Auf den zahlreichen, dezentral gelegenen Baggerseen wäre ein Zubau von schwimmenden Photovoltaik-Anlagen zügig möglich. Dies wäre im Sinne der Energiewende, die die Transformation auch der Unternehmen voraussetzt. Jedoch wurde dieses Potential im sogenannten „Osterpaket“ der Bundesregierung unnötigerweise weitgehend ausgebremsst. Im Juli 2022 wurde in § 36 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) erstmalig der Ausbau schwimmender PV-Anlagen auf Baggerseen auf 15 Prozent der Seefläche sowie 40 Meter Uferabstand begrenzt. Und das zu einem Zeitpunkt, zu dem viele Anlagen, die ansonsten allen umweltrechtlichen Bestimmungen entsprechen, bereits geplant sind. Diese Flächen-Begrenzung im WHG muss überarbeitet werden.

Transformation erleichtern. Den Bau von PV-Anlagen beschleunigen (BauGB). Angesichts der Energie- und Klimakrise wollen die Unternehmen der Gesteinsindustrie ihren Beitrag zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien verstärken. Eine Möglichkeit besteht darin, die „Kleine Energienovelle“ im Städtebaurecht (BauGB) zu nutzen und den Ausbau erneuerbarer Energien auf allen Tagebaufolgeflächen zu beschleunigen - und nicht nur auf den Braunkohletagebaufolgeflächen. Der Gesetzentwurf verweist zu Recht auf den regelmäßig guten Anschluss von Braunkohlestandorten an die Stromnetze. Dies ist allerdings kein Alleinstellungsmerkmal der Braunkohletagebaue. Auch die Betriebe der Kiesgruben und Steinbrüche mit ihren Aufbereitungs- und Produktionsanlagen sind an das Stromnetz angeschlossen. Das unterscheidet die Tagebaufolgeflächen zum Beispiel von landwirtschaftlich genutzten Flächen oder von Autobahnseitenflächen. Die erzeugte PV-Energie könnte von den Gewinnungsbetrieben direkt für die Produktion genutzt werden, denn der Lastgang der Stromerzeugung mittels PV-Anlagen passt zur tagsüber stattfindenden Produktion in den Betrieben. Überschüssiger EE-Strom könnte eingespeist werden und die umliegenden Verbraucher versorgen. Ein Vorteil, den Kommunen und Anlieger zunehmend wünschen. Des Weiteren würde eine Privilegierung von PV-Anlagen im Außenbereich durch Aufnahme in § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB besonders beschleunigend wirken.

Rechtssicherheit für Naturschutz zügig herstellen. Die Gewinnungsstätten der Gesteinsindustrie sind, wie bereits oben ausgeführt, Hotspots der Biodiversität. Es entstehen naturschutzfachlich wertvolle Biotopstrukturen für zahlreiche gefährdete Tier- und Pflanzenarten. Dies hat auch bereits in der Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) 2021 Eingang in Gestalt einer Ermächtigungsgrundlage für die Erarbeitung einer Rechtsverordnung seitens des Bundesumweltministeriums (BMUV) gefunden. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat jüngst ein Forschungs- und Entwicklungs-Vorhaben für die Erstellung der Verordnung ausgeschrieben, das sowohl die rechtlichen als auch naturschutzfachlichen Anforderungen an die zugelassene Gewinnung festlegen soll. Das Ende der Forschung ist auf Januar 2024 gesetzt. Diese Rechtsverordnung sollte noch in dieser Legislatur kommen, um in gleicher Weise Rechtssicherheit und Klarheit für die Unternehmen sowie die Genehmigungsbehörden herzustellen.

Berlin, 27.11.2022



Ausschussdrucksache 20(9)186

28.11.2022

**Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V. (bbs)
10969 Berlin**

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum

- a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken

BT-Drucksache 20/4042

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen

BT-Drucksache 20/4065

am 30. November 2022

Öffentliche Anhörung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages zum Thema „Rohstoffpartnerschaften, Rohstoffgewinnung, Rohstoffsicherung“

Der Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (bbs) begrüßt die Möglichkeit, insbesondere zum Thema Rohstoffsicherung Stellung nehmen zu können. Die Coronakrise und der Überfall Russlands auf die Ukraine haben uns die Störanfälligkeit komplexer Lieferketten aufgezeigt. Anders als bei Erzen, Erdgas oder Erdöl wird der Bedarf an Steine-Erden-Rohstoffen fast ausschließlich aus heimischen Quellen gedeckt. Damit ist Deutschland bei der Versorgung mit mineralischen Rohstoffen weitgehend unabhängig von Importen. Die lokale Nutzung heimischer Ressourcen sorgt für kurze Wege (die durchschnittliche Transportentfernung im Steine-Erden-Sektor beträgt lediglich 72 km) und somit für eine insgesamt geringere Umweltbelastung sowie niedrige Transportkosten. Darüber hinaus werden durch den heimischen Abbau hohe Umwelt- und Sozialstandards gewährleistet und Arbeitsplätze vor allem im ländlichen Raum gesichert.

Derzeit gewinnt die Baustoff-Steine-Erden-Industrie in Deutschland über 580 Mio. Tonnen Primärrohstoffe pro Jahr. Das Gros entfällt auf Kies, Sand und Naturstein (rund 470 Mio. t/a). Gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und der SST Ingenieurgesellschaft Aachen untersucht der bbs seit 2013 alle drei Jahre den zukünftigen Bedarf an Steine-Erden-Rohstoffen. Trotz weiterer Steigerung der Ressourceneffizienz und der Nutzung von Sekundärrohstoffen ist davon auszugehen, dass auch in Zukunft erhebliche Mengen an primären Steine-Erden-Rohstoffen für die klimarechte Bau- und Mobilitätswende benötigt werden. Gemäß aktueller [Rohstoffstudie](#) beträgt der Bedarf an mineralischen Rohstoffen auch im Jahr 2040 noch zwischen 480 und 600 Millionen Tonnen. Dabei dürfte die Nachfrage im Einklang mit den Bauzielen der Bundesregierung sowie den Modernisierungsvorhaben zur deutschen Infrastruktur kurzfristig weiter ansteigen. Deshalb sollte die im Koalitionsvertrag angekündigte Rohstoffsicherungsstrategie ein unmissverständliches Bekenntnis zur heimischen Rohstoffgewinnung enthalten.

Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie unterstützt ausdrücklich, dass sowohl im Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als auch im Koalitionsvertrag 2021 bis 2025 festgehaltene Vorhaben, „die Wirtschaft bei der Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung zu unterstützen und den heimischen Rohstoffabbau zu erleichtern“. Politik und Wirtschaft müssen eng zusammenarbeiten, um die Akzeptanz der Rohstoffgewinnung in Deutschland insgesamt zu steigern.

Damit weiterhin der Bedarf an mineralischen Rohstoffen aus heimischen Vorkommen gedeckt werden kann, sind aus Sicht der Baustoff-Steine-Erden-Industrie die nachfolgenden Punkte besonders relevant:

Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Deutschland verfügt über ausreichend Vorkommen an Steine-Erden-Rohstoffen. Regionale Knappheiten, wie zum Beispiel bei Sand, sind im Wesentlichen auf fehlende Genehmigungen zurückzuführen. Immer strengere Anforderungen und erweiterte Verbandsklagerechte haben in den vergangenen Jahren den Umfang der notwendigen Antragsunterlagen und Umweltgutachten stetig anwachsen lassen. Nicht selten dauern heute Genehmigungsverfahren bis zu zehn Jahren. Das LNG-Beschleunigungsgesetz hat hingegen gezeigt, dass es möglich ist, Planungs- und Genehmigungsverfahren erheblich zu beschleunigen. Diese Dynamik gilt es nun auf weitere Teile der Wirtschaft, wie die Rohstoffgewinnung, auszuweiten. Deshalb begrüßt die Baustoff-Steine-Erden-Industrie das im Koalitionsvertrag 2021-2025 festgeschriebene Ziel, die Verfahrensdauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren zu halbieren. Dazu sind vier Punkte maßgeblich:

1. Ein Treiber von ausufernden Planungs- und Genehmigungsverfahren ist das europäische Natur- und Artenschutzrecht. Hier gilt es, den Prüfaufwand erheblich zu reduzieren, indem die individuenbezogene Betrachtung auf die gesamte Population erweitert wird. Dies würde auch dem Wachstum von Populationen geschützter Arten zugutekommen.
2. Ein weiterer zentraler Hebel zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist die personelle Aufstockung, Schulung und Digitalisierung in den (regionalen) Genehmigungsbehörden.
3. Das Verbandsklagerecht muss im Sinne effizienterer Verfahren strenger ausgelegt werden. Dazu zählt die Wiedereinführung einer unionsrechtlich zulässigen Form der materiellen Präklusion. Ebenso sollten rechtliche Einwände im Sinne des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes frühzeitig eingebunden werden und – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – eine direkte Betroffenheit voraussetzen.
4. Nach geltender Rechtslage müssen Antragsunterlagen bis zum Zeitpunkt der Genehmigung oder Planfeststellung aktuell sein. Häufig ändern sich die rechtlichen und fachlichen Anforderungen oder die Datengrundlage im Laufe der langen Verfahren. Dann müssen die Unterlagen nachgebessert und Umweltuntersuchungen häufig wiederholt werden. Dies geht häufig mit einer erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung einher. Eine Stichtagsregelung ist daher zu begrüßen. Der Koalitionsvertrag lässt jedoch offen, welcher konkrete Verfahrenszeitpunkt als Stichtag gewählt werden soll. Aus Sicht der Baustoff-Steine-Erden-Industrie wäre dies der Zeitpunkt der Antragstellung. Auch das EU-Recht fordert keine Aktualisierung bis zum Tag der Genehmigung.

Planerische Berücksichtigung der Rohstoffgewinnung

Rohstofflagerstätten sind aus geologischen Gründen ortsgebunden. Dies muss im Rahmen der Raumplanung besonders berücksichtigt werden. Dabei lassen sich Abbauflächen aufgrund der temporären Rohstoffgewinnung mit Vornutzung, Zwischenutzung und Nachnutzung relativ flexibel in die Raumordnungsplanung integrieren. In der Praxis stellen allerdings nicht selten Überplanungen durch andere Nutz- oder Schutzfunktionen (FFH-/Natura 2000-Gebiete) vermeidbare Hürden dar. Lagerstätten sollten zukünftig nicht anderweitig überplant, sondern in der Praxis konsequent als Vorranggebiete ausgewiesen werden. Politisch sollte deshalb die Gebietskategorie „Rohstoffsicherungsgebiet“ eingeführt werden, damit gegenüber anderen Nutzungsinteressen eine Überplanung vermieden wird.

Natur auf Zeit

Rohstoffgewinnungsstätten bieten eine hohe Standortvielfalt und eine sehr hohe Dynamik. Aufgrund des geltenden Artenschutzrechts kann jedoch die Situation entstehen, dass sich Betriebe veranlasst sehen, durch eine rechtlich nicht zu beanstandende Vermeidungspflege die Entstehung naturschutzfachlich wertvoller Biotopstrukturen erst gar nicht zuzulassen. Dadurch wird eine Besiedlung durch zahlreiche gefährdete Arten schon im Ansatz verhindert. Diese kontraproduktive Vorgehensweise muss im Sinne der biologischen Vielfalt gestoppt werden. Die Baustoff-Steine-Erden-Industrie unterstützt daher die Idee, Regelungsansätze nach § 54 Abs. 10a des Bundesnaturschutzgesetzes für „Natur auf Zeit“ in Rohstoffgewinnungsstätten schnellstmöglich umzusetzen. Dadurch könnten Brachflächen zur Anreicherung von Biodiversität und Artenvielfalt genutzt werden, ohne dass die Unternehmen für zukünftige Rohstoffaktivitäten Planungssicherheiten aufgeben müssen. Wanderbiotope beispielsweise würden sich optimal für „Natur auf Zeit“ eignen. Für ein modernes „Natur auf Zeit“-Recht sollte zudem eine Technische Anleitung „Arten“ geschaffen werden, welche die Leistungen der Steine-Erden-Betriebe für die Themen Artenvielfalt und Biodiversität angemessen berücksichtigt.

Kreislaufwirtschaft

Im Bausektor werden rund 90 Prozent der anfallenden mineralischen Bauabfälle einer umweltgerechten Verwertung zugeführt. Der jährliche Bedarf an Gesteinskörnungen für den Bausektor, der bei 550 bis 600 Mio. t liegt, wird bereits heute durch rund 100 Mio. t Recycling-Baustoffe und industrielle Nebenprodukte gedeckt, wodurch Primärrohstoffe entsprechend geschont werden. Circular Economy-Ansätze werden zukünftig dazu führen, dass mehr Sekundärrohstoffe in der Produktion neuer Bauprodukte eingesetzt werden. Doch dazu müssen bestehende Barrieren abgebaut und Recyclingverfahren und -prozesse optimiert werden. Um die Kreislaufwirtschaft im Bausektor weiter voranzutreiben, sind folgende Ansätze wichtig:

- Primär- und Sekundärrohstoffe müssen zukünftig in öffentlichen Vergabeverfahren gleichbehandelt werden, sofern sie die erforderlichen bautechnischen und umweltrechtlichen Anforderungen erfüllen.

- Qualitätsgesichert hergestellte Sekundärrohstoffe sollten nicht mehr als Abfall, sondern als Produkt eingestuft werden. Die mit der Abfalleigenschaft einhergehenden rechtlichen Folgewirkungen für Lagerung und Logistik sind akzeptanzhindernd und stehen einer effizienten Kreislaufwirtschaft entgegen.
- Produktnormen und Zulassungen sollten zukünftig auch den Einsatz von Sekundärrohstoffen behandeln, um deren Verwendung rechtssicher zu gestalten. Die damit verbundenen Zielkonflikte müssen aufgelöst werden.

Über den bbs

Der Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden (bbs) vertritt als Dachverband insgesamt 19 Fachzweige, die in 15 Bundesfachverbänden organisiert sind und deren Mitglieder mineralische Roh- und Baustoffe produzieren. Hierzu zählen die Bereiche Betonbauteile, Eisenhüttenschlacken, Feuerfest, Fliesen, Gips, Kalk, Kalksandstein, Keramische Rohstoffe und Industriemineralien, Kies, Sand und Naturstein, Leichtbeton, Mineralwolle, Mörtel, Naturwerkstein, Porenbeton, Recycling-Baustoffe, Transportbeton, Zement und Ziegel. Der bbs ist u.a. Mitglied im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und koordiniert die Verbändeinitiative Impulse für den Wohnungsbau.

Berlin, 25. November 2022



Ausschussdrucksache 20(9)187

28.11.2022

**AK Rohstoffe, PowerShift e.V.
Hannah Pilgrim
10405 Berlin**

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum

- a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken

BT-Drucksache 20/4042

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen

BT-Drucksache 20/4065

am 30. November 2022

Stellungnahme

i.R. der öffentlichen Anhörung am 30. November 2022 im Wirtschaftsausschuss zur Rohstoffsicherheit

Sachverständige: Hannah Pilgrim (Koordinatorin des AK Rohstoffe bei PowerShift e.V.)

Gegenstand der Anhörung:

- Antrag der Fraktion CDU/CSU (BT Drucksache 20/4042)
- Antrag der Fraktion AfD (BT Drucksache 20/4062)

Hintergrund:

Als zivilgesellschaftliches Netzwerk, welches aus Organisationen des Umweltschutzes, der Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeit besteht und mit der Entstehung der „Elemente einer Rohstoffstrategie der Bundesregierung“ gegründet wurde, begrüßen wir die politische Auseinandersetzung mit den sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Herausforderungen entlang der Wertschöpfungsketten von metallisch-mineralischen Rohstoffen.

Die letzten Rohstoffstrategien aus 2010 und 2020 haben es nicht geschafft langfristig die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Ohne den aktuell steigenden Metallbedarf in Deutschland anzugehen und Ressourcenschutzziele für die Primärmetallnutzung zu setzen, wird die Abhängigkeit von autoritären Staaten und somit auch die Verwundbarkeit der Industrie hoch bleiben.¹

Um die seit Jahren bestehenden Abhängigkeiten im Sinne einer zukunftsfähigen und global gerechten Rohstoffpolitik zu begegnen, empfehlen wir folgende Maßnahmen:

- Gemäß des Koalitionsvertrags vom 24. November 2021, sollte das **“Ziel der Senkung des primären Rohstoffverbrauchs und geschlossener Stoffkreisläufe”** in den aktuell erarbeiteten Eckpunkten verankert und verbindliche

¹ AK Rohstoffe (2022): [Für eine zukunftsfähige, global gerechte Rohstoffpolitik. Für eine Rohstoffwende-strategie.](#)

Kontakt:

AK Rohstoffe c/o PowerShift e.V., Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Hannah Pilgrim
hannah.pilgrim@power-shift.de
<https://ak-rohstoffe.de/>

Reduktionsquoten für metallische Primärrohstoffe festgelegt werden.² Insbesondere in ressourcenintensiven im Mobilitäts- und Bausektor sollten sektorspezifische Zwischenziele formuliert werden. Dies ist auch aufgrund des Zusammenhangs zwischen Rohstoffverbrauch und Klimakrise geboten.³

- Der **Ausbau der Kreislaufwirtschaft im Sinne der Circular Economy**, die die dauerhafte Nutzung von metallischen Rohstoffen aus dem anthropogenen Lager vorsieht, gehören in den Fokus einer zukunftsfähigen Rohstoffpolitik. Kreislaufwirtschaft beginnt dementsprechend bereits beim Design der Produkte. So müssen Produkte ressourcenschonend, langlebig, schadstofffrei und kreislauffähig gestaltet sein. Die Kreislaufwirtschaftshierarchie sollte, wie vom Sachverständigenrat für Umweltfragen empfohlen, konsequent umgesetzt werden. Die Versorgung mit Sekundärrohstoffen sollte gegenüber der Versorgung mit Primärrohstoffen Vorrang haben. Das bedeutet zum einen, dass Forschung und Förderung zu Ökodesign und Recycling stark ausgebaut werden. Zum anderen sollten sowohl Förder- als auch regulatorische Instrumente den Einsatz von Rezyklaten stärken, wie zum Beispiel Rezyklateinsatzquoten, ökonomische Anreize sowie die Förderung von innovativen Geschäftsmodellen. Es müssen außerdem verbindliche Mindeststandards für Recyclingprozesse in den Bereichen Umweltverträglichkeit, Sicherheit und Qualität etabliert werden. So kann vermeidbares Downcycling, sowie die Schaffung von Lock-In-Effekten durch den Aufbau inadäquater Produktionsstätten verhindert werden.⁴ Der umfassende Ausbau der Kreislaufwirtschaft bietet zudem die Möglichkeit neuer Arbeitsplätze.⁵
- Der hohe metallische und mineralische Rohstoffverbrauch Deutschlands verschärft soziale, ökologische, menschenrechtliche Konflikte entlang von Rohstofflieferketten - vor allem außerhalb Deutschlands. Das zeigen beispielsweise Fälle aus Guinea⁶, im sogenannten Lithium-Dreieck in Lateinamerika⁷, in Mexiko und Guatemala⁸, Kolumbien⁹ oder Brasilien.¹⁰ Demnach muss dem **Schutz von Menschenrechten und höchsten Umweltstandards beim Rohstoffabbau und entlang der gesamten Wertschöpfungskette höchste Priorität** eingeräumt werden. Verbindliche menschenrechtliche, umwelt- und klimabezogene Sorgfaltspflichten sowie wirksame Beschwerdemechanismen entlang der gesamten Wertschöpfungskette sollten als Grundlage für die Versorgung mit Rohstoffen auf allen Ebenen festgeschrieben werden; dabei

² Ressourcenwende (2021): [Policy Brief: Ressourcenschutzziele zur absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs.](#)

³ PowerShift (2022): [Heißes Eisen für kaltes Klima?!](#)

⁴ Nabu (2021): [Sekundärrohstoffe in Deutschland.](#), UBA (2020): [Transformationsprozess Zum treibhausgasneutralen und ressourcenschonenden Deutschland – Green Supreme.](#)

⁵ FEPS (2022): [The Circular Economy and Green Jobs in the EU and Beyond.](#)

⁶ Bundestag (2019): [Öffentliche Anhörung zum Thema "Rohstoffe unter besonderer Berücksichtigung von E-Mobilität"](#)

⁷ Brot für die Welt (2018): [Das weiße Gold. Umwelt- und Sozialkonflikte um den Zukunftsrohstoff Lithium.](#)

⁸ Romero Initiative (2019): [Der deutsche Rohstoffhunger.](#)

⁹ Germanwatch (2020): [Why environmental due diligence matters in mineral supply chains.](#)

¹⁰ Misereor (2022): [3 Jahre nach Brumadinho drohen weitere Dammbrüche.](#)

sollte der Zugang zu Recht und Entschädigung für Betroffene sichergestellt werden. Instrumente der Außenwirtschaftsförderung (z.B. Ungebundene Finanzkredit Garantien) sollten verpflichtend an die Einhaltung von menschenrechtlichen, umwelt- und klimabezogenen Sorgfaltspflichten geknüpft werden.¹¹ Als Voraussetzung für Rohstoffimporte aus indigenen Territorien wird die ILO-Konvention 169 sichergestellt und eine ressortübergreifende Strategie erarbeitet und konsequent umgesetzt.¹²

- In Deutschland und der EU sollte eine **umfassende Kreislaufwirtschaft und Urban Mining oberste Priorität** haben. Die im Koalitionsvertrag verankerte ökologische Ausrichtung des heimischen Rohstoffabbaus im Sinne einer Bindung an höchste Umweltstandards zusätzlich an höchste soziale Standards ausrichten und beides definieren. Hierzu gehört die Wahrung der demokratischen Beteiligungsverfahren für Betroffene in den Abbauregionen sowie die Einhaltung der Menschen-, Frauen-, Indigenen- und Arbeitsrechte. Eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren darf nicht zuungunsten von demokratischer Beteiligung und Umweltstandards gehen.
- Im Zuge des Ausbaus strategischer Partnerschaften dürfen handelspolitische Instrumente nicht genutzt werden, um Rohstoffförderländer im Globalen Süden beim **Auf- und Ausbau lokaler Weiterverarbeitung von Rohstoffen und der Schaffung lokaler Arbeitsplätze** zu behindern. Verbindliche und sanktionsbewehrte Nachhaltigkeitsbestimmungen in Handelsabkommen sollten an die Mitzeichnung geknüpft werden.¹³
- Als Zivilgesellschaft sehen wir **Chancen und Risiken bei der Anlegung nationaler bzw. europäischer Reserven von Rohstoffen**.¹⁴ Eine nachhaltige Gründung von Reserven sollte folgendes beachten:
 - Globale Gerechtigkeit: Langfristige Lieferverträge dürfen Weiterentwicklung lokaler Wertschöpfung und Industrialisierung in Ländern des Globalen Südens nicht verhindern.
 - Kreislaufwirtschaft: Schaffung von Lagerkapazitäten muss Sekundär- gegenüber Primärrohstoffen bevorteilen, solange dies nicht zum Nachteil der Nutzung & Marktpreise von Sekundärrohstoffen geschieht.
 - Ökologisch-soziale Standards: Sowohl eingelagerte Sekundär- als auch Primärrohstoffe müssen die höchstmöglichen ökologischen und menschenrechtlichen Standards einhalten.
 - Demokratische, transparente Entscheidungsfindung: Nationale oder europäische Reserven brauchen ein Gremium unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Menschenrechts- und Umweltorganisationen, Wissenschaft und gewählten Abgeordneten, um Beschaffungs- und Verteilungsfragen der Rohstoffe einer nationalen Reserve zu legitimieren.

¹¹ AK Rohstoffe (2021): [Außenwirtschaftsförderung in Einklang mit Menschenrechten, Umwelt- und Klimaschutz bringen.](#)

¹² ILO 169 Koordinierungskreis (2022): [Presseinformation 21. Juni 2022.](#)

¹³ PowerShift (2020): [Alternatives for the 'Energy and Raw Materials Chapters' in EU trade agreements.](#)

¹⁴ BUND, PowerShift (2022): [Überlegungen zur Bevorratung. Strategische Reserven von Rohstoffen.](#)



Ausschussdrucksache 20(9)188

29.11.2022

**Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)
30655 Hannover**

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum

- a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken

BT-Drucksache 20/4042

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen

BT-Drucksache 20/4065

am 30. November 2022

Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages

zu den Anträgen:

- Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken (BT-Drucksache 20/4042)
- Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen (BT-Drucksache 20/4065)

Sachverständiger: Prof. Dr. Ralph Watzel, Präsident der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)

In den letzten zwei Jahren ist weltweit nicht nur die Sorge um eine zuverlässige Rohstoffversorgung gestiegen, sondern auch die Befürchtung, dass die steigende Rohstoffproduktion und der Rohstoffverbrauch künftig einen nachteiligen Einfluss auf Umwelt, Soziales und auf verantwortungsvolles Unternehmens- und Regierungshandeln haben kann. Damit verbunden ist der gesellschaftliche, politische und unternehmerische Anspruch, höhere Sozial-, Umwelt- und Governance-Standards (ESG) in Produktionsprozessen und Produkten entlang der Lieferketten bis zurück zum Bergbausektor hin einzufordern und Standards zu verbessern oder weiter zu entwickeln.

Die vergangenen zwei Jahre haben vor Augen geführt, wie anfällig globale Lieferketten für externe Angebotsschocks sind. Seit dem Ausbruch der Covid-19 Pandemie stehen die Lieferketten durch Produktions- und Transportausfälle unter enormem Stress. Die Havarie des Containerschiffs „Ever Given“ im Suez-Kanal hat gezeigt, dass kritische Infrastrukturen für den Welthandel unverzichtbar sind und besser geschützt werden müssen, da derartige Transportausfälle eine Kettenreaktion an Lieferverzögerungen im Handel auslösen.

Weitreichende Folgen auf die globalen Lieferketten hat die Rohstoffpolitik Chinas. Das Land ist nicht nur der bedeutendste Rohstoffproduzent von Metallen und Industriemineralen, sondern auch der größte Importeur und Exporteur für metallische Rohstoffe auf den Weltmärkten. Zudem befindet sich die dortige Rohstoffwirtschaft im Wandel: Das Land, das bei vielen Rohstoffen sogar für mehr als die Hälfte der weltweiten Raffinadeproduktion sorgt, wird absehbar in den nächsten Jahren weiterhin Produktionskapazitäten einschränken und sich stärker auf die Binnennachfrage konzentrieren, um seine CO₂-Emissionen zu reduzieren. Veränderungen im chinesischen Rohstoffsektor haben große Auswirkungen auf die Weltmärkte. So hatten in der Vergangenheit zahl-

reiche Aktionspläne gegen Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung sowie die zentral organisierten Umweltinspektionen zur Folge, dass die Bergwerks- und Raffinadeproduktion temporär eingestellt wurde und nachgelagerte Betriebe die Produktion drosselten oder gar einstellten. Dies hat immer wieder für zeitweilige Lieferengpässe auf den globalen Rohstoffmärkten gesorgt. Mittel- und langfristig wird die Strukturreform der Metallindustrie durch die steigenden Umweltauflagen in China dazu führen, dass die Produktionskapazitäten von immer mehr Rohstoffen eingeschränkt werden und die Kosten der Produktion ansteigen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist das sogenannte „Level Playing Field“ im Rohstoffsektor. Im internationalen Wettbewerb um Bergbaubeteiligungen und Langfrist-Lieferverträge unterliegen beispielsweise westlich orientierte Unternehmen oft chinesischen Unternehmen, weil sie höhere ESG-Standards gegenüber Banken und Investoren einhalten müssen. Damit ist ein „Level Playing Field“ im internationalen Bieterwettbewerb nicht mehr gegeben. Weitere, zum Teil WTO-relevante Themen, betreffen staatlich gelenkte Rohstoffaktivitäten der Exportländer.

Durch Lieferketten-Initiativen und Regularien in den Abnehmerländern allein ist es nur sehr bedingt möglich, nachhaltige Verbesserungen vor Ort zu erreichen. Es besteht die Gefahr, dass sich Unternehmen aus Regionen zurückziehen, um Risiken zu minimieren. Die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern ist daher ein wichtiger Baustein, um Rahmenbedingungen in diesen Ländern zu verbessern, soziale und Umweltrisiken der Rohstoffgewinnung zu verringern und auch den lokalen Nutzen von Wertschöpfungsketten zu erhöhen.

Die Transformation zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft verändert die weltweiten Rohstoffbedarfe. Während der Einsatz von fossilen Energieträgern drastisch reduziert werden soll, werden zum Ausbau der Technologien für die erneuerbaren Energien zunehmend metallische Rohstoffe benötigt, darunter viele Hochtechnologiemetalle. Durch die globale Energie- und Mobilitätswende wird auch der Bedarf an Metallen und Industriemineralen erheblich steigen. Bei Lithium für Lithium-Ionenbatterien in der E-Mobilität ist von einer Bedarfssteigerung um das Vier- bis Sechsfache bis zum Jahr 2040 auszugehen, bei anderen Batterierohstoffen und Rohstoffen für die Solar- und Windenergie mindestens um das Doppelte, bei Seltenen Erden wie Dysprosium/Terbium für Permanentmagnete in Windkraftanlagen ebenfalls um das Fünf- bis Siebenfache im Vergleich zur heutigen globalen Produktion dieser Rohstoffe. Hinzu kommt, dass sich die Förderung bei einigen dieser Rohstoffe auf nur sehr wenige Länder im Vergleich zur Produktion fossiler Energieträger konzentriert. Da die genannten Technologien in allen großen Wirtschaftsräumen vor einer immer breiteren Anwendung stehen, sind weitere globale Nachfrageschübe und ein zunehmender Wettbewerb um den Zugang zu diesen Rohstoffen zu erwarten und bereits jetzt zu verzeichnen.

Mehr denn je hat der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 gezeigt, wie abhängig Deutschland von Erdöl- und Erdgaslieferungen aus Russland ist, wie auch von einigen Metallen. Eine hohe Importabhängigkeit besteht auch bei China. Direktimporte aus China oder indirekt über die EU-Außengrenzen sind bei einzelnen Rohstoffen extrem hoch. Chinas Rohstoffproduktion steht bei den potenziell kritischen Rohstoffen global auf Platz 1, mit rund 50 % bei den direkt aus dem Bergbausektor gewonnenen Rohstoffen, und mit über 90 % bei der Metall-Raffinadeproduktion, also der ersten Verarbeitungsstufe. Erhebliche Abhängigkeiten bestehen auch bei Zwischenprodukten wie Kobalthydroxid, Nickelsulfat oder Lithiumhydroxid für Batteriezellen oder Seltene Erden-Magnete für Windkraftanlagen. Bei Solarzellen, die wichtige und überwiegend in China produzierte Rohstoffe wie Silizium enthalten, ist China mit über 60 % Anteil der exportierten Gigawattleistung weltweit der größte Exporteur.

Aber auch andere Länder dominieren einzelne Rohstoffmärkte: Über 80 % des weltweit produzierten Niobs und Ferroniobs, wichtig für hoch-feste Legierungen u.a. im Turbinenbau, stammen von einem Unternehmen in Brasilien. Für Beryllium, ein bedeutendes Legierungsmetall, sind die USA der wichtigste Produzent. Sie versorgen mit eigenem Bergbau und importierten Erzen über eine einzelne Firma nahezu den gesamten Weltmarkt für Kupfer-Beryllium-Legierungen, die für IT-Anwendungen und elektrische Komponenten essenziell sind. Südafrika ist bei Chromit, Refraktärrohstoffen der Disthen-Gruppe und Rohstoffen der Platingruppen-Metalle Platin, Rhodium, Iridium weltweit größter Produzent, und nach Russland zweitwichtigster Palladium-Produzent. Platingruppenmetalle werden beispielsweise in Katalysatoren zur Wasserstoffproduktion eingesetzt.

Große Rohstofflieferanten bieten üblicherweise erhebliche Kostenvorteile, da, zum Teil geologisch bedingt, besonders reichhaltige Rohstoffvorkommen abgebaut und die Rohstoffe günstig vermarktet werden können (Skaleneffekte). Der Wettbewerbsvorteil einiger Länder und Lieferanten liegt klar auf der Hand. Alternativen aufzubauen ist finanziell aufwändiger, aber essenziell, um Krisensituationen vorzubeugen. Im Ernstfall führen Lieferausfälle wie z. B. seit 2020 bei Halbleitern zum Produktionsstillstand in der verarbeitenden Industrie. Dies gilt es zu vermeiden.

Rohstoffabhängigkeiten können nur langsam abgebaut werden, da von der Rohstoffexploration bis zur Gewinnung und Weiterverarbeitung erfahrungsgemäß 10 bis 15 Jahre vergehen können. Rohstoffe sind aus geologischer Sicht nicht knapp. Die Versorgung mit Rohstoffen auf dem Weltmarkt wird stark durch Länderkonzentrationen und -risiken bestimmt. Hier ist es für die deutsche verarbeitende Industrie besonders wichtig, Entwicklungen im Rohstoffsektor frühzeitig zu erkennen, Ausweichstrategien in der Versorgung zu entwickeln und rechtzeitig zu handeln. Die Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe leistet hierbei seit über 10 Jahren wertvolle Unterstützung.

Die internationale Kooperation mit geeigneten Institutionen anderer Länder stellt eine wichtige Strategie im Umgang mit den oben beschriebenen Risiken dar. Sie ermöglicht die frühzeitige Kenntnis und Bewertung neuer Rohstoffpotenziale. Im Zusammenhang mit gemeinsamen Projekten, z. B. zur Optimierung der Abbau- und Aufbereitungstechnologien oder zur Implementierung von Nachhaltigkeitsstandards, lässt sich so eine vorteilhafte Positionierung im Wettbewerb um alternative Lieferquellen erreichen. Internationale Partnerschaften und Kooperationen sind darüber hinaus von zentraler Bedeutung, um ESG-Kriterien in globalen Lieferketten zu etablieren. Der Hebel über die verarbeitende Industrie allein ist dabei nicht ausreichend. Es müssen stattdessen Partnerschaften mit rohstoffreichen Ländern und Initiativen genutzt werden, um diese zu verbreiten und zu harmonisieren. Nachhaltigkeits-Initiativen können eine wichtige Plattform vor Ort sein, um unter Einbeziehung auch der Zivilgesellschaft eine gute Praxis der Rohstoffgewinnung nachweisbar zu etablieren.

Die Sicherung der Rohstofflieferungen ist und bleibt in unserer Marktwirtschaft Aufgabe der Unternehmen. Die Bundesregierung und die Politik flankieren deren Maßnahmen mit dem Ziel, geeignete Rahmenbedingungen für eine sichere und nachhaltige Rohstoffversorgung zu schaffen. Unternehmen verfügen über unterschiedliche marktwirtschaftliche Instrumente, um ihre Rohstofflieferungen abzusichern und den Preis- und Lieferrisiken auf den Märkten zumindest teilweise entgegenzuwirken. Hier kommen vor allem die Diversifizierung der Lieferantenbasis, ein intelligentes Management von mittel- und langfristigen Lieferverträgen sowie die strategische Lagerhaltung für den Betrieb besonders kritischer Rohstoffe und Komponenten in Betracht. Die Anwendung digitaler Business-Tools sowie die Etablierung interner Recycling- und Substitutionsprozesse sind in Kombination mit den oben genannten Maßnahmen ebenfalls geeignete Instrumente.

Ein Großteil des Bedarfs an oberflächennahen mineralischen Rohstoffen wird in Deutschland aus heimischen Lagerstätten gewonnen. Die Gewinnungsmöglichkeit ist durch konkurrierende Flächennutzungsansprüche begrenzt. Die Bedarfsdeckung bei Metallen, einzelnen Industriemineralen und den Energierohstoffen ist dagegen sehr stark von Importen abhängig. Wo immer möglich trägt die heimische Rohstoffproduktion zu einer Minderung der Importabhängigkeit bei und reduziert die Versorgungsrisiken durch unterbrochene Lieferketten.

Kreislaufwirtschaft und Recycling leisten einen bedeutenden Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz. Das Recycling mineralischer Rohstoffe verringert den Einsatz von Primärrohstoffen, vermindert die Importabhängigkeit und schont die natürlichen Ressourcen. Weiterhin werden in fast allen Fällen der Energiebedarf und die Treibhausgasemissionen im Vergleich zur Primärproduktion reduziert und die zu deponierenden Reststoffmengen verringert. Metallische Recyclingrohstoffe können in industriellen Prozessen genauso eingesetzt werden wie primäre Ausgangsstoffe. Allerdings sind Recyclingrohstoffe nicht immer in ausreichendem Maße verfügbar. Eine Primärrohstoffgewinnung ist aufgrund des weiter steigenden und teilweise veränderten Rohstoffbedarfes auch bei funktionierenden Kreislaufsystemen weiterhin erforderlich. Daneben sind Kreislaufwirtschaft und „Urban Mining“ weiter zu entwickeln. Schlüsselgrößen dafür sind eine gesicherte Energieversorgung und eine erforderliche Leistungsfähigkeit in Forschung und Entwicklung.



Ausschussdrucksache 20(9)189

29.11.2022

Prof. Dr. Alexander Sandkamp
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
24118 Kiel

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum

- a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken

BT-Drucksache 20/4042

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen

BT-Drucksache 20/4065

am 30. November 2022

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 24098 Kiel

Institut für Volkswirtschaftslehre
Quantitative Außenhandelsforschung
Prof. Dr. Alexander Sandkamp

Hausanschrift:
Wilhelm-Seelig-Platz 1, 24118 Kiel

Postanschrift:
Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Paketanschrift:
Olshausenstraße 40, 24098 Kiel

Email, Telefon
sandkamp@economics.uni-kiel.de
tel +49 431 880 - 5631

Datum
28.11.2022

**Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung im Wirtschaftsausschuss des
Deutschen Bundestages zum Antrag der Fraktion CDU/CSU „Deutschlands
Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den
Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken“ am 30.11.2022**

Inhaltsverzeichnis

1.	Zur aktuellen Rohstoffabhängigkeit Deutschlands	1
2.	Handlungsvorschläge zur Steigerung der Resilienz.....	2
2.1	Handelspolitische Maßnahmen	2
2.2	Zielkonflikte	3
2.3	Weitere Maßnahmen zur Steigerung der Resilienz	3
3.	Fazit	4

1. Zur aktuellen Rohstoffabhängigkeit Deutschlands

Die Ukraine Krise hat Deutschland die Gefahren einer Abhängigkeit von einzelnen Ländern in Bezug auf kritische Rohstoffe schmerzhaft vor Augen geführt. Als direkte Konsequenz des Krieges fällt **Russland** als verlässlicher Rohstofflieferant auf absehbare Zeit aus. Dies betrifft nicht nur die Energieträger Öl, Gas und Kohle, sondern auch weitere kritische Rohstoffe wie Palladium und Phosphat.

Auch die Beziehungen des politischen Westens zu **China** werden durch den Krieg in der Ukraine auf die Probe gestellt, ist man in der EU und den USA von der neutralen Haltung Chinas gegenüber Russland doch zumindest irritiert. Um sich im Falle eines Konflikts mit China abzusichern und zu vermeiden, dass aufgrund einseitiger Abhängigkeiten Druck auf europäische Regierungen und Unternehmen ausgeübt werden kann, werden zusehends Möglichkeiten diskutiert, sich unabhängiger von China zu machen. **Zurzeit bezieht Deutschland jedoch viele kritische Rohstoffe aus China.** Dies gilt beispielsweise für Magnesium, Strontium, Seltene Erden, Tantal, Germanium, Wolfram, Graphit und Antimon. China ist dabei nicht der einzige, jedoch oftmals einer der größten Zulieferer. Vor dem

Hintergrund der aktuellen Krisen wird ein größerer Diversifizierungsgrad im Hinblick auf die Rohstoffbeschaffung daher immer bedeutsamer.

2. Handlungsvorschläge zur Steigerung der Resilienz

Um Deutschlands Rohstoffabhängigkeiten von einzelnen Ländern zu reduzieren, ist es dringend erforderlich, die Beschaffung kritischer Rohstoffe zu **diversifizieren**. Werden strategische Rohstoffe aus mehreren Ländern bezogen, so können einzelne Ausfälle leichter kompensiert werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Ausfälle politisch motiviert sind oder durch Naturkatastrophen verursacht werden. Sowohl die Bundesregierung als auch die Europäische Kommission können und sollten Diversifizierung mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen unterstützen.

2.1 Handelspolitische Maßnahmen

Eine solche Maßnahme besteht in der **Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen** beim Handel mit und den Investitionen in Länder mit bedeutenden Rohstoffvorkommen. **Freihandelsabkommen** sind dabei wichtige Instrumente, da sie Zölle aber auch andere Handelsbarrieren z.B. in Form von unterschiedlichen Standards abbauen und so den bilateralen Handel stärken. Dies gilt insbesondere für bereits bestehende Exporteure kritischer Rohstoffe, aus denen Deutschland bisher nicht oder lediglich in begrenztem Umfang importiert. Der Kern solcher Abkommen besteht dabei darin, Handelskosten zu senken und auf diese Weise die Attraktivität alternativer Zuliefererländer aus der Perspektive deutscher Unternehmen zu erhöhen. Auch die Bundesregierung kann bilaterale Handelsbeziehungen durch Delegationsreisen stärken. Zwar handelt Deutschland oft bereits mit vielen großen rohstoffproduzierenden Ländern, könnte seine Importe aus einigen dieser Partner jedoch erhöhen (z.B. Australien und Japan für Titan), um Abhängigkeiten von anderen Ländern zu reduzieren. Beispiele für bedeutende Exporteure kritischer Rohstoffe, die noch nicht nach Deutschland exportieren, sind Malaysia und Vietnam für Seltene Erden. Aus geopolitischer Sicht ist dabei jedoch zu beachten, dass es zu einem Verdrängungswettbewerb kommen könnte, wenn Deutschland und die EU ihren Anteil an den Rohstoffexporten bestimmter Länder ausbauen und damit deren Exporte in andere Länder verdrängen.

Auch **Investitionsschutzabkommen** können sinnvoll sein, um Risiken für im Ausland investierende deutsche Unternehmen zu reduzieren und auf diese Weise Investitionen in die Erschließung neuer Rohstoffvorkommen oder die notwendige Transportinfrastruktur zu fördern. Dies gilt insbesondere für Länder mit bislang unerschlossenen Rohstoffvorkommen. Denkbar wäre zudem ein besserer Zugang zu **Investitionsgarantien** für Unternehmen, die in die Rohstoffgewinnung in jenen Ländern investieren, aus denen Deutschland bisher keine oder nur geringe Mengen kritischer Rohstoffe bezieht. Ein Beispiel hierfür ist Brasilien, welches über circa 18 Prozent der weltweiten Reserven an seltenen Erden verfügt, zurzeit für die deutsche Rohstoffversorgung jedoch keine Rolle spielt und auch nicht zu den weltgrößten Exporteuren zählt. Tatsächlich hat Deutschland bilaterale **Rohstoffpartnerschaften** mit der Mongolei, Kasachstan und Peru abgeschlossen. Mit Chile, Australien, Ghana und Kanada bestehen sogenannte Rohstoffkooperationen. Diese Abkommen haben meist zum Ziel, den Aufbau einer rohstoffverarbeitenden Industrie in den betroffenen Ländern durch deutsche Investitionen zu fördern und beinhalten unter anderem die Bereitstellung von Exportkreditversicherungen und Investitionsgarantien.

Zusätzlich zur Verbesserung der Rahmenbedingungen kann die **Europäische Union** auch einen aktiven Beitrag zu mehr Diversifikation bei der Rohstoffbeschaffung leisten, indem sie bereits bestehende oder geplante Initiativen nutzt, um Investitionen in die Erschließung neuer Rohstoffvorkommen zu tätigen. So sollen über die **Global-Gateway Initiative** bis zu 300 Milliarden Euro in internationale Infrastrukturprojekte investiert werden. Dieses Geld könnte unter anderem dafür genutzt werden, Rohstoffvorkommen zu erschließen und Energieprojekte

wie Photovoltaikanlagen zur Gewinnung grünen Wasserstoffs voranzutreiben. Von solchen Projekten würden die Menschen vor Ort profitieren, während die EU gleichzeitig ihre Versorgung mit Energie und kritischen Rohstoffen sichert.

2.2 Zielkonflikte

Vor dem Hintergrund der notwendigen Diversifizierung bei der Beschaffung kritischer Rohstoffe besteht zudem die Notwendigkeit, mögliche **Zielkonflikte** zwischen verlässlichen Lieferketten und anderen politischen Zielen offen zu diskutieren. So befinden sich viele Rohstoffvorkommen in Ländern, die in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards als problematisch eingestuft werden. Entsprechend ist eine Strategie erforderlich, wie mit diesen Ländern umgegangen werden soll. Dabei sollte berücksichtigt werden, wie sich eine Abkehr von solchen Ländern nicht nur im Hinblick auf die heimische Resilienz, sondern auch mit Blick auf die Menschenrechtslage vor Ort auswirken würde. So führt die Tatsache, dass in Bezug auf Menschenrechte problematische Länder nicht mehr Teil deutscher Lieferketten sind noch nicht dazu, dass Menschen- und Umweltrechtsverletzungen dort nicht mehr vorkommen. Im Gegenteil könnte eine Verlagerung des Handels weg von Europa und hin zu strategischen Rivalen dazu führen, dass der Einfluss von Ländern, die weniger Wert auf die Einhaltung der Menschenrechte legen, noch zunimmt. Investieren deutsche Unternehmen hingegen in den betroffenen Ländern, so besteht zumindest die Möglichkeit zur Stärkung von Menschen- und Umweltrechten innerhalb des eigenen Geschäftsbereichs.

Bestehende und geplante Gesetze sind mit Blick auf ihr Potenzial, Diversifizierung zu erschweren, zu prüfen. Diese Überlegung gilt insbesondere für das von der deutschen Regierung beschlossene und auf europäischer Ebene diskutierte **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz**. Dieses Gesetz verpflichtet Unternehmen ab einer gewissen Größe zur Überprüfung der Einhaltung der Menschen- und Umweltrechte entlang ihrer gesamten Lieferkette. Das Gesetz erhöht damit die Kosten betroffener Unternehmen pro Lieferantenbeziehung, da jeder Lieferant einzeln geprüft werden muss und zudem das Restrisiko besteht, dass Menschenrechtsverletzungen unentdeckt bleiben und die betroffenen Unternehmen Strafzahlungen leisten müssen. Dies gilt in besonderem Maße für die zurzeit diskutierte europäische Regelung, welche eine gesteigerte Sorgfaltspflicht auch für mittelbare Zulieferer vorsieht. Das Gesetz schafft somit einen Anreiz für Unternehmen, ihre Lieferketten zu konsolidieren und die Anzahl ihrer Zulieferer zu reduzieren. Die notwendige Diversifizierung bei der Rohstoffbeschaffung wird damit konterkariert.

Auf EU-Ebene sollte daher über alternative Ansätze wie beispielsweise eine **Negativliste** nachgedacht werden. Dabei handelt es sich um eine von der EU Kommission geführte schwarze Liste von Unternehmen, denen Menschen- bzw. Umweltrechtsverletzungen nachgewiesen wurden und mit denen europäische Unternehmen keine Handelsbeziehungen pflegen dürfen. Ein solcher Ansatz reduziert die expliziten Kosten und vermeidet Doppelbelastungen, da jedes exportierende Unternehmen nicht mehr von jedem seiner europäischen Handelspartner separat geprüft werden muss. Zudem böte eine solche Liste ein hohes Maß an Rechtssicherheit, was wiederum die impliziten Kosten reduzieren würde. Für europäische Unternehmen bestünde nun kein Anreiz mehr, die Anzahl ihrer Lieferantenbeziehungen zu reduzieren. Ein Negativlistenansatz wäre somit eher geeignet, Menschenrechte zu stärken, ohne dabei die Resilienz der deutschen- und europäischen Volkswirtschaft zu schwächen. Negativlisten haben sich bereits im Bereich der Handelsschutzinstrumente (speziell Antidumpingzölle) bewährt und können so gestaltet werden, dass betroffene Unternehmen auch wieder von der Liste gestrichen werden, sobald sie nachweisen können, dass keine Menschenrechtsverletzungen mehr stattfinden.

2.3 Weitere Maßnahmen zur Steigerung der Resilienz

Um Rohstoffabhängigkeiten zu reduzieren, müssen diese erst einmal identifiziert werden. Direkte Abhängigkeiten der deutschen Volkswirtschaft in Form von konzentrierten

Rohstoffimporten aus einzelnen Ländern lassen sich mithilfe von Handelsdaten recht problemlos identifizieren. Allerdings ist oftmals nicht bekannt, zu welchem Grad kritische Rohstoffe in importierten Vor- bzw. Endprodukten enthalten sind. Da jedoch auch diese indirekten Abhängigkeiten berücksichtigt werden müssen, ist eine **Verbesserung der Datengrundlage** in Bezug auf den Anteil kritischer Rohstoffe in deutschen Lieferketten dringend erforderlich.

Jenseits der Handelspolitik besteht eine weitere Möglichkeit zur Steigerung der Resilienz in mehr **strategischer Lagerhaltung**, um kurzfristige Lieferengpässe zu überbrücken. Dies gilt insbesondere für kritische Rohstoffe, bei denen (noch) große Abhängigkeiten von einzelnen Lieferländern bestehen. Für Unternehmen ist dies mit höherem Kapitalbedarf und entsprechenden Kosten verbunden, so dass Handlungsbedarf auf EU-Ebene erforderlich sein könnte. Antizipierende Software zur Analyse und Prognose von Veränderungen in Angebot und Nachfrage könnte dabei helfen, die Kosten zusätzlicher Lagerhaltung zu reduzieren.

Bei einigen Rohstoffen besteht die Möglichkeit, dass Diversifizierung bei der Beschaffung aufgrund geographisch stark konzentrierter Vorkommen auch mittel- bis langfristig nicht oder nur eingeschränkt möglich ist. Bei diesen Rohstoffen sind daher alternative Maßnahmen zur Reduzierung von Abhängigkeiten in besonderem Maße erforderlich. Zu diesen Maßnahmen zählen verbesserte **Recyclingsysteme** sowie eine allgemeine **Steigerung der Material- bzw. Rohstoffeffizienz**. Diese verringern nicht nur die Rohstoffabhängigkeit, sondern leisten auch einen direkten Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit und verringerten Treibhausgasemission. Auch die **Substitution durch andere Inputs** könnte in bestimmten Situationen möglich sein. In all diesen Bereichen besteht jedoch noch **erheblicher Forschungsbedarf**, welcher von der Bundesregierung gefördert werden könnte. Auch die Gewinnung einzelner Rohstoffe innerhalb Deutschlands und der EU sollte offen diskutiert werden. Bei alldem ist es wichtig, den **Preismechanismus** wirken zu lassen, da hohe Preise nicht nur Knappheiten signalisieren, sondern auch Anreize für Unternehmen schaffen, entsprechende Lösungen zu entwickeln.

3. Fazit

Die aktuelle geopolitische Situation hat uns allen auf besorgniserregende Weise vor Augen geführt, welche Gefahr Rohstoffabhängigkeiten von einzelnen Ländern für unseren Wohlstand darstellen können. Eine Reduzierung dieser Abhängigkeiten ist daher notwendig, um die Resilienz der deutschen Volkswirtschaft zu gewährleisten. Dies gilt nicht nur in Bezug auf eine mögliche Verschlechterung der Beziehungen zu strategischen Rivalen, sondern auch im Falle von Naturkatastrophen, welche die Produktionskapazitäten ganzer Regionen temporär beeinträchtigen können. Sowohl eine **stärkere Diversifizierung der Rohstoffbeschaffung** als auch **technische Lösungen** wie die Stärkung der Kreislaufwirtschaft können einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion dieser Abhängigkeiten leisten. Beides kann und sollte die Bundesregierung durch flankierende Maßnahmen gezielt fördern.

Kiel, den 28.11.2022

Prof. Dr. Alexander-Nikolai Sandkamp



Ausschussdrucksache 20(9)190

29.11.2022

Meike Schulze
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
10719 Berlin

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum

- a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken

BT-Drucksache 20/4042

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen

BT-Drucksache 20/4065

am 30. November 2022

Meike Schulze,
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

**Schriftliche Kurzstellungnahme zur öffentlichen Anhörung
des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages am 30. November 2022
zu „Rohstoffpartnerschaften, Rohstoffgewinnung, Rohstoffsicherung“**

29.11.2022

Vorbemerkung: Die Stellungnahme basiert auf den Forschungsergebnissen im Projekt¹ [„Transnationale Governance-Ansätze für nachhaltige Rohstofflieferketten im Andenraum und im südlichen Afrika“](#), an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Eine umfangreiche SWP-Studie zum Thema wird voraussichtlich Ende des Jahres 2022 veröffentlicht.

Hintergrund: Besondere Herausforderungen in transnationalen Lieferketten von Metallen und Industriemineralen

Seit den Störungen in Lieferketten während der Corona-Pandemie werden auf europäischer Ebene Strategien diskutiert, Lieferketten in den unmittelbaren eigenen Wirkungsbereich zu verlegen (*onshoring* oder *nearshoring*). Bei Metallen und Industriemineralen sind solche Ansätze für Deutschland und die Europäische Union (EU) nur im sehr begrenzten Maß umsetzbar. Denn die heimischen Vorkommen sind bei einigen zentralen Rohstoffen begrenzt, die Kapazitäten für den Abbau kurzfristig nicht gegeben und auch die notwendige Erhöhung von Recyclingraten kann die Bedarfe absehbar nicht decken.

Der Bedarf an mineralischen Rohstoffen wird zudem perspektivisch weiter steigen.² Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich der Wettbewerb um den Zugang zu Rohstoffen noch einmal erhöht. Zum einen, weil Russland als Handelspartner ausfällt. Zum anderen, um ausreichend Rohstoffe für den zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien sicherzustellen. Hinzu kommt eine hohe Abhängigkeit von China als einem der wichtigsten Lieferanten von Metallen und Industriemineralen für Deutschland und die EU. Entsprechend der Analyse der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) war China in 2021 größter Produzent bei 42% der Bergwerksprodukte, die mit hohem Preis- und Versorgungsrisiko bewertet wurden. Die Dominanz ist noch höher bei Produkten höherer Verarbeitungsstufen – China war in 2021 größter Produzent bei 93% der Raffinadeprodukte mit hohem Beschaffungsrisiko.³ Aufgrund der aktuellen geopolitischen Verschiebungen und der unklaren innen- und außenpolitischen Entwicklungen Chinas gefährden diese hohen Abhängigkeiten die Versorgungssicherheit der deutschen Industrie.

¹ Das Projekt wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. Laufzeit: Juli 2020–Juni 2023.

² International Renewable Energy Agency (IRENA), *World Energy Transitions Outlook. 1.5°C Pathway*, 2022, <<https://bit.ly/3F8Qfdv>> (eingesehen am 1.8.2022).

³ Deutsche Rohstoffagentur (DERA), *DERA-Rohstoffliste 2021. Angebotskonzentration bei mineralischen Rohstoffen und Zwischenprodukten - potenzielle Preis und Lieferrisiken*, 2021 (DERA-Rohstoffinformationen, Nr. 49), <<https://bit.ly/3idWpAk>> (eingesehen am 8.2.2022).

Aus diesen Gründen ist strategisches und langfristig angelegtes Handeln nötig, um Lieferketten zu diversifizieren und Partnerschaften mit neuen Akteuren zu erschließen bzw. bestehende Kooperationen zu intensivieren. Durch die Arbeit der DERA können mögliche Versorgungsrisiken in Lieferketten von mineralischen Rohstoffen bereits gut abgeschätzt werden. Die Agentur stellt umfassende Analysen zu einzelnen Rohstoffen und auch Handelsprodukten höherer Verarbeitungsstufen zur Verfügung.⁴ Politik und Unternehmen müssen diese Erkenntnisse stärker als bislang in den Blick nehmen. Dabei sollten sie priorisieren und Ansätze zur Diversifizierung der Lieferketten bei den Rohstoffen entwickeln, bei denen die Abhängigkeiten und Risiken besonders hoch sind. Dies erfordert ein rohstoffspezifisches Vorgehen, da sich die einzelnen Lieferketten strukturell unterscheiden und jeweils verschiedene Länder und Akteure beteiligt sind. Neben dem Blick auf die Verfügbarkeit der Rohstoffe, muss die Stufe der Schmelz- und Raffinadeproduktion dabei intensiver beachtet werden. Dies ist auch für den Ausbau von Recyclingkapazitäten von entscheidender Bedeutung.

Bei der Diversifizierung von Lieferketten gilt: Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit sind keine Gegensätze, sondern müssen vielmehr als komplementäre Strategien verstanden werden.⁵ Unternehmen, die ihre Lieferketten gut kennen, können flexibler und schneller auf geopolitische Entwicklungen reagieren. Zudem sind Verletzungen von Menschenrechts- und Umweltstandards häufig selbst Ursache von Versorgungsrisiken, weil sie zu Störungen oder sogar zu Unterbrechungen von Lieferketten führen können.⁶ Die Um- und Durchsetzung von Nachhaltigkeitsstandards ist daher kein Hindernis für die Versorgungssicherheit, sondern kann perspektivisch zu stabilen Lieferbeziehungen beitragen.

Durch strategisches Vorgehen und politische Steuerung können die drei Zieldimensionen Resilienz, Nachhaltigkeit und Effizienz miteinander verbunden werden.⁷ Hierbei besteht allerdings die Herausforderung, dass sich die Bundesrepublik und deutsche Unternehmen mehrheitlich in der Endverarbeitung (*downstream*) der Lieferketten von mineralischen Rohstoffen befinden. Damit haben sie keinen unmittelbaren Zugriff auf den Abbau und die Weiterverarbeitung in anderen Ländern. Die transnationalen Lieferketten zeichnen sich zudem durch eine hohe Komplexität aus, aufgrund ihrer Länge, der Vielzahl der Verarbeitungsschritte in der Lieferkette und der häufig beträchtlichen Transportwege. Zudem behindert die oft fehlende Transparenz in den Lieferketten die Nachverfolgbarkeit von Materialien und die Informationen über beteiligte Zulieferer. Politikansätze müssen diese Herausforderungen adressieren, um die Diversifizierung von Lieferketten durch geeignete Maßnahmen zu flankieren.

⁴ Mehr Informationen unter: <https://bit.ly/3AS4d19>.

⁵ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), *Building More Resilient and Sustainable Global Value Chains Through Responsible Business Conduct*, 2021, <<https://bit.ly/3tVrSKa>> (eingesehen am 11.5.2022).

⁶ Müller, M., Saulich, C. und Schulze, M., *Staatlich-private Kooperationen für nachhaltige Rohstofflieferketten*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), 2021 (SWP-Aktuell, 84/2021), <<https://bit.ly/3UdzJNN>> (eingesehen am 20.8.2022).

⁷ Grumiller, J., Grohs, H. und Raza, W., *Resilience in Sustainable Global Supply Chains: Evidence and Policy Recommendations. A Study for the Research Network Sustainable Global Supply Chains*, Österreichische Forschungsförderung für Internationale Entwicklung (ÖFSE), 2022 (SWP Working Paper, 01/2022), <<https://bit.ly/3tZxFOY>> (eingesehen am 20.10.2022).

Empfehlungen: Diversifizierung von Lieferketten und internationale Rohstoffkooperation

- In erster Linie sind Unternehmen gefragt, ihre Lieferbeziehungen stärker nachzuverfolgen und geopolitische Risiken sowie Nachhaltigkeitskriterien stärker bei ihrer Beschaffungspolitik und strategischen Planung mitzudenken. Viele Unternehmen berücksichtigen diese Aspekte bereits umfassend bei ihrer Planung. Doch zeigen die Erfahrungen aus der Vergangenheit, dass die Aufmerksamkeit für die Versorgungssicherheit in Rohstofflieferketten häufig dann hoch ist, wenn auftretende geopolitische Risiken oder hohe Preise auf den Märkten zu Unsicherheiten führen. Hier ist jedoch ein strukturelles Umdenken nötig, um Diversifizierung – insbesondere mit Blick auf hohe Abhängigkeiten von China – umzusetzen und entsprechende Unternehmensstrategien zu entwickeln.
- Eine stärkere Koordination im Bereich Rohstoffpolitik auf EU-Ebene ist notwendig, wenn Diversifizierung nicht nur beim Abbau, sondern auch bei der Weiterverarbeitung von Rohstoffen ansetzen will. Hierfür kann der geplante *Critical Raw Materials Act* eine Grundlage bieten – vor allem durch vertrauensvolle Zusammenarbeit und regelbasierten Handel, der Standardsetzung in Lieferketten sowie der Bündelung von Investitionen zur Diversifizierung. Die finanziellen Anstrengungen der EU und ihren Mitgliedstaaten müssen hier verstärkt werden.
- In all diesen Überlegungen sollten Menschenrechts- und Umweltstandards klar verankert werden. Sorgfaltspflichten für Unternehmen, wie sie beispielsweise im Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) festgeschrieben, stellen zunächst einmal höhere Anforderungen an Unternehmen. Solche Instrumente können aber zu mehr Resilienz beitragen, weil die Transparenz und der Informationsfluss entlang von Lieferketten gestärkt werden. Daher sollte sich die Bundesregierung auch für ein europäisches Lieferkettengesetz einsetzen, um so ein „*level playing field*“ für europäischen Unternehmen zu schaffen.
- Neben der weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit mit etablierten Partnern, z.B. im Rahmen der *Minerals Security Partnership (MSP)*, sollte die Bundesregierung neue Kooperationen im Rohstoffbereich anstreben. Dabei sollten sie auf rohstoffreiche Länder mit Demokratie- und Menschenrechtsorientierung zugehen,⁸ da dies die Grundlage für investitionsfreundliche Rahmenbedingungen und nachhaltige wie resiliente Zusammenarbeit bietet. Diese müssen mit europäischen Initiativen koordiniert werden. Länder die höhere Standards anstreben jedoch Herausforderungen bei der Umsetzung gegenüberstehen, sollten durch entwicklungspolitische Kooperation bei ihren Bemühungen unterstützt werden.
- In Allianz mit deutschen Unternehmen muss die Bundesregierung attraktive und langfristig verbindliche Angebote an mögliche Partnerländer im Zuge von Rohstoffkooperationen machen. Dabei muss eine (Re-)Priorisierung erfolgen, die über

⁸ Maihold, G., *Die neue Geopolitik der Lieferketten. »Friendshoring« als Zielvorgabe für den Umbau von Lieferketten*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2022 (SWP-Aktuell 45/2022), <<https://bit.ly/30tvKLP>> (eingesehen am 17.9.2022).

den Rohstoffabbau und -sicherung hinausgeht, und stärker auf die Interessen potentieller Partner zugeschnitten ist:

- Die Förderung der lokalen Wertschöpfung bietet einen konkreten Anreiz für potentielle Partnerländer.⁹ Dabei sollte der Auf- und Ausbau von Schmelzen und Raffinieren in Partnerländern stärker in den Fokus rücken, genauso wie Identifizierung von gemeinsamen Projekten in nachgelagerten Industriezweigen. Solche Ansätze müssen die jeweils länderspezifischen Herausforderungen berücksichtigen und lokale Entwicklungsziele in den Blick nehmen.
- Zudem bietet ein stärkerer Fokus auf Nachhaltigkeit und entsprechenden Technologietransfer großes Potential für die Gestaltung von Lieferketten, z.B. im Bereich Wassermanagement, Rehabilitation von Minen oder Recyclingprozessen.
- Außenhandelskammern (AHKs) und die Kompetenzzentren für Bergbau und Rohstoffe können - mit besserer Ausstattung - eine stärkere Rolle einnehmen, um Bedarfe zu identifizieren und konkrete Unternehmenskooperationen zu unterstützen. Sie können auch beim *Capacity Building* lokaler Partner unterstützen (z.B. mit Blick auf die Umsetzung von Lieferkettengesetzen).
- Eine erfolgreiche Umsetzung strategischer Partnerschaften entlang der aufgezeichneten Linien erfordert eine enge, ressortübergreifende Zusammenarbeit auf Bundesebene.

⁹ Rüttinger, L., Schüler, F., Scholl C. und Bach, A., *Die deutschen Rohstoffpartnerschaften - Analyse der Umsetzung und Ausblick. Auftragsstudie* im Auftrag des Umweltbundesamtes. Berlin: adelphi, 2016 (RohPolPress-Kurzanalyse, Nr. 6), <<https://bit.ly/3AF7lvp>> (eingesehen am 17.9.2022)

Literaturempfehlungen:

- Maihold, G., 2022. *Die neue Geopolitik der Lieferketten.: »Friend-shoring« als Zielvorgabe für den Umbau von Lieferketten.* SWP-Aktuell 45/2022. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Siehe: <https://www.swp-berlin.org/en/publication/die-neue-geopolitik-der-lieferketten>.
- Maihold, G., Müller, M., Saulich, C. und Schöneich, S., 2021. *Verantwortung in Lieferketten. Das Sorgfaltspflichtengesetz ist ein erster Schritt.* SWP-Aktuell 19/2021. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Siehe: <https://www.swp-berlin.org/publikation/sorgfaltspflichtengesetz-verantwortung-in-lieferketten>.
- Müller, M., 2020. *Versorgungssicherheit: Marktdynamiken und Machtverschiebungen einplanen*, in: Internationale Politik unter Pandemie-Bedingungen. Tendenzen und Perspektiven für 2021. SWP-Studie 16/2020. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), S. 49-52. Siehe: <https://www.swp-berlin.org/publikation/internationale-politik-unter-pandemie-bedingungen#hd-d36438e2233>.
- Müller, M., 2021. *Krisensichere Lieferketten: »Es geht nicht nur um Diversifizierung, sondern auch um Menschenrechte«.* Kurz gesagt, 28.01.2021. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Siehe: <https://www.swp-berlin.org/publikation/krisensichere-lieferketten-es-geht-nicht-nur-um-diversifizierung-sondern-auch-um-menschenrechte>.
- Müller, M., Saulich, C., Schöneich, S. und Schulze, M., im Erscheinen. *Von der Rohstoffkonkurrenz zur nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik. Politikansätze für deutsche Akteure.* Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).
- Müller, M., Saulich, C. und Schulze, M., 2021. *Staatlich-private Kooperationen für nachhaltige Rohstofflieferketten. Chancen und Risiken am Beispiel des südafrikanischen Bergbausektors.* SWP-Aktuell 86/2021. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Siehe: <https://www.swp-berlin.org/publikation/staatlich-private-kooperationen-fuer-nachhaltige-rohstofflieferketten>.
- Reisch, V., 2021. *Das Rennen um die Rohstoffe. Debattenbeiträge zur Rohstoffpolitik der EU nach Veröffentlichung der vierten Liste kritischer Rohstoffe und des Aktionsplans 2020.* SWP-Zeitschriftenschau 01/2022. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Siehe: <https://www.swp-berlin.org/publikation/das-rennen-um-die-rohstoffe>.
- Saulich, C. und Schöneich, S., 2021. *Build Back Better global denken: Strategien aus dem Globalen Süden stärken*, in: Maihold, G., Mair, S., Müller, M. Vorrath, J. und Wagner, C. (Hg.). *Deutsche Außenpolitik im Wandel. Unstete Bedingungen, neue Impulse.* SWP-Studie 15/2021. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), S. 78-81. Siehe: <https://www.swp-berlin.org/publikation/deutsche-aussenpolitik-im-wandel#hd-d58493e3180>.
- Schulze, M. und Reisch, V., 2022. *Auch in Krisenzeiten: Lieferketten durch unternehmerische Sorgfaltspflicht stärken.* Kurz gesagt, 02.09.2022. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Siehe: <https://www.swp-berlin.org/publikation/auch-in-krisenzeiten-lieferketten-durch-unternehmerische-sorgfaltspflicht-staerken>.



Ausschussdrucksache 20(9)191

29.11.2022

**Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
10178 Berlin**

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum

- a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken

BT-Drucksache 20/4042

- b) Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen

BT-Drucksache 20/4065

am 30. November 2022

Stellungnahme

BDI-Stellungnahme anlässlich öffentlicher Sachverständigenanhörung des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages am 30. November 2022 zum Thema Rohstoffsicherung

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	3
Einleitung.....	6
1. Herausforderungen.....	7
2. Lösungen	7
Heimische Rohstoffgewinnung und -verarbeitung stärken (1. Säule)	7
Sicherung eines fairen Zugangs zu Rohstoffen aus dem Ausland (2. Säule)	10
Recycling und Kreislaufwirtschaft (3. Säule)	11
3. Weitere Anmerkungen.....	12
Über den BDI	14
Impressum.....	14

Zusammenfassung

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat die Abhängigkeit und Verwundbarkeit Deutschlands von russischen Energieträgern deutlich gemacht. Aber nicht nur hier: Bei kritischen mineralischen Rohstoffen wie Seltenen Erden ist die Abhängigkeit, insbesondere von China, bereits wesentlich größer.

Rohstoffe werden gerade von Russland als Waffe eingesetzt. Deutschland ist erpressbar. Die politische Zeitenwende ist auch eine Zeitenwende für die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen. Im Gegensatz zu Öl und Gas gibt es bei kritischen mineralischen Rohstoffen keine nationalen Reserven. Ein Lieferstopp würde die deutsche Industrie sofort und weitreichend treffen. Ohne Rohstoffe wird es keine Energiewende, keine E-Mobilität, keine Digitalisierung, keine Industrie 4.0 geben – aber auch keinen Infrastrukturausbau, keine Ernährungssicherheit und keine schlagkräftige Verteidigungsindustrie.

Der Wettlauf um strategisch wichtige Rohstoffe ist in vollem Gang. Dabei drohen Deutschland und Europa im Wettbewerb mit anderen Ländern wichtige Rohstoffquellen zu verlieren. Die Folge: Abhängigkeiten vergrößern sich. Um aktiv und ehrgeizig mit diesen Herausforderungen umzugehen, muss die Versorgung mit kritischen Rohstoffen als strategisch für die nationale Sicherheit gelten.

Deutschland und Europa sollten sich entlang der gesamten Rohstoffwertschöpfungskette diversifizieren und unabhängiger aufstellen. Das Ziel sind integrierte Wertschöpfungsnetzwerke von der Förderung über die Weiterverarbeitung, industriellen Fertigung bis zum Recycling in Europa und mit zuverlässigen Partnern.

Dazu bedarf es einer ganzheitlichen und strategischen Rohstoffpolitik, die auf drei Säulen basieren muss: Der Stärkung der heimischen Rohstoffgewinnung und -verarbeitung (Säule 1), dem Zugang zu Rohstoffen aus dem Ausland (Säule 2) sowie Recycling und Kreislaufwirtschaft (Säule 3). Dabei kann keine Säule allein die Rohstoffsicherheit Deutschlands und Europas gewährleisten.

Für den BDI heißt dies:

1. Geopolitische Versorgungsrisiken durch Wertschöpfungs- und Drei-Säulen-Strategie reduzieren. Deutschland und Europa sollten sich diversifizieren und unabhängiger aufstellen. Das Ziel sind integrierte Wertschöpfungsnetzwerke für strategische Bereiche in Europa und mit zuverlässigen Partnern. Versorgungssicherheit mit kritischen Rohstoffen gehört in die nationale Sicherheitsstrategie. Die Versorgungssicherheit Deutschlands gewährleisten Importrohstoffe, heimische Rohstoffe und Recyclingrohstoffe nur zusammen.

2. Nimby-Mentalität begegnen: Heimischen Bergbau fördern und gesellschaftsfähig machen. Jede Tonne heimischen Rohstoffabbaus reduziert die Importabhängigkeit und stärkt die Resilienz und Versorgungssicherheit Deutschlands. Bergbau muss raumplanerisch ermöglicht, Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen beschleunigt werden. Die weiterverarbeitende Industrie benötigt wettbewerbsfähige Energiepreise und ausreichend Strom. Bildungs- und Aufklärungsinitiativen zur gesellschaftlichen Akzeptanz müssen ausgebaut werden.

3. Den Schritt wissenschaftlich begleiteter Fracking-Probebohrungen gehen. Heimische Schiefergasförderung unter Einsatz modernster Fracking-Verfahren mit höchsten Standards sollten einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Importabhängigkeit leisten und als bezahlbarer Energieträger die Energieversorgung in Deutschland sichern. Im Gegensatz zu importiertem LNG-Gas entsteht ein geringerer CO₂-Fußabdruck. Heimische Schiefergasförderung wäre ein Gewinn für die Klimabilanz und Versorgungssicherheit.

4. Internationale Rohstoffkooperationen und Abbau kritischer Rohstoffe im Ausland fördern. Durch eine andere Gewichtung des Faktors Versorgungssicherheit beim staatlichen Instrument der Ungebundenen Finanzkredite (UFK) sollten gezielt langfristige Abnahmeverträge unterstützt und zusätzlich ein neues Risikokapitalinstrument geschaffen werden. Kooperationen mit rohstoffreichen Ländern mit hohen Standards müssen intensiviert und kritische Rohstoffe als Komponente in Handels-, Investitions- und entwicklungspolitischen Abkommen verankert werden, um nachhaltigere Exploration und Raffinierung vor Ort zu fördern.

5. Innovationen für Kreislaufwirtschaft heben und Inkohärenzen vermeiden. Es braucht geeignete Rahmenbedingungen für eine Kreislaufwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette, die eine Verwendung von Recyclingmaterialien und industriellen Nebenprodukten sowie private Investitionen fördern. Innovationen bei Herstellungs-, Aufbereitungs- und Verwertungsverfahren sollten über Forschungsförderung unterstützt werden. Es sollte vermieden werden, dass Lieferkettengesetze, EU-Chemikalienrecht und Taxonomie die notwendige Diversifizierung der Rohstoffversorgung gefährden.

Politische Aktivitäten sollten Unternehmen insbesondere bei den Themen Diversifizierung, Rohstoffmonitoring für kritische Rohstoffe sowie Lagerhaltung (z. B. durch steuerliche Incentivierung) unterstützen und **marktwirtschaftliche Anreize** für Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft **setzen**. Unverhältnismäßige und kontraproduktive Vorschriften für Unternehmen gilt es zu vermeiden. Um einer Deindustrialisierung entgegenzuwirken, benötigen wir dringend auch eine Stärkung der heimischen Kapazitäten durch smarte Standortpolitik.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Lobbyregisternummer
R000534

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Ansprechpartnerin
Anne Lauenroth
E-Mail: a.lauenroth@bdi.eu

Einleitung

Rohstoffe stehen am Anfang der Wertschöpfungskette aller innovativen Technologien und Anwendungen. Ohne Rohstoffe keine Energiewende, keine E-Mobilität, keine Digitalisierung, keine Industrie 4.0 – aber auch keinen Infrastrukturausbau, keine Ernährungssicherheit und keine schlagkräftige Verteidigungsindustrie. Die deutsche und europäische Industrie ist daher auf eine sichere und nachhaltige Rohstoffversorgung angewiesen.

Die wachsende Bedeutung von Zukunftstechnologien für eine dekarbonisierte, digitale Wirtschaft und Informationsgesellschaft im Rahmen der Erreichung der Pariser Klimaziele führt weltweit zu einem stark steigenden Rohstoffbedarf, vor allem an metallischen und mineralischen Rohstoffen. Pro Zukunftstechnologie, welche beispielsweise in Windkraftanlagen oder E-Autos zum Einsatz kommen, wird eine größere Anzahl verschiedener Rohstoffe benötigt. Auch strategische Schlüsselbranchen wie Sicherheit und Verteidigung sind auf kritische Rohstoffe angewiesen. Dieser Bedarf wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen.

Jedoch wird der freie und faire Zugang zu Rohstoffen oftmals durch handelsverzerrende staatliche Maßnahmen behindert. Zusätzlich erschweren hohe Länderkonzentrationen bei kritischen Rohstoffen einen sicheren Rohstoffzugang. Hinzu kommt eine verstärkte geopolitische Zuspitzung.

Konkret ist die Abhängigkeit Deutschlands von vielen mineralischen Rohstoffen, insbesondere von Metallen und Industriemineralen aus China, bereits heute größer als jene bei Erdöl und Erdgas aus Russland. Die hohe Abhängigkeit ist das Ergebnis einer gezielten staatlichen Preis- und Ansiedlungspolitik Pekings. Förderung und Weiterverarbeitung in anderen Ländern wurden damit wirtschaftlich unattraktiv. Klassische Marktmechanismen verlieren global bei mineralischen Rohstoffen seit Jahren an Bedeutung.

Im Gegensatz zu Öl und Gas gibt es bei mineralischen Rohstoffen jedoch keine nationalen (strategischen) Reserven. Ein Lieferstopp würde die deutsche Industrie folglich sofort und weitreichend treffen.

Beim Wettlauf um diese strategisch wichtigen Rohstoffe drohen Deutschland und Europa im Wettbewerb mit anderen Ländern wichtige Rohstoffquellen zu verlieren. Abnahmeverträge werden zu großen Teilen weit vor Exploration geschlossen. Die Folge: Abhängigkeiten und Versorgungsrisiken vergrößern sich.

1. Herausforderungen

Um den strategischen Abhängigkeiten entgegenzuwirken, müssen die vielfältigen Ursachen in den Blick genommen werden: Neben der global steigenden Rohstoffnachfrage und der Konzentration von Lager-, Gewinnungs- und Verarbeitungsstätten sind auch Konsolidierungsprozesse im deutschen und europäischen Bergbau, ein fehlendes globales Level Playing Field, die Zunahme staatlicher Eingriffe sowie geringere Investitionen in neue Explorationsprojekte zu nennen.

Im Bereich Bergbau stellen sich zudem Herausforderungen durch den langen und risikoreichen Zeithorizont von Projekten, mögliche Veränderungen beim Bedarf und Disruptionen durch Innovationen, ebenso durch die Bindung an Lagerstätten, die hohen Eintrittsbarrieren und Preissetzungsmonopole. Schließlich fehlt gesellschaftliches Bewusstsein und Akzeptanz für die heimische Rohstoffförderung.

2. Lösungen

Um die strategischen Abhängigkeiten zu verringern, ist es entscheidend, dass die Bundesregierung alle drei Säulen einer nachhaltigen Rohstoffversorgung verfolgt, d. h. *erstens*, die Stärkung der heimischen Rohstoffgewinnung und -verarbeitung, *zweitens* die Sicherung eines fairen Zugangs zu Rohstoffen aus dem Ausland sowie *drittens* Recycling und den Ausbau der Kreislaufwirtschaft. Dabei kann keine Säule allein die Rohstoffsicherheit Deutschlands und Europas gewährleisten.

Heimische Rohstoffgewinnung und -verarbeitung stärken (1. Säule)¹

Primärrohstoffe wie Steine und Erden, Kies, Sand, Kalkstein, Gips und Ton ermöglichen nicht nur den Infrastruktur- und Wohnungsbau, sondern bilden die Grundlage für u. a. wichtige Grundstoffindustrien wie die chemische Industrie, die Lebensmittelbranche, die Stahlindustrie oder die Keramikindustrie.

Neben metallischen Rohstoffen, wie z. B. Lithium, Kobalt, Nickel, Kupfer, Zinn, Indium und Seltene Erden für Windräder, Photovoltaikanlagen,

¹ Für detailliertere Vorschläge siehe BDI (2022): „Rohstoffe Made in Germany – Schlüssel für eine nachhaltige Wirtschaft.“, Juli 2022, abrufbar unter: [Rohstoffe Made in Germany – Schlüssel für eine nachhaltige Wirtschaft \(bdi.eu\)](https://www.bdi.eu/rohstoffe-made-in-germany).

Batterien oder Elektroautos, bedarf es mineralischer (Bau-)Rohstoffe und hochwertiger Industrieminerale (z. B. Quarzsande, Kaolin, Tone und Flussspat). Mineraldünger und Salz aus heimischem Abbau sichern nachhaltig die europäische Lebensmittelproduktion. Heimisches Erdgas wird noch für viele Jahre als bezahlbarer Energieträger relevant für die sichere Energieversorgung in Deutschland sein, ebenso gemäß Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) bis 2038 die heimische Braunkohle.

Was vielen nicht bewusst ist: Deutschland und Europa sind rohstoffreich. Rohstoffe wie Sand und Kies, Steinsalze und Kali decken in vielen Bereichen den deutschen Rohstoffbedarf. Große Vorkommen existieren beispielsweise auch bei Lithium und Schiefergas. Dabei findet Bergbau in Deutschland nach höchsten Transparenz- und Nachhaltigkeitskriterien statt. Der letzte Bericht der Multistakeholderinitiative D-EITI zum Rohstoffsektor in Deutschland hat dies wieder eindrücklich bestätigt.

Dabei **tragen die heimischen Rohstoffe maßgeblich zum Erreichen der politischen und gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsziele bei**. Jede Tonne heimischer Rohstoffe, die unter hohen deutschen Bergbaustandards gewonnen wird, verringert die Abhängigkeit Deutschlands von Importen, unterstützt den Klimaschutz durch die Verringerung des CO₂-intensiven Transports und **stärkt damit die Widerstandsfähigkeit und Versorgungssicherheit Deutschlands und Europas**. Die Politik sollte **Pilotprojekte für die heimische Förderung von kritischen Rohstoffen** auf nationaler und europäischer Ebene realisieren, vor allem mit Blick auf Projekte wie z. B. die Batteriezellfertigung in Deutschland.

Wenn wir das wollen, müssen alle Akteure – Politik, Industrie, Gewerkschaften und NGOs – mehr Kompromissbereitschaft zeigen und pragmatisch handeln, um die heimische Rohstoffgewinnung und -verarbeitung zu stärken und zu sichern. **Bildungs- und Sensibilisierungsinitiativen zur gesellschaftlichen Akzeptanz** und wider der NIMBY-Mentalität müssen ausgebaut werden, ebenso wie rohstoffbezogene Qualifizierung. Ähnlich wie bei der Windkraft sollten Anreize für die Kommunen zur positiven Begleitung der Rohstoffgewinnung geschaffen werden.

Die deutsche Rohstoffwirtschaft braucht vor allem langfristige Planungs- und Investitionssicherheit. Ein Rohstoff lässt sich nur dort gewinnen, wo er lagert. Aufgrund dieser Standortgebundenheit **müssen die dafür notwendigen Flächen systematisch und langfristig raumordnerisch gesichert werden**. Entscheidungen zur Rohstoffsicherung dürfen sich dabei nicht nur an

kurzfristigen Bedarfsabschätzungen ausrichten, sondern müssen strategischer Natur sein. Nur dann ist eine effiziente, ressourcenschonende und nachhaltige Rohstoffgewinnung durchführbar.

Effiziente und transparente Genehmigungsverfahren sind ein wesentlicher Baustein für die rechtssichere Zulassung von neuen Vorhaben bzw. die Erweiterung bestehender Betriebe. Unternehmerisches Handeln und die Bereitschaft zu hohen Investitionen erfordern zwingend einen berechenbaren Rechtsrahmen und zeitlich begrenzte verwaltungs- bzw. genehmigungsrechtliche Umsetzungsfristen.

Die Bundesregierung sollte sich daher stärker für effiziente Raumplanungs-, Genehmigungs- und Zulassungsverfahren einsetzen und bürokratische Hürden abbauen. Die für erneuerbare Energien angestrebte **Planungsbeschleunigung** sollte zwingend uneingeschränkt auch für die heimische Rohstoffindustrie Anwendung finden. Bei der Beschleunigung von Genehmigungsverfahren spielt die Digitalisierung ebenso eine Rolle, wie die Änderung des Verfahrensrechts. Es bedarf zudem einer Stärkung der Genehmigungsbehörden durch vollständige Bündelung der Verfahren in einer qualifizierten Hand mit ausreichend starker personeller Ausstattung und Sachkompetenz in den Behörden.

Deutschland hat weltweit mit die höchsten Umwelt-, Wasser- und Naturschutzstandards im Bereich der Rohstoffgewinnung. In einigen Bereichen führen die hohen Standards jedoch nicht mehr zu einem deutlich höheren Umweltschutz, sondern werden eher zu einer Hürde für neue Rohstoffprojekte und für die Fortführung bisheriger Rohstoffaktivitäten. Gleichzeitig erlässt die EU weiterhin Gesetze, wie z. B. die Überarbeitung der EU-Industrieemissionsrichtlinie, künftige Bodenschutzgesetze, höhere CO₂-Bepreisung usw., welche die heimische Rohstoffgewinnung erheblich belasten und erschweren. Diese laufen dem Ziel, die Rohstoffversorgung zu verbessern, zuwider.

Alle Bemühungen um den Aufbau einer eigenständigen Wertschöpfungskette werden zudem scheitern, wenn die **Standortbedingungen** für die rohstoffgewinnende und -veredelnde Industrie nicht verbessert werden. Viele Hütten in Europa mussten ihre Produktion zurückfahren oder sogar stilllegen. Die De-Industrialisierung und damit die zunehmende Abhängigkeit von Importen ist bereits Realität und muss gestoppt werden.

Dies geht über die Rohstoffpolitik hinaus und zeigt, wie wichtig es ist, politische Maßnahmen im Rahmen einer strategischen (internen und externen) Standort- bzw. Industriepolitik zu konzipieren. Stichworte sind hier – neben wettbewerbsfähigen Energiepreisen und ausreichend Strom – Förderungsprogramme zur Dekarbonisierung, der Ausbau nachhaltiger (Energie-)Transportinfrastruktur, die Fachkräftesicherung sowie Carbon- bzw. Sustainability-Leakage-Schutz.

Sicherung eines fairen Zugangs zu Rohstoffen aus dem Ausland (2. Säule)

Vollständige Autarkie ist Wunschdenken und in einer vernetzten Welt strategisch nicht wünschenswert. Unter den neuen geopolitischen Bedingungen gilt es, die Abhängigkeiten und Vernetzungsrisiken Europas bestmöglich zu managen und die Kontrolle über strategische Knotenpunkte in diesem Netzwerk zu stärken.

Um den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen in hochkonzentrierten Märkten zu sichern und das Risiko von Engpässen oder gar Lieferstopps zu vermeiden, sind sowohl **internationale Kooperationen** als auch **öffentliches De-Risking und Investitionen** entscheidend, um die Produktionskapazitäten und damit das Angebot zu erweitern.

In Deutschland haben wir dafür das Instrument der Ungebundenen Finanzkredite, **UFK**. Es wird bislang allerdings nicht strategisch mit Blick auf kritische Rohstoffe eingesetzt. Durch eine andere Gewichtung des Faktors Versorgungssicherheit sollten dadurch gezielt langfristige Abnahmeverträge, so genannte Off-Take Agreements, angereizt werden. Empfehlenswert ist zusätzlich auch die Schaffung eines neuen **Risikokapitalinstruments**, z. B. eines Investitionsfonds für strategische Rohstoffe, sei es national oder europäisch.

Schließlich findet noch zu wenig **rohstoffstrategische internationale Kooperation** statt. Die Kooperationen im Rahmen der Minerals Security Partnership, über die EU im Trade and Technology Council mit den USA, mit Australien und Norwegen sowie innerhalb der EU sind ein richtiger Anfang. Ebenso die jüngsten Reisen der Bundesregierung nach Chile, Kanada und Südostasien.

Was fehlt sind noch weitergehende Verzahnungen von Außenpolitik, Wirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik sowie mit der Global Gateway

Initiative. Neben den rohstoffreichen Ländern Australien und Kanada ist beispielsweise Brasilien überaus relevant für den kritischen Rohstoff Niob, Südafrika für die Platingruppenmetalle und die Türkei für Bormineralien. Rohstoffe gehören als Komponente in Handels- und Investitions- und entwicklungspolitische Abkommen, um **nachhaltigere Exploration und Raffinierung vor Ort mit Krediten und Investitionen zu fördern** - Zugang zu Rohstoffen beispielsweise im Gegenzug für Investitionen in Infrastruktur und Technologietransfer. Gemeinsam mit der Industrie sollte sie dort ausgearbeitet werden, wo ein echtes Potenzial und Interesse an einer skalierbaren Exploration und Raffinierung sowohl im Ausland als auch in Europa besteht.

Recycling und Kreislaufwirtschaft (3. Säule)²

Der BDI sieht das große Potenzial von Innovation und Kreislaufwirtschaft. Gerade metallische Rohstoffe werden nicht ver- sondern gebraucht und stehen am Ende der Lebensdauer der Produkte, in denen sie verbaut sind, wieder zur Verfügung. Während bereits heute die Recyclingquoten in Deutschland zu den höchsten weltweit zählen, gibt es bei Rohstoffen für Zukunftstechnologien noch erhebliche Defizite und etliche Tonnen gehen durch Nicht-Recycling verloren. Um hier weiter Fortschritte beim **Schließen von Stoffkreisläufen** machen zu können, muss die Kreislauffähigkeit noch viel mehr als bisher bereits im Produktdesign, ganz am Anfang der Wertschöpfungskette angelegt werden.

Es gilt, leistungsfähige Recyclingkreisläufe aufzubauen. In Produkten verbaute Materialien können mit einer geeigneten Recyclinginfrastruktur wiederverwendet werden. Der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft entlang der gesamten Wertschöpfungskette muss umgehend realisiert werden. Besonders bei Rohstoffen für Zukunftstechnologien können so Abhängigkeiten verringert werden. Notwendig sind **geeignete politische Rahmenbedingungen, die eine Verwendung von Recyclingmaterialien und private Investitionen fördern** und hierfür Rechts- und Planungssicherheit schaffen.

Optimierung und Erforschung von Recyclingprozessen müssen unterstützt werden. Bei vielen Rohstoffen gestaltet sich die Rückgewinnung noch als schwierig. In vielen Bereichen ist Forschungsbedarf vorhanden. Dabei sind Ansätze zur besseren Erfassung, Stoffverfolgung und der Sicherstellung

² Für detailliertere Vorschläge siehe BDI-Initiative Circular Economy (2021): „Sechs Schritte zur zirkulären Wirtschaft. Forderungen der BDI-Initiative Circular Economy für die 20. Legislaturperiode.“, 14. Oktober 2021, abrufbar unter: [Sechs Schritte zur zirkulären Wirtschaft \(bdi.eu\)](https://www.bdi.eu/de/sechs-schritte-zur-zirkulaeren-wirtschaft).

der Zuführung zu hochwertigen Recyclingprozessen zu erarbeiten. Zur Optimierung und Erforschung von Recyclingprozessen sollten **Pilotprojekte** in geeigneten Wirtschaftszweigen in enger Abstimmung mit den Unternehmen stärker gefördert werden. **Innovationen** im Bereich strategischer Rohstoffe mit Blick auf Materialien sowie Herstellungs-, Verarbeitungs- und Recyclingprozesse **sollten gefördert werden**. Recycling steht und fällt mit dem Input. Deshalb sind weitere Maßnahmen zur Stärkung des Inputs notwendig.

Das Potenzial der Kreislaufwirtschaft sollte besser genutzt werden. Recyclingrohstoffe schonen Primärressourcen, stärken die Versorgungssicherheit, verlagern Wertschöpfung in die eigene Volkswirtschaft und verringern die Importabhängigkeit der deutschen Industrie bei Rohstoffen. Die Erfassung und Einsteuerung in die Recyclingprozesse müssen weiterentwickelt werden. Es bedarf zusätzlicher rohstoffpolitischer Instrumente für das Schließen von Material- und Produktkreisläufen. **Geschäftsmodelle und gesetzliche Rahmenbedingungen** spielen dabei eine wichtige Rolle. Gegenwärtig wird dabei noch viel Potenzial verschenkt.

3. Weitere Anmerkungen

Inkohärenzen vermeiden

Die Bundesregierung und Europäische Union (EU) müssen aufpassen, dass sie nicht die falschen Rahmenbedingungen setzen. Gesetze zur **Sorgfaltpflicht in der Lieferkette** betonen beispielsweise zu Recht die gestiegene Bedeutung von Risikomanagement und Prävention in der Lieferkette. In der jetzt vorgesehenen Form besteht jedoch die Gefahr, dass Unternehmen bestimmte Länder und Lieferanten nur wegen unkalkulierbarer Haftungsrisiken vorsorglich meiden oder in Ländern, von denen sie stark abhängig sind, mit unlösbaren Konflikten konfrontiert werden. Das erschwert die Diversifizierung. Es geht also um das richtige Augenmaß und die gezielte Unterstützung von Transformationspfaden. Die EU riskiert, den zweiten Schritt zu tun, bevor sie für genügend eigene Kapazitäten und Resilienz sorgt.

Auch wenn drei Lithiumsalze von der Europäischen **Chemikalienagentur** ECHA als "gefährlich" eingestuft und Bergbauaktivitäten innerhalb der EU-**Taxonomie** als "nicht nachhaltig" deklariert würden, wäre das Ziel integrierter Wertschöpfungsketten in Europa wohl nicht erreichbar.

Abwägung der Vor- und Nachteile der Instrumente

Wenn die EU und die Bundesregierung es mit einer strategischen Rohstoffpolitik ernst meinen, müssen sie auch für ausreichende Förderinstrumente sorgen. Neben den bereits erwähnten Instrumenten (De-Risking, Investitionsfonds etc.) sollten die **Vor- und Nachteile verschiedener Instrumente**, die derzeit sowohl im Rahmen der Konsultation zu einem EU Critical Raw Materials Act als auch möglichen Eckpunkten der Bundesregierung zur Rohstoffversorgung entworfen werden, **sorgfältig analysiert und offene Fragen zu verschiedenen Optionen einer potenziellen Umsetzung mit der Industrie diskutiert werden.**

Der BDI befürwortet beispielsweise **steuerliche Anreize für die Rohstofflagerhaltung auf Unternehmensebene** bzw. die Aufhebung der derzeitigen steuerbilanziellen Benachteiligung. Durch eine Anpassung der Steuergesetzgebung, konkret eine **Rohstoffbevorratungsrücklage**, könnte der Nachteil behoben werden. Die Bildung einer solchen Bilanzposition ermöglicht den sofortigen Betriebsausgabenabzug, ohne dass es über die Gesamtperiode zu einer Minderung des Steueraufkommens kommt. Sollte eine strategische Lagerung im Verteidigungssektor in Betracht gezogen werden, sollten Fragen der Logistik sowohl für strategische Rohstoffe als auch für Komponenten einbezogen werden.

Über den BDI

Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Damit unterstützt er die Unternehmen im globalen Wettbewerb. Er verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Der BDI sorgt für die politische Flankierung internationaler Markterschließung. Und er bietet Informationen und wirtschaftspolitische Beratung für alle industrierelevanten Themen. Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 40 Branchenverbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Mio. Beschäftigten. Die Mitgliedschaft ist freiwillig. 15 Landesvertretungen vertreten die Interessen der Wirtschaft auf regionaler Ebene.

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Lobbyregisternummer: R000534

Ansprechpartnerin

Anne Lauenroth
Senior Managerin Rohstoffpolitik
Abteilung Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
a.lauenroth@bdi.eu

BDI Dokumentennummer: D 1694